



# ZIVILSCHUTZ

MAGAZIN



**Atenschutz-Übungsanlage:  
Realistisches Training  
Feuerwehr im Umweltschutz  
- ein Modell mit Zukunft**







29 Jahre aktives Engagement in einer Hilfsorganisation zählen schon viel. Was ist das für ein Mensch, der daneben noch seit 26 Jahren Geschäftsführer des Malteser-Hilfsdienstes in einer (Fast-)Millionenstadt wie Köln ist?

# Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Ernst Brück aus Köln

Köln-Mitte, Brüsseler Straße 26. Für alle im Kölner Rettungsdienst Tätigen eine geläufige Adresse, ist hier doch der Malteser-Hilfsdienst der Stadt zu Hause. Hier sind die zahlreichen Fahrzeuge des MHD stationiert, und die hier untergebrachte Leitstelle steuert das gesamte Einsatzgeschehen des MHD in der Stadt. Ebenfalls beheimatet in der Brüsseler Straße ist die MHD-Stadtgeschäftsstelle, geführt von Geschäftsführer Ernst Brück.

Stadtgeschäftsführer – eine „verantwortungsvolle und auch schöne Aufgabe“, wie er selbst sagt. Verantwortungsvoll deshalb, weil eine solch große Einheit wie der MHD Köln mit seinen rund 400 Aktiven und den 39 Fahrzeugen eine klare Führung erfordert. Schön aber auch deshalb, weil es immer wieder Zeichen der Dankbarkeit gibt, weil sich immer wieder Erfolge bei der Ausbildung zeigen und weil eben die Bürger der Stadt dem MHD durch spontane Hilfen immer wieder Auftrieb geben.

## Aktiver Helfer

Brück kam 1960 zum MHD. Der Kölner Stadtverband stellte damals einen Funkzug auf; für den an Technik interessierten 19jährigen das beste Argument dabeizusein.

Doch beim bloßen „Dabeisein“ blieb es nicht. Nach der Ausbildung zum Funker nahm er am ersten Zugführerlehrgang auf Landesebene sowie an weiteren Lehrgängen teil. So verwundert es nicht, daß man bald auf den aktiven Helfer aufmerksam wurde und die Wahl auf ihn fiel, als es 1963 hieß, die Funktion des Stadtgeschäftsführers neu zu besetzen.

## Ausrüstung selbst beschafft

An eine Episode aus jenen Tagen des Aufbaus erinnert er sich noch gerne: „Wir waren damals eine kleine, aber aufeinander eingeschworene Gruppe. Fahrzeuge hatten wir zwar, aber bei der persönlichen Ausrüstung haperte es. Kurzentschlossen nah-

men wir die Beschaffung selbst in die Hand. Niemand schloß sich aus, als es hieß: Büchse in die Hand und auf zur Haus- und Straßensammlung! Es dauerte nicht lange, und die gesamte Gruppe konnte komplett ausgerüstet mit Stiefeln, Arbeitsanzug und Helm zur Übung antreten.“

Was Ernst Brück an dieser kleinen, aber bezeichnenden Initiative immer noch freut, ist, daß es dabei keinerlei Diskussionen gab, daß alle am gleichen Strang zogen. Für ihn wäre ein ähnliches Vorhaben in der heutigen Zeit nicht mehr denkbar: „Das weitverbreitete Anspruchsdenken hat natürlich auch vor den Helfern nicht haltgemacht. Wenn alles nach dem Staat ruft, kann man von unseren jungen Leuten nicht erwarten, daß sie sich anders verhalten.“

Heute, nach über 20 Jahren Erfahrung im Katastrophenschutz, bescheinigt er dem Katastrophenschutz eine hohe Wertstellung, wobei er zum Begriff Katastrophe eine eigene Definition anführt: „Obwohl mir klar ist, was offiziell als Katastrophe gilt, hat der Begriff für mich eine weit größere Bedeutung. Denn ist es nicht für die wenigen Betroffenen auch eine Katastrophe, wenn etwa der Familienvater einen Unfall erleidet oder wenn die Mutter ins Krankenhaus muß? Wir sollten als Helfer bei Unfällen oder Notfällen hier auch einmal in kleineren Dimensionen denken.“

## Das „Kölner Modell“

Sein besonderes Augenmerk richtet er derzeit auf die Aus- und Weiterbildung der Helfer. Dabei kommt ihm das „Kölner Modell“ mit dem gemeinsam von Berufsfeuerwehr, ASB, DRK, JUH und MHD getragenen Rettungsdienst sehr entgegen. Dadurch ist es möglich, den ausgebildeten Helfern in hohem Maße Praxiserfahrung zu vermitteln. Als „besonders glücklich“ sieht er die Zusammenarbeit im gemeinsamen Rettungsdienst an: „Es gibt keinerlei Konkurrenzdenken, alle Beteiligten sind gleichberechtigte Partner.“

Neue Wege geht der MHD in Köln in der

Nachwuchsschulung. Die Helfer absolvieren erst eine Grundausbildung von etwa 150 Stunden, die sechs Monate dauert. Erst danach ist es ihnen möglich, sich für die Mitarbeit im Katastrophenschutz zu verpflichten.

## Wo drückt der Schuh?

Was würde er, gestützt auf langjährige Erfahrung und mittlerweile als Fachberater im Stab HVB tätig, im Katastrophenschutz verbessern oder verändern? Spontan fällt das Stichwort „weniger Bürokratie“. Dabei nennt er das Abrechnungsverfahren, für ihn ein „Musterbeispiel übertriebenen Verwaltungsaufwandes“. Ein weiteres „Sorgenkind“ ist für Brück die Festsetzung der Altersgrenze für die Verpflichtung zur Mitarbeit im Katastrophenschutz auf ein Höchstalter von 22 Jahren. Dadurch werde es mehr und mehr unmöglich, ausgebildete Ärzte für eine Mitarbeit zu gewinnen, denn nach Abschluß der Ausbildung haben diese die Altersgrenze bereits weit überschritten.

Für eine effektivere Hilfe im Rahmen des Katastrophenschutzes schlägt der Geschäftsführer vor, Schnelleinsatzgruppen aufzustellen. Über Funk zu alarmieren, speziell ausgerüstet und mit leistungsfähigen Fahrzeugen versehen, könnten diese Gruppen die recht lange Zeit von der Alarmierung bis zum Eintreffen der ersten „normalen“ Katastrophenschutz-Einheiten überbrücken.

Abschließend an ihn die angesichts seines Engagements sich aufdrängende Frage: Welchen Einfluß hat die Tätigkeit auf die Familie? Die spontane Antwort ist in sich schlüssig: „Keine Frage, daß bei uns Familie und MHD eine Einheit bilden. Denn schließlich stand der MHD am Anfang, als wir uns als Helfer und Helfer kennenlernten. Auch wenn meine Frau mittlerweile keine Helferin mehr ist, bleibt sie der Idee doch weiter verbunden. Außerdem ist mein Sohn bereits aktiver MHD-Helfer und die Tochter ist Mitglied der MHD-Jugend.“ Keine Sorge also, daß es bei Familie Brück in Sachen MHD nicht weitergeht.





Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

**Anschrift der Redaktion:**

Deutschherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,  
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

**Impressum**

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Deutschherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2, Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

**Verlag:**

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich, zweimal im Jahr als Doppelnummer

**Chefredakteur:**

O. Ulrich Weidner

**Redaktion:**

Jochen von Arnim, Günter Sers,  
Paul Claes

**Layout:**

Horst Brandenburg

**Druck, Herstellung und Vertrieb:**

Bonner Universitäts-Buchdruckerei  
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1  
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687  
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

<b>Umschau</b>	2
Aktuelles im Blickpunkt	
<b>Ein Labyrinth mit Tücken</b>	9
Sonderlehrgang „Atemschutz-Geräteträger“ für Katastrophenschutz Helfer	
<b>„Ein architektonisch und funktionell gelungener Neubau“</b>	14
Katastrophenschutzschule Schleswig-Holstein eingeweiht	
<b>Umweltschutz rund um die Uhr</b>	17
Feuerwehr Koblenz mit einem bürgernahen Konzept aktiv	
<b>Funktionen, Aufgaben, Ziele</b>	21
Das Institut für Rettungsdienst des DRK	
<b>Gefahrenabwehr mit System</b>	25
Wege zur erfolgreichen Waldbrandbekämpfung	
<b>So wurden die Unfallopfer versorgt</b>	29
Die Tanklastzug-Katastrophe von Herborn im Blickpunkt	
<b>Das Lernziel: Führen</b>	31
JUH-interne Ausbildung zum Zugführer	
<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	33
<b>GZS Berlin</b>	37
<b>Technisches Hilfswerk</b>	39
<b>Warndienst</b>	42
<b>Deutsche Rotes Kreuz</b>	45
<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	47
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	49
<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	51
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b>	53
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	57
<b>Presseschau des Inlands</b>	61
<b>Presseschau des Auslands</b>	62
<b>Wissenschaft &amp; Technik</b>	63
<b>Bücher</b>	64
<b>Minimagazin</b>	U 3





# Bundesregierung fordert vorbeugenden und naturnahen Hochwasserschutz

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage zum Thema „Hochwasserkatastrophen – Ursachen und umweltpolitische Konsequenzen“ hat die Bundesregierung ihre Position zum Hochwasserschutz wie folgt erläutert:

Seit jeher haben Hochwasser die Menschen in den Flußtälern gefordert. Hochwasser, wie zuletzt an Rhein und Donau im Frühjahr 1988, führen immer wieder zu Überschwemmungen und zu großen Schäden.

Die Bundesregierung mißt der Hochwasserproblematik eine große umweltpolitische Bedeutung zu, denn es gilt, Leben, Lebensgrundlagen und Vermögenswerte unserer Bürger zu schützen. Sie ist sich mit den für den Hochwasserschutz zuständigen Ländern einig, daß Siedlungen, Industrieanlagen und Infrastruktureinrichtungen soweit möglich vor Hochwasser geschützt werden müssen.

Hochwasser infolge extremer meteorologischer Ereignisse sind natürliche Ereignisse. Sie können nicht verhindert werden. Daher ist ein absoluter Schutz vor Hochwassergefahren nicht möglich.

Hinsichtlich der Hochwasserhäufigkeit läßt sich eine Hochwasserverschärfung aus den Erfahrungen der letzten Jahre nicht ableiten. Extreme Hochwasser treten nicht häufiger auf als früher.

Dagegen sind die Hochwasserwellen in vielen Flußgebieten durch menschliche Eingriffe beeinflusst. An zahlreichen kleinen Gewässern in dichtbesiedelten Gebieten wirkt sich besonders die „Versiegelung“ der Landschaft hochwasserverschärfend aus. An einigen großen Flüssen und Strömen läßt sich eine Erhöhung der Hochwasserscheitel infolge des Entzugs natürlicher Überschwemmungsflächen durch Ausbau, Begradigung und Eindeichung sowie durch den damit ver-

bundenen beschleunigten Hochwasserablauf nachweisen.

Nur ein kleiner Teil der hochwasserverschärfenden Einflüsse läßt sich in der dichtbesiedelten Bundesrepublik Deutschland rückgängig machen. Jedoch müssen – auch aus allgemeinen wasserwirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten – die bestehenden Möglichkeiten des Wasserrückhaltes zur Verhinderung weiterer Hochwasserver-

schärfung intensiv genutzt werden. Aus umweltpolitischer Sicht sind dies nach Auffassung der Bundesregierung:

● Zum Hochwasserschutz von kleinen Gewässern:

die vielfältigen Maßnahmen des Niederschlagsrückhalts auf der Fläche.

● Zum Hochwasserschutz von großen Flüssen und Strömen:

die Erhaltung und die Wiederherstellung von Überschwemmungs-

flächen, z. B. als Auewälder. Dazu sollten, wo dies möglich ist, auch Deichlinien zurückverlegt und bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen naturnah umgestaltet werden.

Die im Rahmen der Großen Anfrage durchgeführte Befragung zeigt, daß seitens der Länder zahlreiche Initiativen für einen naturnahen Hochwasserschutz unternommen werden. (Umwelt Nr. 4/1989)

## Südkoreanische Delegation zu einem Informationsbesuch in Bonn

Als beispielgebend für den Aufbau der eigenen Katastrophenschutz-Organisation bezeichnete der südkoreanische Minister Moon Kyoo Choi die Vorkehrungen im deutschen Zivil- und Katastrophenschutz.

Minister Choi sagte dies als Leiter einer hochrangigen koreanischen Expertengruppe, die sich am 18. Mai 1989 in der Bundesrepublik Deutschland über den Zivil- und Katastrophenschutz unterrichtete. Gemeinsam mit der fünfköpfigen Delegation nahmen an diesem Tag auch der südkoreanische Botschafter Shin und Botschaftsattaché Park im Bundesinnenministerium an der Information teil. Hier stand nach der offiziellen Begrüßung ein Fachgespräch auf dem Programm, in dem die asiatischen Gäste einen Einblick in das Konzept und die Organisation der hiesigen Einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung erhielten. Anschauung vor Ort bot sich dann den Südkoreanern, als Oberregierungsrat Turley vom Bundesamt für Zivil-

schutz das deutsche Schutzbauprogramm erläuterte. Turley führte die Gäste zu diesem Zweck in den Schutzraum des Bundesinnenministeriums, der – als Mehrzweckbau konzipiert – den Mitarbeitern der Behörde als Tiefgarage zur Verfügung steht. Direkt am Gegenstand erläuterte der Referent die Bauweise und die Techniken der Anlage, die im Bedarfsfall über 900 Menschen Platz bietet.

Anschließend fuhren die Südkoreaner zur Katastrophenschutzschule des Bundes nach Ahrweiler, wo die Themenfelder „Warn-dienst“ und „Ausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz“ zur Sprache kamen. Leitender Baudirektor Dr. Maske, Abteilungsleiter Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, informierte die Gäste über den gegenwärtigen Entwicklungsstand im Warndienst. Maske fand dabei die besondere Aufmerksamkeit seiner Zuhörer, da der weit fortgeschrittene deutsche Forschungs- und Ausrüstungsstandard auf diesem Ge-

biet gerade Vertreter einer hochtechnologieorientierten Nation interessierte.

Zum Bereich „Ausbildung“ referierte Oberregierungsrat Roth, Lehrer an der Katastrophenschutzschule des Bundes. Seine Ausführungen zum Schulungssystem im Zivil- und Katastrophenschutz konnte er durch eine Besichtigung der Trümmerstraße ergänzen, in der katastrophentypische Schadenslagen zu Ausbildungs- und Übungszwecken nachgebildet sind. Zum Abschluß ihres Informationsbesuches warfen die Südkoreaner noch einen Blick in die praktische Arbeit der Schule, die gerade eine Stabsausbildung durchführte. Die Gäste erhielten so einen – wenn auch kurzen – Eindruck von der Dramaturgie und der realistischen Atmosphäre der Übungsplanspiele.

Besucher wie Gastgeber waren sich am Ende des Tages darüber einig, die gegenseitigen Kontakte aufrechtzuerhalten, um einen weiteren intensiven Meinungsaustausch zu gewährleisten.



## **Sowjetische Regierungsdelegation beim Bundesminister des Innern**

Im Rahmen eines vom Deutschen Roten Kreuz organisierten Besuchs einer sowjetischen Regierungsdelegation der Republik Armenien fand auch ein Gespräch im Bundesministerium des Innern statt. Die Delegation wurde geleitet von dem stellvertretenden Vorsitzenden des armenischen Ministerrates, Vladimir Mowsisjan. In seiner Begleitung befanden sich sechs Vertreter verschiedener sowjetischer Dienststellen, die für die Schadensbeseitigung bzw. den Wiederaufbau der zerstörten Region zuständig sind. Der armenische Delegationsleiter überbrachte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble den tief empfundenen Dank seiner Regierung für die schnelle und aufopferungsvolle Hilfe, die gleich nach Bekanntwerden des verheerenden Erdbebens aus der Bundesrepublik eintraf. Er erwähnte in diesem Zusammenhang besonders den Einsatz des Technischen Hilfswerks, dessen Dienstherr der Bundesinnenminister ist. Der vom 10. Dezember 1988 bis 15. Januar 1989 dauernde Einsatz der THW-Helfer mit ihrem schweren Bergungsräumgerät habe bei der Bevölkerung Dank, Anerkennung und Bewunderung hervorgerufen. Die deutsche Hilfe insgesamt habe nicht nur das Los der vom Schicksal hart Betroffenen gemildert. Ebenso wichtig sei der damit geleistete Beitrag zur Völkerverständigung.

Minister Schäuble griff diesen Gedanken auf und betonte, daß die Bundesregierung auch weiterhin bereit sei, mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe zusammenzuarbeiten. Dies sollte auf einer soliden, vertraglich abgesicherten Grundlage geschehen. Daher habe das Bundesministerium des Innern in Umsetzung eines von deutscher und sowjetischer Seite nach der Erdbebenkatastrophe in Armenien geäußerten Wunsches den Entwurf eines Hilfeleistungsabkommens erarbeitet, der inzwischen über die Deutsche Botschaft in Moskau dem sowjetischen Außenministe-

rium zugeleitet worden sei. Er sei zuversichtlich, daß hierüber alsbald Verhandlungen stattfinden könnten, zumal das Anliegen beider Seiten, in Not geratenen Menschen unkompliziert und schnell Hilfe zuteil werden zu lassen, durch den Vertrag optimal realisiert werden könnte.

In dem anschließenden Gespräch auf der Fachebene betonte die Delegation aus Armenien nochmals ihr großes Interesse an einer weiteren engen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes. Auch in der Sowjetunion sei man zu der Auffassung gelangt, daß die zunehmende Industrialisierung einerseits und die großen Naturkatastrophen der jüngsten Vergangenheit andererseits eine internationale Zusammenarbeit immer dringender erscheinen lassen.

In diesem Zusammenhang hob die deutsche Seite noch einmal die Punkte hervor, deren Regelung in einem Katastrophenhilfeabkommen die gegenseitige Unterstützung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen ganz wesentlich erleichtern würde:

1. Vereinbarung von Ansprechpartnern für die Übermittlung und Entgegennahme von Hilfesuchen,

2. Vereinfachung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs bei Entsendung von Hilfsmannschaften,

3. Ausschluß von Haftungs- und Entschädigungsansprüchen gegen Mitglieder einer Hilfsmannschaft in bezug auf Schäden, die sie im Zusammenhang mit der Durchführung der Hilfeleistung Helfern oder dritten Personen des Einsatzstaates zufügen,

4. wesentliche Einschränkung des Kostenerstattungsprinzips,

5. Ermöglichung eines laufenden Gedankenaustausches von Sachverständigen auf dem Gebiet des vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutzes,

6. Förderung der Zusammenarbeit der nationalen Katastrophenschutz-Ausbildungseinrichtungen, einschließlich des Austausches von Lehrgangsteilnehmern,

7. Unterstützung beim Aufbau einer Katastrophenschutzorganisation.

Beide Seiten gaben ihrer Hoff-

nung Ausdruck, daß der Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland auch das gemeinsame Anliegen nach einer vertraglich abgesicherten Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes fördern und beschleunigen wird.

## **Direktor der Sécurité Civile besuchte Bundesinnen- ministerium**

Auf der Grundlage des deutsch-französischen Abkommens über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen vom 3. Februar 1977 haben sich in den letzten Jahren auf den verschiedenen Ebenen zunehmend Gesprächskontakte über die Grenzen hinweg entwickelt, die der Erörterung gemeinsam interessierender Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes dienen. Diese Kontakte werden auf der kommunalen Ebene ebenso wie zwischen den Regierungspräsidien und den Präfekturen, den Ländern und den Departements sowie auch auf der Ebene der Bundesregierung gepflegt. Einmal jährlich treffen sich die für den Zivil- und Katastrophenschutz zuständigen Ansprechpartner des französischen Innenministeriums und des Bundesinnenministeriums in Paris oder in Bonn, um grundsätzliche Fragen der grenzüberschreitenden Kooperation zu erörtern oder ihre Haltung zu bestimmten supra- bzw. internationalen Fragen auf diesem Gebiet abzustimmen und wechselseitig zu erläutern.

Diesem Zweck diente auch der Besuch des neuen Direktors der Sécurité Civile im französischen Innenministerium am 7. Juni 1989 in Bonn. Sowohl Direktor Fournier als auch sein Kabinettschef Vian sind erst seit kurzer Zeit im Amt. Der Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie sie hervorhoben, der erste Auslandskontakt, der dem Themenbereich des Zivil- und Katastrophenschutzes gewidmet ist.

Die französischen Gäste ließen sich zunächst das System des deutschen Zivil- und Katastrophenschutzes näher erläutern. Sie zeigten sich von dem bedeu-

tenden Beitrag beeindruckt, den die ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfallhilfe und des Malteser-Hilfsdienstes sowie anderer auf humanitärem Gebiet tätigen Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz leisten.

Schwerpunktt Themen der Fachgespräche waren sodann:

1. Erfahrungsaustausch über die jeweils im nationalen Bereich getroffenen Vorsorgemaßnahmen aus Anlaß des Absturzes des sowjetischen Satelliten Kosmos 1900 und Verbesserung des seinerzeit praktizierten grenzüberschreitenden Informationsaustausches,

2. Optimierung der Zusammenarbeit im Rahmen der Katastrophenhilfe im Ausland bei Einsätzen deutscher und französischer Helfer im Katastrophengebiet eines Drittstaates (z. B. Armenien) und

3. Erörterung von Möglichkeiten einer gemeinsamen deutsch-französischen Haltung in bezug auf die immer umfangreicher und auch kostspieliger werdenden Katastrophenschutzaktivitäten der EG-Kommission im Hinblick auf die bevorstehende französische EG-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1989.

Beide Seiten bezeichneten die deutsch-französischen Beziehungen auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe als vorbildlich und gaben dem Wunsch Ausdruck, die Zusammenarbeit künftig noch enger zu gestalten. Der bisherige deutsch-französische Informationsaustausch hat sich für beide Seiten als überaus fruchtbar erwiesen.

Aus deutscher Sicht wäre es sehr zu begrüßen, wenn bei uns in naher Zukunft auch die finanziellen und personellen Voraussetzungen für eine ähnlich intensive Kooperation mit den anderen Nachbarstaaten, mit denen die Bundesrepublik Katastrophenhilfeabkommen geschlossen hat, geschaffen werden könnten. Die Notwendigkeit hierzu liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, daß die Industrialisierung der Länder der europäischen Gemeinschaft rapide ansteigt – man denke hier



u.a. an das gewaltige Volumen des Transports gefährlicher Güter. Die vielfältigen Risiken dieser industriegeprägten Lebensverhältnisse erfordert unabdingbar ein angemessenes Gefahrenabwehrsystem in einem grenzüberschreitenden europaweiten Verbund. Insbesondere diese Notwendigkeit unterstrich Staatssekretär Neusel, der die französischen Gäste im Verlauf der Fachgespräche zu einem kurzen Gedankenaustausch empfing.

## 19222 – eine einheitliche Rufnummer für den Rettungsdienst

Mit einer Plakataktion und dem Slogan „19222 – Rettungsleitstelle: Partner im Notfall“ weist das Bayerische Rote Kreuz darauf hin, daß alle 26 Rettungsleitstellen in Bayern nun über die einheitliche Rufnummer 19222 zu erreichen sind. Nachdem die Vielfalt von Rufnummern für den Rettungs-

**Rettungsdienst in Bayern**  
Rettungsleitstelle – Partner im Notfall  
und Vermittlung Kassenärztlicher Notfalldienst

**19 222**

Bergwacht · Deutsche Lebensrettungsgesellschaft · Wasserwacht

dienst bisher oft zu Mißverständnissen und Verzögerungen bei der Alarmierung geführt hat, gehören diese Probleme jetzt der Vergangenheit an. Lediglich in Orten ohne eigene Rettungswache oder -leitstelle muß wie bisher die jeweilige Vorwahl mit gewählt werden.

Unter der Rufnummer 19222 nehmen die Rettungsleitstellen alle Notrufe und Hilfeersuchen entgegen. Aufgrund der Angaben des Anrufers entscheiden sie, ob ein Notarztwagen, ein Krankenwa-

gen oder die Berg- und Wasserwacht alarmiert werden muß. Auch für die Vermittlung des Kassenärztlichen Notfalldienstes an Wochenenden und Feiertagen sind die Leitstellen zuständig. Als „Partner im Notfall“ sind sie rund um die Uhr besetzt und sichern somit die notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung.

Zur Unterstützung der Plakataktion sind bei allen Geschäftsstellen des BRK Auto- und Telefonaufkleber mit der neuen Rufnummer 19222 erhältlich.

## Erfolgreicher Verein für Sanitäts- und Rettungswesen

Im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim besteht seit 32 Jahren eine Sanitätsorganisation, die durch eine Abspaltung von der damaligen DRK-Ortsgruppe entstanden ist. Gleich nach ihrer Gründung machte sich die Rettungswache Bergen-Enkheim mit Unterstützung der zu der Zeit

selbständigen Stadt Bergen-Enkheim daran, den Krankentransport aufzubauen. Zwei Krankentransportwagen folgten bald ein aus eigenen Mitteln beschaffter neuer 4-Tragenwagen. Die Fahrzeuge wurden mit Funkgeräten der Branddirektion Frankfurt ausgerüstet und erhielten den Rufnamen Florian.

1976 erfolgte die Eingemeindung der Stadt Bergen-Enkheim nach Frankfurt. Hier nimmt die Rettungswache seitdem mit zwei Rettungswagen am Krankentransport und Unfallrettungsdienst teil.

15 Jahre dauerte es, bis schließlich als größter Erfolg des

damaligen 1. Vorsitzenden, Neuberger, die Rettungswache Bergen-Enkheim vom Hessischen Minister des Innern mit Schreiben vom 2. Dezember 1983 sowohl für den friedensmäßigen als auch für den erweiterten Katastrophenschutz anerkannt wurde. Der Verein, der heute knapp 6000 passive und 68 aktive Mitglieder zählt, stellt seither dem Frankfurter Katastrophenschutz einen Krankentransportzug mit 28 Helfern bereit, der nach der gültigen STAN gegliedert ist. Außerdem wurde ein Vertreter des Vereins als Fachberater „San“ in den Stab der Stadt Frankfurt entsandt, und zwei Mitglieder der Rettungswache wurden vom Hessischen Minister des Innern in den Landes-Katastrophenschutzbeirat Hessen berufen.

Ein weiterer Höhepunkt in der Vereinsgeschichte war die Verleihung der Anerkennungs-Urkunden für einen Sanitätszug nach STAN, den 6. in Frankfurt, und den 8. Verpflegungstrupp Frankfurt durch den damaligen Leiter der Frankfurter Feuerwehr, LtD. Branddirektor Prof. Ernst Achilles.

Die größten Einsätze mit Beteiligung der Rettungswache Bergen-Enkheim waren der Brand des Offenbacher Stadtkrankenhauses und das Bombenattentat auf dem Frankfurter Flughafen. Außerdem stand die Wache mehrmals bei Großunfällen mit erheblichem Potential bereit.

Als einziger Sanitätszug in Frankfurt ist der 6. Sanitätszug der Rettungswache nahezu vollständig mit Funkmeldeempfängern ausgerüstet. In Kürze sollen von der Branddirektion Frankfurt „Abteilung Katastrophenschutz“ zum zweiten Male acht Empfänger zur Ergänzung der aus eigenen Mitteln beschafften Geräte ausgeliefert werden.

Obwohl für den erweiterten Katastrophenschutz anerkannt, erhält die Rettungswache keine Zuweisungen in Form von Geld oder Fahrzeugen von seiten des Bundes. Um so stolzer ist man auf die selbstfinanzierten zehn Fahrzeuge und drei Anhänger des Vereins, die für den Katastrophenfall vorgehalten werden.

Unser Foto zeigt die Einsatzfahrzeuge der Rettungswache.

(Foto: Slogar)







## Millionenschaden bei Brand im Essener Norden

Mit allen verfügbaren Kräften rückte die Essener Feuerwehr zu einem Brand in der Aluminium-Hütte aus. Die Halle 2 des Werkes stand in hellen Flammen. Die hölzerne Dachkonstruktion brannte auf einer Länge von mehr als 400 Metern. Eine riesige Rauchwolke war im gesamten Essener Nordwesten sichtbar.

Alle Löschzüge der Berufsfeuerwehr und neun Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr wurden zur Brandbekämpfung eingesetzt. Zur Aufrechterhaltung des Brandschutzes im Stadtgebiet wurden die Wachen durch die

verbliebenen Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr besetzt.

Über Rundfunk wurde die Bevölkerung vor den Rauchgasen gewarnt. Messungen der Feuerwehr ergaben jedoch, daß die Rauchwolke keine Giftstoffe enthielt.

Der Großeinsatz dauerte bis zum nächsten Tag. Schwere Verletzungen erlitt ein Feuerwehrmann, der bei Nachlöscharbeiten aus ca. zehn Meter Höhe abstürzte, als ein Laufsteg unter ihm wegbrach.

Die Brandursache ist noch nicht geklärt. Es wird vermutet, daß das Feuer im Dach der Halle 2 durch Selbstentzündung ausbrach.

Unser Bild zeigt die Löscharbeiten über eine Drehleiter  
(Foto: Spilker)

## Strahlenspüren in Österreich

Die Republik Österreich verfügt im Zivil- und Katastrophenschutz seit Jahren über ein System zur Bestimmung von radioaktiven Teilchen bzw. radioaktiver großräumiger Kontamination, die etwa bei Unfällen wie Tschernobyl, Abstürzen von Satelliten mit Kernenergieantrieb etc. großflächige Gefahren verursachen können. Über dieses System, das sich auf mit Meßsonden ausge-

statteten Hubschraubern und gut trainierten Meßtrupps für die Suche am Boden aufbaut, informierte sich vom 16. bis 19. Mai 1989 eine deutsche Expertengruppe aus den Bereichen Zivil- und Katastrophenschutz, Strahlenschutz sowie der Grenzschutz-Fliegerstaffel und des Verteidigungsministeriums in Wien. Für die Fortentwicklung und die Verbesserung des Suchverfahrens durch Hubschrauber, die mit Meßsonden ausgestattet sind, konnten die deutschen Experten viele Anregungen sammeln. Dadurch kön-

nen die Bestimmung von großflächigen Belastungsgebieten bei derartigen Ereignissen wesentlich beschleunigt, die betroffene Bevölkerung zuverlässiger gewarnt und das Belastungsrisiko wesentlich eingeschränkt werden.

Sehr beeindruckt waren die deutschen Experten vom hohen Ausbildungsstand der bodengebundenen Spüreinheiten, die in einem Unglücksfall in allen Teilen des Landes jederzeit einsetzbar sind. Alle Mitglieder solcher Spürtrupps unterziehen sich freiwillig als Angehörige der Feuerwehren, des Roten Kreuzes oder anderer Hilfsorganisationen in regelmäßigen Abständen dieser Aus- und Fortbildung. Die Mitglieder der deutschen Delegation konnten Teilnehmer eines solchen mehrtägigen Kurses befragen und spezielle Vorrichtungen, wie z. B. einen „Strahlenspürgarten“ besichtigen, in dem Strahlenquellen die in unterirdischen Röhren bewegt werden, von der Oberfläche aus exakt bestimmt werden können.

Der Erfahrungsaustausch fand im Rahmen des zwischen Deutschland und Österreich vereinbarten Hilfeleistungsabkommens statt.

## Umschulen zum Rettungs- und Betriebsanwärtler

In der Bildungseinrichtung des BRK-Kreisverbandes Erlangen-Höchstadt können sich Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung, die derzeit in ihrem erlernten Beruf nicht vermittelbar sind, zum Rettungs- und Betriebsanwärtler umschulen lassen.

Vom Arbeitsamt wird während der Umschulungsmaßnahme Unterhaltsgeld gewährt. Kosten für Arbeitskleidung und Unterrichtsmittel werden erstattet. Wohn- und Kilometergeld können beantragt werden.

Interessenten benötigen für die Bewerbung ein ärztliches Gutachten, ein polizeiliches Führungszeugnis neuesten Datums, einen handgeschriebenen Lebenslauf und einen Führerschein Klasse III.

Vor Beginn der Maßnahme muß der/die Bewerber/in eine Bildungsüberprüfung mit anschließendem Test absolvieren. Die Teilnahme an der Umschulung ist vom Ergebnis dieses Testes abhängig.

Der nächste Lehrgang beginnt am 2. August 1989. Bewerbungen sind zu richten an: BRK-Kreisverband Erlangen-Höchstadt, Karl-Zucker-Str. 18, 8520 Erlangen (Tel.: 091 31/1 20 00).

## Nur für schlimme Notfälle

Beim ADAC-Reiseruf klingeln die Telefone jetzt wieder pausenlos. Wie jedes Jahr in der Sommerzeit melden sich jetzt täglich wieder weit über 100 Bundesbürger in der Zentrale des Automobil-Clubs, weil sie Familienangehörige suchen, die ohne Angabe einer Ferienadresse verreist sind. Bis zu 50 Urlauber werden im Sommer täglich wegen ernster Notfälle in ganz Europa vom ADAC-Reiseruf per Rundfunkdurchsage oder Zeitungsnachricht gesucht. Jedes Jahr sind es insgesamt über 3 000 Touristen.

Meist verbirgt sich hinter dem Reiseruf ein schwerer Schicksalsschlag. Oft handelt es sich um Todesfälle oder lebensgefährliche Erkrankungen im Familienkreis. Aber auch Brandkatastrophen, schwere Sturm- und Wasserschäden oder Einbrüche sind Grund für einen Reiseruf.

Kein Reiseruf wird für Urlauber ausgestrahlt, die sich nach mehreren Wochen noch nicht zuhause gemeldet haben. Das Gleiche gilt für Glückwünsche oder Gratulationen. Käme der ADAC solchen Wünschen nach, so wären die Informationskanäle des Reiserufs in kürzester Zeit verstopft. Daher rät der ADAC den Urlaubern, ihre Ferienadresse zuhause zurückzulassen oder sich zumindest einmal wöchentlich telefonisch zu melden.

Ein Reiseruf kann telefonisch bei den 170 ADAC-Geschäftsstellen im Bundesgebiet oder bei der Münchner Zentrale des Automobil-Clubs unter 089/76 76-26 53 rund um die Uhr (auch an Sonntagen und Feiertagen) beantragt werden. (ADAC-Pressestelle)





## Gemeinsam gegen die Ölpest

„Die Zusammenarbeit war hervorragend“, urteilt Direktor Dipl.-Ing. Dieter Karlsch, der Chef der Kölner Feuerwehr. Gemeint ist damit ein gemeinsamer tagelanger Einsatz von Kräften des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehr. Nachdem am 28. März 1989 ein holländisches Tankschiff bei Remagen Grundberührung hatte, war tonnenweise schweres Heizöl in den Rhein geflossen. Tags darauf trieben auch in Köln die Ölfladen ans Ufer. Besonders in den Rheinbögen überzogen die bitumenartigen Ablagerungen Sand und Steine.

Die zuerst zur Reinigung eingesetzten Kräfte der Berufsfeuerwehr wurden, nachdem sich das Ausmaß der Verschmutzung herausgestellt hatte, von Helfern der Freiwilligen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks unterstützt. Auch seitens der Stadtverwaltung wurden Kräfte für die Reinigungsarbeiten abgestellt. Insgesamt galt es, 46 Kilometer

der zu Köln gehörenden 68 Kilometer Rheinufer vom Öl zu befreien.

Bewaffnet mit Schaufeln, Eimern, Schubkarren und Mauerkellen waren die Helfer dabei, auf einer Breite vom Wasserspiegel bis zehn Meter landein die bis zu tellergroßen Ölfladen aufzunehmen und in Containern zu sammeln. Abhängig von den Geländebedingungen konnte stellenweise ein Radlader der Feuerwehr die Reinigungsarbeiten unterstützen.

Nach vier Tagen harter Arbeit war das Kölner Rheinufer wieder frei von Ölrückständen, und die Container hatten sich mit über 50 Kubikmetern ölhaltiger Abfälle gefüllt. Daneben konnten die Helfer fünf överschmutzte Schwäne einfangen und in fachkundige Hände weitergeben.

Während der viertägigen Reinigungsaktion waren insgesamt 991 Helfer mit 170 Fahrzeugen im Einsatz. Die Kräfteübersicht weist aus, daß 494 Helfer mit 64 Fahrzeugen von der Freiwilligen Feuerwehr und 71 Helfer mit 31 Fahrzeugen von der Berufsfeuerwehr

gestellt wurden, das THW war mit 251 Helfern und 39 Fahrzeugen im Einsatz und seitens der Stadtverwaltung wurden 175 Helfer mit 36 Fahrzeugen eingesetzt.

Das Foto zeigt Helfer beim Einsammeln der Ölrückstände, die anschließend vom Radlader in Container befördert werden.

(Foto: Berufsfeuerwehr Köln)

mation der Stadt Gütersloh soll in Zukunft bei allen Feuerwehr-Veranstaltungen verteilt werden.

## Katastrophenschutzhelfer aus Neumünster übten mit dänischem Zivilschutz

### Was tun im Notfall?

Notfall – signalisiert ein Faltblatt der Freiwilligen Feuerwehr Gütersloh in leuchtendem Rot. „Verhalten bei Brand- und Unglücksfällen“ heißt es im Untertitel der mit Unterstützung des städtischen Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit herausgegebenen Druckschrift im Format 10,5 mal 21 cm. Auf fast jeder Seite wird auf die wichtige Notrufnummer 112 hingewiesen, viele Tips über Rettungswege, richtiges Verhalten im Brandfall oder bei Unfällen mit gefährlichen Substanzen machen das Blättchen zur wichtigen Grundinformation für jeden Einwohner.

Damit auch die ausländischen Mitbürger von der Information profitieren können, wurde das Faltblatt in die wichtigsten ausländischen Sprachen in Gütersloh übersetzt: ins Türkische, Spanische, Griechische, Serbokroatische und Italienische. Die Infor-

Zwischen der deutsch-dänischen Grenze und Hadersleben lief die diesjährige Jahresabschlußübung des dänischen Zivilschutzes. Beteiligt waren auch der Versorgungsdienst der Regieeinheiten der Stadt Neumünster unter der Leitung von Karl-Otto Steffen sowie eine Sanitätsgruppe mit zwei Krankentransportwagen des 3. Sanitätszuges, ebenfalls Regieeinheit. Sie errichteten in Fröslev, dem Bereitstellungsort des südjütlandischen Zivilschutzes, einen Stützpunkt, um die Versorgung der rund 100 Übungsteilnehmer sicherzustellen.

Um 2.30 Uhr wurde zu einem Einsatz in 50 km entfernten Hadersleben alarmiert. Auf dem riesigen Übungsgelände der Zivilschutz-Kaserne mußten unter realistischen Bedingungen Brände gelöscht und „Verletzte“ geborgen werden. Anschließend wurden auf dem Übungsgelände der Katastrophenschutzschule Tinglev zwei Übungen durchgeführt.

Ein kräftiges Mittagessen, jedoch typisch deutsch, sollte den dänischen Helfern vorgesetzt werden, und es gab tatsächlich nach Beendigung der Mahlzeit, wie in Dänemark üblich, einen kräftigen Applaus für Rübemus mit Fleisch.

Zum Abschluß der Übung hob Übungsleiter Clausen, Amtsleiter des Zivilschutzamtes der Kommune Boy, die gute Zusammenarbeit mit dem südlichen Nachbarn trotz unterschiedlicher Organisationsformen hervor.

Den deutschen Helfern fiel während der 24-Stunden-Übung auf, daß die dänischen Helfer sehr diszipliniert und ruhig ihre Tätigkeit verrichteten. Die Gäste waren vom Einsatzwert der dänischen Einheiten beeindruckt.

# NOT FALL

Verhalten bei Brand- und Unglücksfällen

Yangın ve kaza hallerinde nasıl davranılacağı hakkında

Зуповиспогод се при-  
агоном; негодна; кот; итд.

Ponašanje pri požaru i nestretnim slučajevima

Comportamiento en casos de incendio y accidentes

Comportamento in caso d'incendio e di sinistri



Freiwillige Feuerwehr Gütersloh

Eine Information der Stadt

## Gütersloh





## Wertvoller Wanderpokal als Anreiz für junge Feuerwehrleute

Vom 24. bis 30. Juli messen sich in Warschau rund 20 Jugendfeuerwehr-Mannschaften im Rahmen der internationalen Wettbewerbe des CTIF. Das „Internationale Technische Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen“ organisiert alle zwei Jahre diese Sportwettkämpfe zur Förderung des Jugendaustausches im Bereich des Feuerwehrwesens. Die Manfred Vetter GmbH hat mit dem „Vetter-Cup“ einen zusätzlichen Anreiz für die Jugendfeuerwehren geschaffen.

Alle zwei Jahre treffen sich Mannschaften überwiegend europäischer Jugendfeuerwehren, um sich im fairen Wettbewerb zu messen und die Völkerverständigung zu pflegen. Nachdem 1987 Havlickuv-Brod in der CSSR Austragungsort war, kommen dieses Jahr in Warschau rund 300 Wettkämpfer und Betreuer zusammen. Pro Teilnehmerland sind bis zu zwei Mannschaften zugelassen, die sich zuvor in nationalen Ausscheidungen qualifiziert haben müssen.

Neben den feuerwehrtechnischen Übungen wird es auch ein umfangreiches Begleitprogramm geben. In Jugendforen steht die Diskussion über die kulturelle Vielfalt in den verschiedenen Teilnehmerstaaten im Vordergrund. Das Ziel: Die Jugendfeuerwehren sollen sich weltweit näherkommen und die Ländergrenzen vergessen machen.

Der Wanderpokal wurde von der renommierten Kölner Bild-

hauerin Mechthild Baumann in rund 600 Arbeitsstunden aus über vier Kilogramm Sterling-Silber geschaffen. Er hat einen Zeitwert von 35 000 DM. Die Plastik symbolisiert eine Weltkugel, die wie ein Ball auf einem Feuerwehrschlauch schwebt. Das 60 Zentimeter hohe Kunstwerk zeigt am „Nordpol“ das internationale Feuerwehrblem.

Neben der hochwertigen Trophäe hat die namhafte Firma für die ersten drei Mannschaften einen Geldpreis zur Förderung der internationalen Jugendarbeit ausgesetzt. Durch ein festgelegtes Stiftungskapital ist es möglich, mindestens 60 Jahre lang die Siegerprämien aus den Zinserträgen zu zahlen: Den Siegergruppen 1989 winken so zum Beispiel Preise in Höhe von insgesamt 3 000 DM und der wertvolle Wanderpokal.

## Aktion „Fahrende Notrufsäulen“

Der Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz des Bayerischen



Roten Kreuzes hat die Aktion „Fahrende Notrufsäulen“ neu belebt. Bereits 1974 hat diese Aktion bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, ist aber wieder in Vergessenheit geraten.

Die Idee dieser Aktion, ist das schwache Glied zwischen einem Unfall und der Meldung bei den zuständigen Rettungsleitstellen zu verkürzen. Kraftfahrzeuge mit Funk oder Telefon sind bestens geeignet, bei Unfällen auf dem kürzesten Wege qualifizierte Hilfe anzufordern. Ein Aufkleber – ein rotes Kreuz auf blauem Hintergrund – signalisiert jedem Hilfesuchenden, daß der Fahrzeugführer bereit und imstande ist, den Rettungsdienst zu rufen.

Die Aktion ist in Ostbayern auf großes Interesse gestoßen. Rund 10 000 Fahrzeuge sind bereits mit einem solchen Aufkleber versehen.

## Fernmeldeübung „MAIWIND '89“

Bereits zum 7. Mal fand die jährliche Fernmeldeübung des Katastrophenschutzes der Stadt Neumünster statt. In diesem Jahr wurde vom 19. bis zum 21. Mai 1989 auf dem Übungsplatz der Bundeswehr „Christianshöhe“ im Kreis Rendsburg-Eckernförde geübt.

Neben der Fernmeldezentrale und dem Fernmeldezug sowie dem Versorgungs- und Betreuungsdienst aus Neumünster (alles Regieeinheiten) nahmen der Fernmeldezug Pinneberg (THW), die Fernmeldezentrale Pinneberg (Regie), die Fernmeldezentrale Helgoland (Regie) und Teile des Bergungszuges Pinneberg (THW) teil.

Am Freitag, den 19. Mai, trafen die ersten Einheiten/Einrichtungen gegen 20.00 Uhr im Übungsgelände ein. Die Führer der Einheiten und Einrichtungen meldeten sich bei der Übungsleitung, wurden in die Lage eingewiesen und bekamen ihre ersten Aufträge.

Die Lage sah vor, daß es im Raum Fleckeby, Kochendorf, Osterby und Hummelfeld zu Bränden und Zerstörungen durch die Kollision zweier Flugzeuge gekommen war.

Auftrag der Fernmelder war, Fernmeldeverbindungen im Schadensgebiet herzustellen, zu halten und zu unterhalten und dem Stab des Hauptverwaltungsbeamten Kommunikationsmöglichkeiten zur Führung seiner Einheiten/Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Hierzu sollten vier Fernsprechvermittlungen mit 19 Endstellen und neun Sprechfunkbetriebsstellen eingesetzt sowie eine Fernmeldezentrale HVB ausgelagert werden.

Nach erhaltenem Auftrag ging es bei zunehmender Dunkelheit los. Die Sprechfunkbetriebsstellen rückten zu den befohlenen Standorten aus, bauten dort ihre Antennen auf, meldeten sich bei der Leitstelle KATER NEUMÜNSTER an und begannen mit der Nachrichtenübermittlung. Die Fernsprechbautrupps verlegten Feldkabel und richteten an den Standorten ihre Vermittlungen sowie die Endstellen ein. Nach Fertigstellung – die wegen der unterschiedlich schwierigen Baustrecken zeitlich sehr unterschiedlich war – begann die Betriebsphase.

In der Betriebsphase sollten ca. 500 vorbereitete Nachrichten über das Fernsprechnet abgesetzt werden. Dabei war darauf zu achten, daß die Truppführer eine Schichtenteilung vornahmen, denn die Übung sollte bis Samstag, 19.00 Uhr, ohne Unterbrechung fortgeführt werden.

Bei den Funktrupps sah es ähnlich aus. Auch sie hatten rund um die Uhr Dienst und mußten ca. alle vier Stunden ihren Standort wechseln.

Um 10.00 Uhr am Samstagmorgen kamen neue Aufträge auf die Fernsprechtrupps zu. Die Standorte der Fernsprechvermittlungen mußten um ca. drei Kilometer verlegt werden. Das bedeutete, Feldkabelbau für die einen und weiterhin Fernsprechbetrieb für die anderen Helfer. Nach Fertigstellung der Leitungen wurden die Fernsprechvermittlungen mit ihren Endstellen verlegt und die zweite Betriebsphase begann.

Gegen 14.00 Uhr wurde das Fernsprechnet durch Vielfachausnutzung der Leitungen erweitert. Ab 19.00 Uhr fuhr alle Teilnehmer zum Übungsgelände zurück.

Am Sonntag gegen 08.00 Uhr begann die letzte Übungsphase.



Die Sprechfunktruppe mußten neue Standorte aufsuchen, Antennen sowie Stromaggregate aufbauen und mit der Nachrichtenübermittlung beginnen. Die Fernsprechbautrupps hatten die Vermittlungen und die Endstellen abzubauen sowie das Feldkabel zurückzubauen.

Ab 10.00 Uhr wurde dann allen Teilnehmern das langersehnte „Übungsende“ durchgegeben. Die Einheiten traten vor Abfahrt in die Heimatstandorte noch einmal zu einer kurzen Übungskritik auf dem Übungsplatz an.

## Großfeuer nach Explosion

Eine Explosion auf dem Gelände der Shell-Raffinerie in Hamburg-Harburg verursachte am

18. Mai 1989 ein Großfeuer, bei dem ein Mann getötet wurde.

Vermutlich hatten Reparaturarbeiten an einer Butangasleitung die Explosion ausgelöst. Das Feuer war gegen 8.30 Uhr in einer Pump- und Mischstation ausgebrochen und erstreckte sich schon bald auf einer Fläche von 15 000 Quadratmetern. Bis zu 100 Meter hohe Flammen schossen in den Himmel; der riesige Rauchpilz war kilometerweit zu sehen.

Zeitweise war die Lage auf dem Gelände sehr kritisch. Es bestand ständig die Gefahr, daß ein nur 20 Meter entfernter Tank mit fünf Millionen Litern Kraftstoff in die Luft flog. Gegen Mittag konnte die Hamburger Berufsfeuerwehr, die neben zehn Löschzügen und drei Löschbooten auch Freiwillige Feuerwehren zur Brandbekämpfung aufbot, das Großfeuer unter Kontrolle bringen. (Foto: dpa)



## Von Köln nach Düsseldorf

Nach über 15jähriger Tätigkeit verließ er seinen Wirkungsbereich: Regierungsdirektor Dr. Rüdiger Thamm, bisher als Hauptdezernent beim Regierungspräsidenten in Köln für die Bereiche



Feuerschutz, Rettungsdienst sowie Zivil- und Katastrophenschutz zuständig, übernahm ein neues Aufgabengebiet beim nordrhein-westfälischen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Düsseldorf. Als „großen Verlust“ bezeichnete Abteilungsleiter Witt den Weggang Dr. Thams, der schon zu einer Institution des Regierungspräsidenten geworden sei.

Die Feststellung Wits, daß sich der Scheidende in den vielen Jahren durch hohes Fachwissen und die immer gezeigte Bürgernähe viel Sympathie bei allen im Katastrophenschutz Tätigen erworben habe, wurde durch die Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Feuerwehr und Hilfsorganisationen bei der Verabschiedung unterstrichen. Deutlich wurde dies auch durch die THW-Ehrenplakette, die der Aachener THW-Geschäftsführer Gerhard Escherich in Vertretung von THW-Landesbeauftragten Siegfried Drogies für die „stets hervorragende Zusammenarbeit“ überreichte.

Dr. Thamm bekundete, daß er sich in seinem Tätigkeitsbereich sehr wohlgefühlt habe und dankte allen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit, die es erst ermöglicht habe, mit dem Aufbau des Katastrophenschutzes im Regierungsbezirk eine „vorzeigenswerte Leistung“ zu schaffen. Als seinen Nachfolger stellte er Dr. Christoph Steegmann vor, der

die übernommene Arbeit kontinuierlich weiterzuführen versprach.

Unser Foto zeigt die Überreichung der THW-Ehrenplakette an Dr. Thamm (rechts).

(Foto: Claes)

## Hohe Auszeichnung für den Vorsitzenden des Werkfeuerwehr-Verbandes, Dr. Hans Mingenbach

Innenminister Dr. Herbert Schnoor überreichte am 25. April 1989 in Düsseldorf dem langjährigen Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Werkfeuerwehr-Verbandes e.V., Dr. Hans Mingenbach, das vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik.

Im Rahmen der Feierstunde anlässlich des 40jährigen Bestehens des Werkfeuerwehr-Verbandes erklärte Schnoor, die Verdienste von Dr. Mingenbach könnten überhaupt nur dann angemessen gewürdigt werden, wenn man bedenke, daß er die unzähligen Aktivitäten für die Belange des Feuerwehrwesens neben seiner verantwortungsvollen beruflichen Tätigkeit als Leiter der Werkfeuerwehr der Chemischen Werke Hüls in Marl entfaltet habe.

„Das ehrenamtliche Engagement von Dr. Mingenbach erfolgte im Interesse der Allgemeinheit, zum Nutzen der Feuerwehrverbände und zum Wohl der bundesweit tätigen Angehörigen der Werkfeuerwehren. Dafür war ein hohes Maß an Idealismus, Opferbereitschaft und Energie, verbunden mit hohem Zeitaufwand erforderlich“, betonte Minister Schnoor.

Dr. Hans Mingenbach war ca. 20 Jahre lang 1. Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Werkfeuerwehr-Verbandes (von 1969 bis 1989) und von 1975 bis 1987 Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes auf Bundesebene. Zusätzlich hat Dr. Mingenbach im Normenausschuß für Feuerwehrwesen des deutschen Instituts für Normung und im technisch-wissenschaftlichen Beirat der Feuerwehren sowie im Feuerschutz-Beirat des Landes NRW mitgearbeitet.



# Ein Labyrinth mit Tücken

**Vielfältige Atemschutz-Übungsanlage gewährleistet praxisnahe Ausbildung – Hohe Anforderungen an die Lehrgangsteilnehmer**

Die Anweisung des Ausbilders ist knapp: „Hände hängen lassen, lange Schritte, ich starte!“ – leichter gesagt als getan. Der Lehrgangsteilnehmer hat Schwierigkeiten, in Tritt zu kommen. Der Boden läuft ihm unter den Füßen weg. Es geht keinen Meter vorwärts, und dennoch ist er unterwegs. Erst auf ebener Strecke, dann geht's bergauf. Zwölf Prozent Steigung, das schlaucht. Die Pulsfrequenz steigt, das Atmen wird schwerer, der Schweiß fließt. Ist der „Gipfel“ erreicht, wird's leichter. Der Rest der Strecke ist flach, wird zügig durchmarschiert.

## Hohe Anforderungen

Der ungewöhnliche und strapaziöse 300-Meter-Marsch in „voller Montur“ findet im Saal statt und gehört zum Programm des Sonderlehrgangs „Atenschutz-Geräteträger“ an der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in Neuhausen a. d. Fil dern. Es ist keine Schikane, die hier buchstäblich abläuft. Die Anforderungen an Atemschutz-Geräteträger sind hoch, und so ist der Marsch auf dem Laufband-Ergometer nicht die einzige Schwierigkeit, die es während des Lehrgangs zu meistern gilt. Die Anfang 1985 in Betrieb genommene Atemschutz-Übungsanlage im Keller der Schule birgt noch einige weitere Überraschungen.

Auf zweieinhalb Tage ist die Ausbildung im Atemschutz angesetzt. Die relativ kurze Zeit erfordert eine disziplinierte und konzentrierte Mitarbeit der Lehrgangsteilnehmer. Sie kommen aus den Bereichen des Bergungs-, Instandsetzungs- und ABC-Dienstes. Insgesamt sind für diese Katastrophenschutzdienste in Baden-Württemberg nach der Stärke- und Ausrüstungsnachweisung (STAN) 1 470 Atemschutz-Geräteträger auszubilden, wobei das Gros aus dem Bergungsdienst mit 106 Zügen kommt, gefolgt vom Instandsetzungsdienst mit 44 Zü-



Hier muß einem die Luft wegbleiben, dann ist die Maske dicht.



Der halbstündige Gewöhnungsmarsch bringt erste Erfahrungen.





Ausbilder Otto Hippler gibt nützliche Tips.



„Wo geht's denn lang?“ Gefragt ist die Zusammenarbeit des Trupps.



Gegenseitige Hilfe erleichtert das Anschrauben des Lungenautomaten an die Maske.



Testen ob die Tränen kommen: Mit Reizgas wird die Dichtigkeit der Maske geprüft.



„Wie war das nochmal?“ Eigentlich hat man den Brustbund schon in der Grundausbildung erlernt.



Otto Hippler und Manfred Scraebel überwachen im Regieraum das Training auf der Übungsstrecke.



Notwendige Aufrischung: Wie wird ein Verletzter auf der Trage eingebunden?



Die Kriechstrecke hat's in sich. Oft wird's sehr eng; wer schlank ist, hat Vorteile.



gen sowie dem ABC-Dienst mit 33 Zügen. Zur Ausstattung jedes Zuges gehören vier Preßluftatmer DA 58/1600. Für den Einsatz mit diesen Geräten sind je Einheit acht Helfer vorgesehen, die ihre Ausbildung in Neuhäusen erhalten. Die Atemschutz-Geräteträger des Brandschutzdienstes werden an der Feuerwehrscheule Bruchsal ausgebildet.

## Nicht jeder tauglich

„Anforderungen an den Träger von Atemschutzgeräten“, ein wichtiges Thema, das gleich zu Beginn des ersten Unterrichtstages steht. Nicht jeder Katastrophenschutz Helfer bringt die Voraussetzungen mit, unter schwerem Atemschutz zu arbeiten. So soll u. a. der Atemschutz-Geräteträger nicht jünger als 18 und nicht älter als 50 Jahre sein. Die Atemschutztauglichkeit eines Helfers muß ein hierzu ermächtigter Arzt feststellen; dabei gelten die Berufsgenossenschaftlichen Grundsätze für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen „Atemschutzgeräte“ (G 26). Mindestens alle drei Jahre ist eine Nachuntersuchung erforderlich. Daß ein Vollbartträger nicht für das Tragen von Atemschutzmasken geeignet ist, versteht sich von selbst. Er darf deshalb nicht als Atemschutz-Geräteträger eingesetzt werden.

## Sicherheit zuerst

„Anatomie und Physiologie der Atmung“ ist ein weiteres Thema des Unterrichts. Anschließend werden die Pflichten des Einheitsführers, Atemschutz-Truppführers und Geräteträgers bei einem Einsatz unter schwerem Atemschutz erläutert. Einen breiten Raum nehmen die Einsatzgrundsätze ein, wobei Ausbilder Otto Hippler immer wieder betont, daß die Sicherheit des aus mindestens zwei Helfern bestehenden Einsatztrupps stets im Vordergrund steht.

## Verschiedene Systeme

Am Nachmittag erhalten die Lehrgangsteilnehmer einen Einblick in die verschiedenen Atemschutzsysteme. So werden als „abhängig von der Umgebungs-Atmosphäre wirkend“ solche Gerätesysteme bezeichnet, die in der Einatemphase Atemluft aus der Umgebungsatmosphäre entnehmen und dabei die Luft von Schadstoffen befreien, z. B. alle Filtergeräte.

Als „unabhängig von der Umgebungs-Atmosphäre wirkend“ gelten Gerätesysteme, die den Benutzer mit Atemluft von außerhalb oder aus dem Gerät versorgen, wie z. B. Schlauchgeräte, die aus am Einsatzort installierten Versorgungseinrichtun-



Reicht's noch? Ein skeptischer Blick auf das Manometer.



Der 300-Meter-Marsch auf dem Laufband-Ergometer.





Der enge Durchstieg von der Kriech- zur Laufstrecke kostet Kraft und Puste.



Es wird ernst: Einsatzübung in der „Unterwelt“ der Schule.



Nur der Blitz des Fotografen erhellt kurz die Szene. Jetzt zeigt es sich, was von der Ausbildung hängen geblieben ist. (Fotos: Sers)

gen gespeist werden, sowie Behältergeräte (Preßluftatmer) und Regenerationsgeräte (Sauerstoff-Schutzgeräte), die unabhängig vom Einsatzort sind. Sie unterscheiden sich im Aufbauprinzip und in der Einsatzdauer.

In der folgenden Unterrichtsstunde wird die ABC-Schutzmaske 65 Z vorgestellt und der Einsatzbereich erläutert. Dabei gilt der Grundsatz, daß Filtergeräte nicht eingesetzt werden dürfen, wenn vermutet wird, daß Luftsauerstoff ganz oder in erheblichem Maße verdrängt ist oder wenn Atemgifte vorhanden sind, gegen deren Art oder Konzentration das Filter nicht schützt. In Zweifelsfällen sind stets Geräte zu verwenden, die unabhängig von der Umgebungsatmosphäre wirken.

Anschließend wird es lebhaft. Die Theorie hat ein Ende, es gibt was zum Anfassen. Die Lehrgangsteilnehmer üben, wie die ABC-Schutzmaske aufgesetzt und die Dichtigkeit geprüft wird. Die Schwerpunkte der Ausbildung liegen hier beim schnellen, fehlerfreien Aufsetzen und ununterbrochenem, beschwerdefreiem Tragen über Stunden bei allen Tätigkeiten. Eine stete Schulung ist notwendig, die insbesondere an den Standorten der Einheiten durchgeführt werden muß.

## Ein erster Test

Während die ABC-Schutzmaske den meisten Lehrgangsteilnehmern bekannt ist, kennen die wenigsten von ihnen den Preßluftatmer DA 58/1600, der als nächstes Atemschutzgerät vorgestellt wird. Die Ausbilder erläutern die Einzelteile des Geräts und deren Zusammenspiel. Viele Fragen sind zu beantworten, bis auch hier die Praxis die Theorie ablöst: Die Lehrgangsteilnehmer machen den Preßluftatmer fertig zum Gebrauch, hängen das Gerät um und spüren zum ersten Mal das Gewicht von rund 16 Kilogramm im Rücken.

Gelegenheit zum Testen gibt es anschließend. Gewöhnungsübung heißt das Stichwort, und der gut halbstündige Marsch unter schwerem Atemschutz durch den benachbarten Wald bringt allen erste Erfahrungen. Bei der zweimaligen Druckkontrolle der Preßluftflaschen zeigt sich der unterschiedliche Verbrauch an Atemluft der Lehrgangsteilnehmer. „Sie müssen versuchen, in einen besseren Atemrhythmus zu kommen“, rät Otto Hippler den lufthungrigsten Marschierern.

## Vielfältige Übungsanlage

Die praktische Ausbildung wird am nächsten Tag auf der Atemschutz-Übungsstrecke fortgesetzt. Die gesamte Anlage, aufgeteilt in Regie-, Arbeits- und Übungsraum,



ist auf die vielfältigen Einsatzarten und Übungsprogramme abgestimmt. Herzstück der Anlage ist der Regieraum mit allen erforderlichen Steuer- und Überwachungseinrichtungen, von denen eine Übung in allen Phasen geleitet und kontrolliert wird. Infrarotkameras verfolgen den Übungsablauf und übertragen ihn auf zwei Monitore am Regiepult. Auf diese Weise hat der Ausbilder stets Sichtkontakt zu den Übenden in der Strecke. Zugleich besteht über eine Wechselsprechanlage eine ständige Verbindung. Zur weiteren Auswertung kann der Einsatzablauf aufgezeichnet werden.

Im Arbeitsraum wird das Verhalten der Übenden unter Atemschutz und entsprechender Belastung ermittelt. Dazu gehören Übungen am Schlaghammer, Kletterübungen auf einer sogenannten Endlosleiter und neben dem Fahrradergometer das schon eingangs erwähnte Laufband.

In der Tankübungsanlage kann das Arbeiten und der Rettungseinsatz für die Bergung von Menschen aus Behältern realitätsnah trainiert werden.

Weitere Übungsprogramme werden in der Industrieanlage absolviert. Sie besteht aus einem Arbeitstunnel mit horizontalen, vertikalen und geneigten Streckenabschnitten. Montagearbeiten unter erschwerten und vor allem beengten Raumverhältnissen lautet hier die Aufgabe, beispielsweise Arbeiten unter schwerem Atemschutz an Krümmern, Rohrleitungen oder Schiebern, die auch unter Druck gesetzt werden können.

Häufig erschweren Hindernisse, unbe-

kannte Raumverhältnisse, Dunkelheit, Hitze und Rauch in der Praxis Rettungs- und Bergungseinsätze. Im Bereich der Übungs- und Kriechstrecke, die sich in zwei Ebenen mit je 26 Metern Länge gliedert, ist dies alles zu simulieren. Hier wird im Trupp vorgegangen und insbesondere die Zusammenarbeit, die gegenseitige Absprache im Vorgehen, die Sicherung und das Überwinden verschiedener Hindernisse trainiert.

## Im Labyrinth der Strecke

„Verfallen Sie nicht in Hektik, wir bilden hier aus. Es ist kein Einsatz, also nicht hudeln, da macht man die meisten Fehler.“ Die guten Ratschläge richten sich an die beiden Helfer des Atemschutztrupps im Regieraum der Anlage. Sie erhalten den Auftrag, das „unbekannte Gelände“ zu erkunden. „Wie ist die Strecke zu begehen? Wie viele Hindernisse sind zu überwinden?“ werden die Fragen anschließend lauten.

Als Anfänger ist dies keine leichte Aufgabe. Nicht nur die Strecke hat ihre Tücken, auch das Atmen über den Lungenautomaten ist neu, das Gewicht der Preßluftflaschen drückt. Alles ist ungewohnt, engt die Bewegungen ein. – Wenn da schon mal der Auftrag vergessen wird, wen wundert's.

Das spärliche Licht der Kopfhandleuchte zeigt den Helfern wenig von den einzelnen Hindernissen auf ihrem Weg. Sie tasten sich im Labyrinth vor, gehen durch Türen, steigen durch Fenster, kriechen durch Rohre, begleitet vom rasselnden Pfeifen der

Lungenautomaten. Der Kampf mit den Tücken der Strecke geht an die Puste. Es ist eine körperliche Strapaze, doch gibt diese Übung dem Atemschutz-Geräteträger Vertrauen in sein Gerät und seine eigene Kondition.

Nach gut zwanzig Minuten steht der Trupp verschwitzt und etwas außer Atem wieder im Regieraum: „Geschafft!“ lautet stolz der erste Kommentar.

Am Nachmittag wird der Schwierigkeitsgrad gesteigert. Die Strecke ist jetzt verqualmt, die Sicht gleich Null. Aber mit der vorausgegangenen Erfahrung wird auch diese Aufgabe bewältigt.

Zum Abschluß der praktischen Ausbildung ist am letzten Lehrgangstag eine Einsatzübung im und unter dem Trümmergelände der Schule angesetzt. „Verletzte“ sind zu suchen und zu bergen. Das Gelände und die Keller bieten viele Möglichkeiten für einen praxisnahen Übungsablauf.

## Üben auf Standortebeine

Die Ausbildung in Neuhausen kann den Atemschutz-Geräteträgern nur das Grundwissen vermitteln. Zu kurz ist die Zeit für ein intensives Training. Um so wichtiger, ja unabdingbar ist es, die Schulung auf Standortebeine fortzuführen. Einsatzbereit können die Helfer nur sein, wenn sie ihre körperliche Leistungsfähigkeit erhalten und es sich zur Pflicht machen, mindestens alle zwei Monate eine Gewöhnungsübung durchzuführen. -güse-

### STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule Niedersachsen in Bad Nenndorf ist die Stelle

**eines Lehrgruppenleiters / einer Lehrgruppenleiterin**  
(Fachlehrer/Fachlehrerin)  
für das A / C Wesen

zu besetzen.

Die Einstellung erfolgt als Angestellte(r) nach Verg.Gr. IVa BAT. Bewährungsaufstieg nach Verg.Gr. III BAT ist möglich.

Der/die Bewerber(in) muß in der Lage sein, in umfassender Weise über A und C-Gefahren im Katastrophenschutz zu unterrichten und praktische Ausbildung durchzuführen.

Er/Sie muß darüber hinaus im fachübergreifenden Einsatz fundierte Ausbildung im Fachbereich Führung des Katastrophenschutzes betreiben können.

Voraussetzung ist eine abgeschlossene Fachhochschulausbildung der Fachrichtung Chemie oder Umwelt- und Hygienetechnik.

Auch Dipl.-Ing. (FH) anderer Fachrichtungen mit qualifizierten Kenntnissen im Strahlenschutz und chem. Gefahrgut sowie ABC-Abwehr-Offiziere der Bundeswehr können sich bewerben.

Es werden Organisationsvermögen, Entscheidungsfreude, Selbständigkeit und Befähigung zur Mitarbeiterführung und Menschenführung im Umgang mit freiwilligen Helfern sowie pädagogische Kenntnisse erwartet.

Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und einer Übersicht über den beruflichen Werdegang sind

bis zum 31. 07. 1989

zu richten an den Leiter der

**Katastrophenschutzschule Niedersachsen**

Niedernfeld 2 u. 4  
3052 Bad Nenndorf



# „Ein architektonisch und funktionell gelungener Neubau“

**Zentrale Ausbildungsstätte für  
Schleswig-Holstein, Berlin und Hamburg –  
Großzügige Raumplanung, verbesserte Übungsmöglichkeiten**

Harmonie mit der Umgebung, landschaftstypische Bauweise und eine funktionale Gliederung sind die Merkmale des Neubaus der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Rendsburg. Die architektonische Lösung und die räumliche Gestaltung strahlen Wohnlichkeit und eine gemütliche Atmosphäre aus, die durch die attraktive Lage unmittelbar am Nord-Ostsee-Kanal ein besonderes Gewicht erhalten. Diese Voraussetzungen sind Garantie dafür, daß die in 26 Jahren gewachsenen guten Verbindungen zu den Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern und den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen fortbestehen und sich weiterentwickeln können, ohne der Sterilität eines funktionalen Neubaus zum Opfer zu fallen.

Am 25. Mai 1989 wurde die Katastrophenschutzschule durch den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Hans-Peter Bull, vor zahlreichen Gästen aus Politik, Verwaltung und Vertretern der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen auch aus Hamburg und Berlin eingeweiht. In einer Festveranstaltung überbrachte Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Leiter der Abteilung Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung, die besonderen Grüße des Bundesinnenministers und führte aus:

„Ich freue mich, daß wir heute die neue Katastrophenschutzschule hier in Rendsburg am Nord-Ostsee-Kanal ihrer Bestimmung übergeben können und überbringe Ihnen die Glückwünsche des Bundesministers des Innern.

Dieser architektonisch und funktionell gelungene Neubau, den der Bund mit rund 8,5 Millionen DM finanziert hat, soll die Anforderungen der Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein, Berlin und Hamburg an ihre zentrale Ausbil-



Den Festvortrag hält der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Hans-Peter Bull.

dingsstätte erfüllen. Die Gebäude ermöglichen eine gute Aus- und Fortbildung in funktionsgerechten Lehr- und Unterrichtsräumen sowie in praxisbezogenen Übungsanlagen. Wohnlich gestaltete Ein- und Zweibettzimmer mit modernen Sanitäreinrichtungen und ein vielseitiges, den sportlichen und geselligen Interessen der Lehrgangsteilnehmer entsprechendes Freizeitangebot sollen den Besuch der Schule attraktiver machen und die Motivation der meistens erwachsenen Helfer steigern.

Mit diesem Bauwerk ist – nach der Her-

richtung der Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg in Neuhausen auf den Fildern – die zweite der sieben Landesschulen nach dem vom Bundesministerium des Innern veranlaßten und mit etwa 50 Millionen DM veranschlagten Bau- und Modernisierungsprogramm fertiggestellt. Die übrigen Schulen werden in den nächsten Jahren folgen.

## Provisorium beendet

Mit der Einweihung der neuen Schule ist ein mehr als 25jähriges Provisorium beendet. Wie viele von Ihnen wissen, war es emotional nicht leicht, den bisherigen Sitz in Schönböken mit seinem malerischen Herren- und Torhaus und dem idyllischen Park aufzugeben. Eine zeitgemäßen Erfordernissen genügende Ausbildungseinrichtung, wie sie der heutige Bevölkerungsschutz angesichts der vielfältigen Gefahren unserer Industriegesellschaft verlangt und wie wir sie den Helferinnen und Helfern schulden, hätte am alten Standort trotz eines sehr kostspieligen Um- und Ausbaus nicht entstehen können.

Ich danke dem Schulpersonal – gleichgültig, ob es im Lehrbereich, in der Verwaltung oder im Betriebs- und Wirtschaftsreich tätig ist –, daß es in der Vergangenheit trotz vieler Erschwernisse loyal seine Pflicht erfüllt hat. Ich weiß aber auch den zeitlichen und finanziellen Mehraufwand zu würdigen, den einige Mitarbeiter durch den Weg nach Rendsburg auf sich nehmen.

Mein Dank gilt der Bauverwaltung, dem Architekten, allen Handwerkern und sonstigen an der Bauplanung und -ausführung Beteiligten für das zweckmäßige und schöne Werk, das sie zügig und kostengünstig errichtet haben. Dafür gebührt ihnen Lob





Viele Gäste finden sich zur Einweihung der Schule ein.

und Anerkennung. Lassen Sie mich daran eine persönliche Bemerkung knüpfen. In den fünf Jahren meiner Tätigkeit im Bevölkerungsschutz habe ich europa- und weltweit eine Vielzahl von Ausbildungsstätten gesehen. Diese Schule braucht sich hinter keiner von ihnen zu verstecken. Bei meinen Auslandsaufenthalten habe ich aber noch ein weiteres festgestellt: Mit ihren Vorstellungen über den Bevölkerungsschutz steht die Bundesrepublik nicht allein. Heute besteht auf Grund entsprechender deutscher Initiativen seit 1984 bei den führenden Nationen des Westens Einvernehmen, daß Gegenstand der staatlichen Gefahrenvorsorge Naturkatastrophen und von Menschenhand verursachte Risiken bis hin zum hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfall sind und daß es nur ein Bekämpfungspotential geben soll, dessen Ausbildung und Ausstattung nach dem Prinzip des Mehrfachnutzens so ausgelegt sind, daß es die gesamte Bandbreite des Gefahrenabwehrspektrums abzudecken vermag.

## Informationswünsche befriedigt

Nach dem Erdbeben in Armenien im Dezember 1988 war in unseren Zeitungen zu lesen, daß die Oberste Staatsführung der UdSSR den eigenen bekanntlich anders aufgebauten Zivilschutz kritisiert und den Aufbau eines funktionstüchtigen Katastrophenschutzes angekündigt hat. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich nunmehr die Russischen Botschaften in den Hauptstädten des Westens nach Organisationsstruktur, Ausbildung und Ausrüstung der jeweiligen Katastrophenabwehr erkundigen. Ich sehe niemanden, der aus nationalen Eifersüchtelei-

en oder aus sonstigen Gründen diese Informationswünsche nicht oder nur hinhaltend beantworten würde.

Wir wollen auch nichts verbergen. Unsere Tätigkeit des Bevölkerungsschutzes dient als christliche und humanitäre Pflicht den in Not geratenen Menschen, gleichgültig aus welchen Gründen sie in Gefahr geraten sind, unabhängig von Nationalität, Rasse, religiösem Bekenntnis oder politischer Weltanschauung. Dieser Tatsache bin ich mir bei meinem Aufenthalt im Dezember 1988 in Armenien erneut bewußt geworden, als ich erfahren habe, wie dankbar nicht nur die offiziellen Stellen, sondern insbesondere die einfachen Armenier zur Kenntnis genommen haben, daß gerade wir Deutschen ihnen nach allem, was in der Vergangenheit gewesen ist, zur Hilfe gekommen sind, gleichgültig, ob es sich um offizielle Maßnahmen oder die Vielzahl von privaten Spenden und Aktivitäten gehandelt hat.

Wie Sie aus den Medien entnommen haben, ist die Bundesrepublik bei diesen Hilfen in akuter Not nicht stehen geblieben. Bei dem jüngsten Besuch von Außenminister



Die Lehrübung am Trümmerhaus.

Schwarzadnase ist ein Vertrag über deutsche Aufbauhilfe für Armenien unterzeichnet worden. Bereits bei dem Empfang, den der Russische Botschafter am 31. Januar 1989 zu Ehren der deutschen Helfer in Armenien gegeben hat, hat der Bundesminister des Innern der Sowjetunion angeboten, beim Aufbau eines Katastrophenschutzes behilflich zu sein. Ein entsprechender Abkommensentwurf ist dem Außenministerium in Moskau zugeleitet worden.

## Ausbildungsdefizite abbauen

Wer solche Angebote macht, muß nicht nur etwas bieten, sondern auch auf ständige Verbesserung seiner Leistungskapazität bedacht sein. Der Bund wendet deshalb für die in seinem Auftrag geführten und von ihm finanzierten Landeskatastrophenschutzschulen jährlich fast 25 Millionen DM auf. Trotz dieses erheblichen finanziellen Aufwands bestehen in der Ausbildung noch Mängel und Lücken, die es kontinuierlich zu beseitigen gilt, damit sie nicht den Leistungsstand und die Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes beeinträchtigen. Deshalb bemüht sich das Bundesministerium des Innern mit Erfolg, durch verschiedene Maßnahmen die Ausbildungsdefizite abzubauen:

- Es hat in den letzten Jahren eine beträchtliche Erhöhung der Mittel für die Sachausgaben der Landesschulen durchgesetzt, so daß 1988 über 80 % -, an dieser Schule sogar 85 % -, der vorgesehenen Ausbildung durchgeführt werden konnten. Mit den für den Haushalt 1990 beantragten 12 Mio. DM könnte der festgelegte Ausbildungsbedarf nahezu voll gedeckt werden.
- Die bereits erwähnte Modernisierung der Katastrophenschutzschulen soll Anfang der neunziger Jahre mit dem Neubau der Schule des Landes Nordrhein-Westfalen abgeschlossen sein.
- In einem dreijährigen Schwerpunktprogramm hat das Bundesamt für Zivilschutz unter maßgeblicher Beteiligung der Landesschulen die Ausbildungsunterlagen aktualisiert und Leitfäden für die Ausbildung am Standort sowie Dienstvorschriften weitgehend fertiggestellt. Außerdem hat das Bundesministerium des Innern mit dem Bundesamt für Zivilschutz mehrere Bund-Länder-Arbeitskreise gebildet, die noch offene Fragen im Ausbildungsbereich untersuchen sollen:
- So muß die dem jetzigen Ausbildungsstand zugrunde gelegte durchschnittliche Verweildauer der Helfer in Sonder- und Führungsfunktionen auf ihren Praxisbezug überprüft werden. Falls sich die angenommene Fluktuationsrate als zu niedrig herausstellt, müßten der Ausbildungsbedarf neu ermittelt und der Um-





Interessierte Übungsbeobachter (von links): Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Abteilungsleiter KN im Bundesinnenministerium, Bundestagsabgeordneter Horst Jungmann, Innenminister Prof. Dr. Hans-Peter Bull, Zweiter Bürgermeister Hertrampf, Flensburg, und Eberhardt Fiebelkorn, Präsident des DLRG-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

fang der notwendigen Kapazitätserweiterung der Schulen einschließlich der zusätzlich erforderlichen Mittel festgelegt werden.

- Zur Unterstützung der Standortausbildung wird desweiteren zu prüfen sein, ob
  - Einführungslehrgänge an den Katastrophenschutzschulen der Länder für Neuhelfer - besonders in Fachdiensten mit schwierigen Aufgaben - zu konzipieren sind und
  - Kreisausbilder, vergleichbar der erprobten Praxis bei den Feuerwehren, eine Entlastung bringen würden.

Ich möchte diese Feierstunde nicht mit weiteren Detailfragen belasten, versichere Ihnen aber:

Wir werden diese und weitere Vorschläge der Arbeitskreise mit den Ländern und Hilfsorganisationen erörtern und einvernehmlich die nötigen Folgerungen ziehen.

Lassen Sie mich schließlich an zwei unerläßliche Bedingungen unseres bewährten Hilfeleistungssystems erinnern: Einmal ist es die enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit der Organisationen, der Städte und Kreise, der Länder sowie des Bundes. Zum anderen ist es das Engagement der vielen tausend Helferinnen und Helfer, die Tag für Tag, oft unter Einsatz ihres Lebens, in wahrer Nächstenliebe für den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitmenschen eintreten.

Der Staat kann und will bei der Gefahrenabwehr nicht alle Aufgaben übernehmen. Wir sind daher denen zu Dank verpflichtet, die durch Eigeninitiative und Mitverantwortung Opfer und Gefahren auf sich nehmen.

Ich hoffe, daß von dieser Schule wichtige Anstöße für die Verbesserung der Lei-

stungsfähigkeit des Katastrophenschutzes ausgehen werden und wünsche ihr in diesem Sinne für die Zukunft viel Erfolg."

## Zentrum des Katastrophenschutzes

Innenminister Prof. Dr. Hans-Peter Bull bezeichnete in seiner Ansprache Rendsburg als verkehrsgünstig gelegenes Zentrum des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein. Er betonte, daß vor allem vor dem Hintergrund des Reaktorunfalles von Tschernobyl, des Brandes der Firma Sandoz in Basel und des Tanklastunglückes in Herborn der Katastrophenschutz weiter ausgebaut und um eine zentrale Gefahrstoffdatenbank ergänzt werden müsse. Der Minister unterstrich die Mitverantwortung der Industrie, insbesondere der Produktionsbereiche, die gefährliche Güter herstellen und die sich somit auch finanziell am Katastrophenschutz beteiligen müßten.

## Zeitgemäße Unterbringung

Ende der siebziger Jahre stand innerhalb der Überlegungen des Bundes zur Neuordnung des Ausbildungswesens der Fortbestand der Katastrophenschutzschule in Schleswig-Holstein zur Diskussion. Mit der Entscheidung, die Katastrophenschutzschule in Schleswig-Holstein zu erhalten, setzten gleichzeitig Überlegungen des möglichen Um- bzw. Neubaus ein, um eine dem Standard der heutigen Zeit angepaßten Ausbildung und Unterbringung der Lehrgangsteil-

nehmer zu ermöglichen. Die Abwägung einer Vielzahl von Gedankenmodellen führte schließlich zu der zwischen dem Land und dem Bund einvernehmlich getroffenen Entscheidung eines Neubaus in Rendsburg.

Die ersten konkreten Baupläne lagen 1985 vor, der ursprüngliche Fertigstellungstermin war für Ende 1987 vorgesehen. Aufgrund einer Neuorientierung - insbesondere in Hinsicht auf die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer - kam es im Jahre 1986 zu einer umfassenden Überarbeitung der Planung, durch die eine wesentliche Verbesserung des Unterbringungsstandards erreicht wurde. Nach anderthalbjähriger Bauzeit wurde am 9. Februar 1989 der Neubau vom Landesbauamt an das Innenministerium übergeben.

Der Gebäudekomplex liegt unmittelbar am Nord-Ostsee-Kanal zwischen der Wohnsiedlung Hochfeld und der Saatsee-Werft und besteht aus drei Bereichen, dem Schultrakt, dem Garagenbau und dem Trümmerhaus. Die Anlage nutzt die vorhandene Topographie des Baugrundstückes aus und schmiegt sich in den Kanalhang ein, so daß sie zweigeschossig von der Wasserseite und zum Wohngebiet mit rückwärtigem Bahndamm lediglich eingeschossig in Erscheinung tritt.

Die Bauweise mit rotem Ziegelmauerwerk und naturrotem Tonpfeildach ist aus landschaftstypischen Vorbildern entlehnt. Sichtbares Holzsparrenwerk sowie weiße Fenster und Türen unterstreichen diesen Eindruck.

Für die Schulung der Katastrophenschutz Helfer stehen vier Lehrsäle mit den dazugehörigen Sonderräumen und Bibliothek sowie eine Atemschutz-Übungsstrecke zur Verfügung. Eine Austeilküche mit Speiseraum, Kantine und Freizeiteinrichtungen runden die Versorgung ab. Um von möglichst vielen Räumen Ausblick auf den Nord-Ostsee-Kanal zu haben, wurde der Gebäudekomplex langgestreckt der Schiffsstraßen angelegt, wobei der Besprechungsraum im Turm die beste Rundumsicht bietet. In 18 Einzel- und 18 Doppelzimmern, jeweils mit separatem Duschbad, können 54 Lehrgangsteilnehmer untergebracht werden.

## Neue Übungsmöglichkeiten demonstriert

Im Rahmen der Festveranstaltung wurde den Gästen von Teileinheiten unterschiedlicher Fachdienste des Katastrophenschutzes eine Lehrvorführung gezeigt. Dabei wurden eindrucksvoll die verbesserten Übungsmöglichkeiten insbesondere am Trümmerhaus sichtbar. Führungen der Gäste durch das Schulgebäude rundeten das Bild der Festveranstaltung ab. Gerhard Brüggemann



# Umweltschutz rund um die Uhr

## Feuerwehr Koblenz mit einem bürgernahen Konzept für die Umwelt aktiv – 1988 über 150 Kubikmeter Problemmüll gesammelt

Die Besucher des Löhr-Centers in Koblenz, dem größten Einkaufszentrum der Stadt, staunten nicht schlecht. Begegneten sie doch hier auf Schritt und Tritt einer Einrichtung, wie sie sich in dieser Form selten präsentiert: Die Feuerwehr wandte sich mit einer Ausstellung unter dem Motto „Feuerwehr und Umweltschutz“ eine Woche lang an den Bürger.

Bis ins kleinste Detail liebevoll dargestellt, wurde den zahllosen Besuchern an verschiedenen Beispielen der Einsatz der Feuerwehr im Umweltschutz verdeutlicht. Da waren als „Feuerwehrmänner“ uniformierte Schaufensterpuppen bei der Ölschadensbekämpfung nach einem Verkehrsunfall zu sehen, ein Strahlenschutzzeugsatz wurde dargestellt, es gab die Bergung eines verunfallten Tieres zu sehen und – für die Stadt am Zusammenfluß von Rhein und Mosel von besonderer Bedeutung – auch der Bereich Feuerwehr im Hochwassereinsatz fehlte nicht.

An einer Videowand wurden nonstop Informationsfilme gezeigt, Broschüren sorgten für weitere Aufklärung. Und während die Erwachsenen die Handhabung eines Feuerlöschers erprobten, gingen die kleinen Besucher beim Malwettkampf eifrig zur Sache.

### „Die Risiken sind gestiegen“

Die überregionale Bedeutung der Ausstellung wird dadurch deutlich, daß es der rheinland-pfälzische Innenminister, Rudi Geil, persönlich war, der am 18. Mai 1989 die Eröffnung vornahm. In seinen Worten nahm der Minister auf das Motto der Ausstellung Bezug:

„Umweltschutz ist heute eine der dringlichsten Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gilt vornehmlich, das ökologische Gleichgewicht zu wahren, den durch die Industrialisierung latenten Gefahren für den Naturhaushalt frühzeitig zu begegnen.



Nach der Eröffnungsfeier wendet Innenminister Geil (links) sein Interesse den einzelnen Ausstellungsstationen zu.

Nur durch konsequenten Schutz unserer Lebensgrundlagen können wir die Zukunft sichern. Dieser Aufgabe haben sich die Feuerwehren schon seit Jahren in vorbildlicher Weise angenommen. Dies zeigt diese Ausstellung in anschaulicher Weise.

Es ist sehr wichtig, diese Beiträge auch einer großen Öffentlichkeit darzustellen. Denn Information weckt Verständnis und ist wirkungsvoller als Verbote, die vielleicht nur dem Fachmann bekannt sind.

Feuerwehren löschen, retten, bergen und schützen – sie helfen bei allen Gefahrenlagen. Die Zeiten des reinen Wasserlöschens sind vorbei. Die Risiken sind gestiegen, die Anforderungen auch.

Feuerwehren haben es immer verstanden, sich neuen Anforderungen anzupassen. Vor dreißig Jahren, als sich Unfälle beim Transport von Heizöl mehrten, wurden die Feuerwehren auch zur ‚Ölwehr‘. Als der Transport von Gefahrstoffen zunahm, stellte

sich die Feuerwehr auf diese neuen Unfallrisiken ein. Unsere Feuerwehren betrieben Umweltschutz, lange bevor dieser Begriff in der Öffentlichkeit Allgemeingut wurde.

Das beweisen die Einsatzstatistiken vergangener Jahre. Danach entfallen pro Jahr doppelt so viele Einsätze auf Hilfen technischer Art als auf Brandeinsätze. Obwohl der Name ‚Umweltwehr‘ sicherlich heute treffender wäre, ist der gute alte Name ‚Feuerwehr‘ geblieben – trotz der veränderten Aufgabenstellung.“

Eindringlich wies der Minister auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes und der Vorsorge hin: „Die Feuerwehren helfen, wenn Selbsthilfe versagt oder nicht mehr möglich ist. Auf unsere Feuerwehr ist Verlaß. Diese Erkenntnis darf aber nicht dazu führen, die private Vorsorge zu vernachlässigen. Nicht nur der Staat und seine Organe sind aufgerufen, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Wir müssen das Gefah-





Unübersehbar: Ein auf einem Stahlrohrgerüst befestigtes Boot demonstriert die Höhe des in Koblenz vorkommenden Hochwassers.

renbewußtsein in der Bevölkerung immer wieder stärken.

Vorsorge gegen Unglücksfälle ist Sache aller Bürger und das nicht nur durch Steuern und Abgaben. Ich weiß sehr wohl, daß dies ein hoher Anspruch ist. Denn auf dem Gebiet der Gefahrenvorsorge wird in Zukunft noch viel geleistet werden müssen."

Mit der Feststellung, daß der Einsatz der Feuerwehr im Umweltschutz ein weiterer Beweis dafür sei, daß Gemeinden, Kreise und Land sich der großen Herausforderung – die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – stellen und engagiert handeln, schloß der Minister seine Worte zur Eröffnung.

## Außerordentlich aktiv

Daß die Ausstellung gerade in Koblenz stattfand, kam nicht von ungefähr. Denn es ist die Feuerwehr der Stadt, die im Bereich Umweltschutz außerordentlich aktiv ist. Die Beamten und Freiwilligen haben mittlerweile ein Modell geschaffen, das bei den Feuerwehren unseres Landes wohl seinesgleichen sucht und das sich besonders durch

seine Bürgernähe auszeichnet. Doch nun der Reihe nach:

Der knappe Hinweis ist einer von vielen und besagt: „Feuerwache/Umwelttelefon: 46041“. Zu finden ist er neben Rufnummern wie der des Rettungsdienstes oder der Telefonseelsorge unter der ständigen Rubrik „Hilfe im Notfall“ der Koblenzer „Rhein-Zeitung“.

Ein Umwelttelefon bei der Feuerwehr? „Ja, und das schon seit zwei Jahren“, erläutert Branddirektor Dipl.-Ing. Dieter Farrenkopf, der Leiter der Koblenzer Feuerwehr. „Das ‚grüne Telefon‘ soll für den Bürger eine Anlaufstelle für alle Anregungen, Beschwerden und Fragen im Bereich des Umweltschutzes sein. Durch die Ansiedlung der Einrichtung bei der Feuerwehr ist sichergestellt, daß dies rund um die Uhr möglich ist.“

## Vielzahl von Anrufen

Die zwei Jahre Erfahrung mit dem Umwelttelefon haben die Beamten in der Feuerwehr-Einsatzzentrale zu versierten Ansprechpartnern der Bürger werden lassen,

die jederzeit Rat in allen Umweltfragen erteilen können. Und daß die Einrichtung Umwelttelefon von den Bürgern angenommen wurde, beweist die Vielzahl der Anrufe, ob sie nun Luftverschmutzung, Lärm, Autowracks oder Wasserverschmutzung und Fischsterben betreffen.

Verstärkte Aktivitäten im Umweltschutz entwickelt die Feuerwehr Koblenz seit 1987. Damals wurde ihr die bis dahin dem Ordnungsdienst zugehörige Koordinierungsstelle für den Umweltschutz angegliedert. Zu den Aufgaben der Feuerwehr gehört es seitdem, innerhalb der Stadtverwaltung alle dezentralen, den Umweltschutz betreffenden Aufgaben zusammenzuführen, dem Bürger eine Anlaufstelle zu bieten und die Geschäftsführung einer „Projektgruppe Umweltschutz“ wahrzunehmen. Als erstes Ergebnis der Aktivitäten ist das eingangs beschriebene Umwelttelefon anzusehen. Aber dabei blieb es nicht.

Branddirektor Farrenkopf: „Durch die Vielzahl der Anrufe wußten wir schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit, wo die Bürger



Dem Thema Problemüll ist ebenfalls eine Station der Ausstellung gewidmet.

der Schuh drückt. Denn die meisten Anfragen, so ist es übrigens auch heute noch, betrafen die Entsorgung von Problemüllabfällen.“ Das Problem erkannt, war es für ihn logisch, dieses rasch einer rationellen Lösung zuzuführen. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen.

## Problemüll zur Feuerwehr

War es vordem so, daß seitens der Stadt in bestimmten Zeitabständen Problemüll-Sammelaktionen durchgeführt wurden, hat der Bürger heute die Möglichkeit, seinen Problemüll jederzeit bei der Berufsfeuerwehr abzuliefern. Auch die Freiwillige Feuerwehr der Stadt wurde in das Entsorgungs-



system eingebunden. An jedem zweiten Samstag steht jeweils eine andere der 19 Löschruppen in ihrem Gerätehaus bereit, Problemmüll entgegenzunehmen. Daneben haben sich die Ärzte und Apotheken der Stadt bereiterklärt, Altmedikamente von Patienten und Kunden zu sammeln und an die Feuerwehr weiterzuleiten. Praktizierte Bürgernähe auf verschiedenen Wegen also.

Sammel- und Sortierstelle für den auf diese Weise zusammenkommenen Problemmüll ist der Hof der zentral gelegenen Feuerwache an der Schlachthofstraße. Hier wird die neue Aufgabe der Feuerwehr auf augenfällige Weise deutlich: Mehrere große Zelte beherrschen das Bild, eine Reihe von Containern ist mit großen Schildern gekennzeichnet. „Lacke“, „Batterien“ oder „Spraydosen“ ist da zu lesen. Autoreifen stapeln sich, Leuchtstoffröhren sind zu großen Bündeln zusammengefaßt, in einer Ecke steht eine Reihe von Schrottautos.

Ein Blick in die Zelte läßt die Bedeutung des Entsorgungssystems für die Umwelt deutlich werden. Bergeweise werden hier Altmedikamente aufbewahrt. Pillen, Pulver, Salben lagern in großen Gitterboxen. In anderen, verschlossenen Behältnissen finden sich so brisante Stoffe wie Gifte der verschiedensten Art, Pflanzenschutzmittel oder Haushaltschemikalien. Nicht auszu-denken, wenn dies alles den ohnehin ausufernden Wohlstandsmüll zusätzlich belasten würde.

„Daß Bedarf für unser Entsorgungssystem besteht, zeigt schon die Zahl von über 150 Kubikmetern Problemmüll, die wir 1988 angenommen haben“, berichtet Branddirektor Farrenkopf. „Und je länger wir in dieser Richtung aktiv sind, um so mehr steigt der Bekanntheitsgrad. So können wir jetzt schon absehen, daß die angenommene Menge in diesem Jahr weitaus größer sein wird“, zeigt er die weitere Entwicklung auf.

Die Zukunft nimmt auch auf dem Hof der Feuerwache Gestalt an. Direkt neben den Zelten wird eine Grube ausgehoben. „Hier entsteht eine neue große Halle, nur für unseren Problemmüll. Dann ist das Provisorium mit den Zelten vorbei“, erläutert der Wehrleiter nicht ohne Stolz.

Die Baumaßnahme zeigt, daß das Konzept der Entsorgung auch seitens der Stadtverwaltung als richtig erkannt wurde. Sie zeigt aber auch, daß die Umweltschutzaufgaben auf Dauer der Feuerwehr übertragen sind.

## Eine echte Hilfe für den Bürger

Während des Gesprächs mit dem „Zivilschutz-Magazin“ fährt ein Privatwagen auf den Hof. Ein Mann übergibt Branddirektor



Container und Zelte beherrschen das Bild auf dem Hof der Feuerwache.



An der Sortierstelle herrscht noch ein wirres Durcheinander . . .



. . . während ein Zelt weiter schon die fachgerechte Verteilung in festschließende Behälter erfolgt ist.



Farrenkopf mehrere Kanister und einen Karton voller Batterien. Er ist froh, „das Zeug“ loszuwerden: „Ich bin Hobbyfotograf und entwickle meine Bilder selbst. Früher hatte ich immer Probleme, meine Laborchemikalien vernünftig zu entsorgen. Jetzt komme ich regelmäßig hier vorbei und bin eine Sorge los.“ Für ihn ist die ständig geöffnete Annahmestelle eine echte Hilfe.

So wie er kommen täglich rund 15 Koblenzer Bürger zur Feuerwehr, um Problem- müll abzuliefern. An den Wochenenden steigt diese Zahl gar auf 80 Personen an. Leicht vorstellbar, daß die Container und Wannen schnell gefüllt sind. Und dann?

Branddirektor Farrenkopf: „Schon bei der Annahme sortieren wir die Stoffe nach ihrer Verwertbarkeit aus. Papier, Altkleider, Altglas und Kunststoffe werden ebenso der Verwertung zugeführt wie Autobatterien, Metalle, Altöl und Altreifen. Der übrige Problemmüll wird von einem Entsorgungsunternehmen übernommen. Das hat den Vorteil, daß der Stadtkasse einerseits Einnahmen aus dem Verkauf der verwertbaren Stoffe zukommen und andererseits – entgegen dem früheren Verfahren – Kosten dadurch vermieden werden, daß die einzelnen Behälter erst dann der Entsorgung zugeleitet werden, wenn sie vollständig gefüllt sind.“

Das Entsorgungssystem der Feuerwehr Koblenz hat sich also rundum bewährt und ist aufgrund des gelungenen Konzepts auch über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt geworden. So bekannt, daß es gar keine langen Überlegungen gab, welchen Standort ein vom Land zur Verfügung gestellter Meßcontainer, bestimmt für Immissionsmessungen im Stadtbereich Koblenz, be-



Auch der Chef packt schon mal mit an: Branddirektor Farrenkopf (rechts) nimmt Problemmüll entgegen. (Fotos: Claes)

kommen sollte. Er kam auf den Hof der Feuerwache und damit unter die Aufsicht der Feuerwehr.

## Neues Konzept geplant

Haben der Wehrleiter und seine Mitarbeiter noch weitere Ideen in Sachen Umweltschutz? Branddirektor Farrenkopf: „Das Thema ist viel zu komplex, als daß wir jetzt die Hände in den Schoß legen könnten in der Gewißheit, alles Notwendige getan zu haben. Nein, wir haben schon ein neues Konzept in der Planung, von dem im Mo-

ment nur gesagt werden kann, daß dabei auch das uns vom Bund zur Verfügung gestellte Potential des erweiterten Katastrophenschutzes zum Schutz der Umwelt eingesetzt werden soll. Daneben geht die Arbeit in der ‚Projektgruppe Umweltschutz‘ kontinuierlich weiter, so daß uns auch aus dieser Richtung ständig neue Anregungen erreichen. Es ist also dafür gesorgt, daß der Feuerwehr Koblenz auch in Zukunft die Ideen nicht ausgehen.“

-cl-

## Stoffliche und prozentuale Zusammensetzung des gesamten gemelten Problemmülls 1988

Bitumen	1 %
Haushaltsreiniger	2 %
Farben/Lacke	9 %
Kleber, Lösemittel	8 %
Spraydosen	3 %
Pflanzenschutzmittel	3 %
Altmedikamente	13 %
Ölverschmutzte Betriebsmittel	7 %
Abbeizer/Laborchemikalien	1 %
Batterien	4 %
Laugen/Säuren	3 %
Wachs	1 %
Altpapier	6 %
Dispersionsfarben	30 %
Altöl	9 %
Nicht aufgeführt sind Altkleider (ca. 1 cbm) und Altglas (separate Sammlung). Daneben wurden ca. 500 Altreifen gesammelt.	

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Katastrophenschutzschule Hessen in Geisenheim/Johannisberg im Rheingau ist ab 1. Nov. 1989 die Stelle

### „Leiter/in der Verwaltung“

neu zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt die verwaltungsmäßige Leitung der Schule mit etwa 30 Beschäftigten (Lehrpersonal, Verwaltung, Küchen- und Reinigungspersonal, Gerätewarte, Hausmeister usw.) als personalbearbeitende Dienststelle, Haushalts- Kassen- und Rechnungswesen, Bau-Unterhaltung, Beschaffungen, Abrechnung der Lehrgänge.

Gesucht wird eine verantwortungsbewußte, engagierte Persönlichkeit, die über die Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst oder als Angestellter über gleichwertige Fähigkeiten verfügt.

Kenntnisse und Berufserfahrung im Personalwesen sowie Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sind erwünscht.

Vergütung: BAT IV a, bei Bewährung nach 4 Jahren BAT III

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 1. Sept. 1989 erbeten an:

### Katastrophenschutzschule Hessen

Johannisberg – Hansenbergallee  
Postfach 22  
6222 Geisenheim

Geisenheim liegt am Rhein im landschaftlich reizvollen Rheingau (25 km westl. von Wiesbaden/Mainz; 3 km ostwärts von Rüdesheim) ca. 12 000 Einwohner, alle Schulen am Ort, lediglich Realschule in Rüdesheim.

Der Stadtteil Johannisberg liegt etwa 3 km vom Ortskern am Hang des Rheingaus.



# Funktionen, Aufgaben, Ziele

## Vielseitiges Arbeits- und Aufgabenspektrum – Wissenschaftlicher Beirat berät Projekte

Die Anfänge des heutigen Instituts für Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes reichen bis in die frühen 70er Jahre zurück. Als nichtkommerzielle wissenschaftliche Forschungseinrichtung im Bereich des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Institut die Aufgabe gestellt, umfassend und fundiert die im Bereich des Rettungswesens grundlegend klärungsbedürftigen Frage- und Problemstellungen zu erfassen und anhand wissenschaftlich abgesicherter Verfahren zu

untersuchen. Ziel der Forschungstätigkeiten des Instituts für Rettungsdienst ist es, auf der Grundlage empirisch belegter Ergebnisse entsprechende richtungsweisende Impulse zu geben und praxisnahe Umsetzungsvorschläge (Transferleistungen) hinsichtlich des Aus- und Aufbaus, der Verbesserung und Effektivierung bestehender Wirkungssysteme im Rettungswesen zu erarbeiten.

In der Abbildung 1 sind die Funktionen und Arbeitsschwerpunkte des Instituts mo-

dellhaft aufgezeigt.

Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts für Rettungsdienst gewährleistet adäquate Erfüllung seiner umfangreichen Aufgaben. Für entsprechende Zielvorstellungen ist die enge Kooperation mit allen in diesem Bereich Tätigen, wie z. B. den Trägern des Rettungsdienstes, DRK-Landes- und Kreisverbänden, Bund, Ländern und Gemeinden, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen, maßgebend.

Das Institut wird durch einen Wissen-

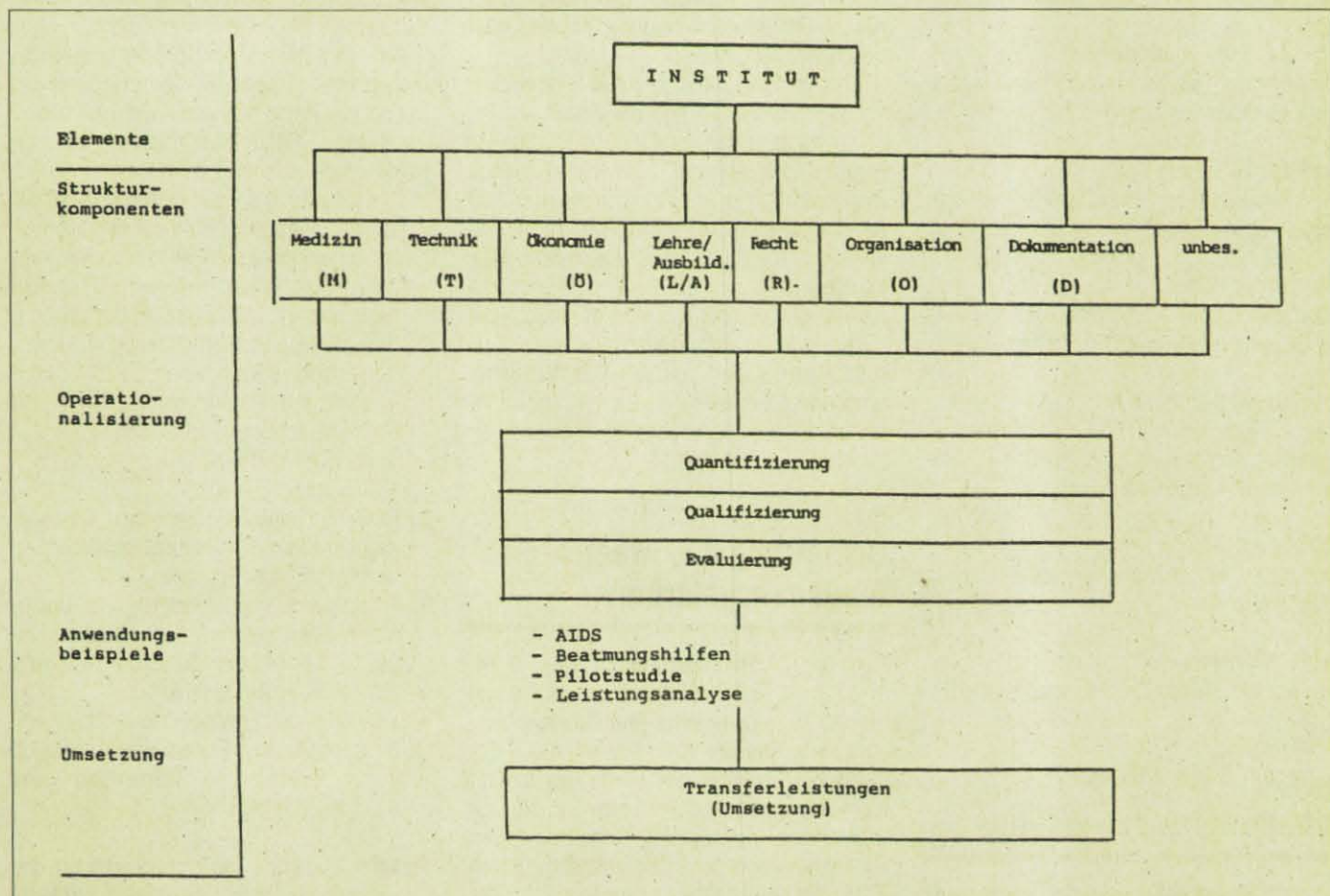


Abbildung 1: Funktionsmodell des Instituts.



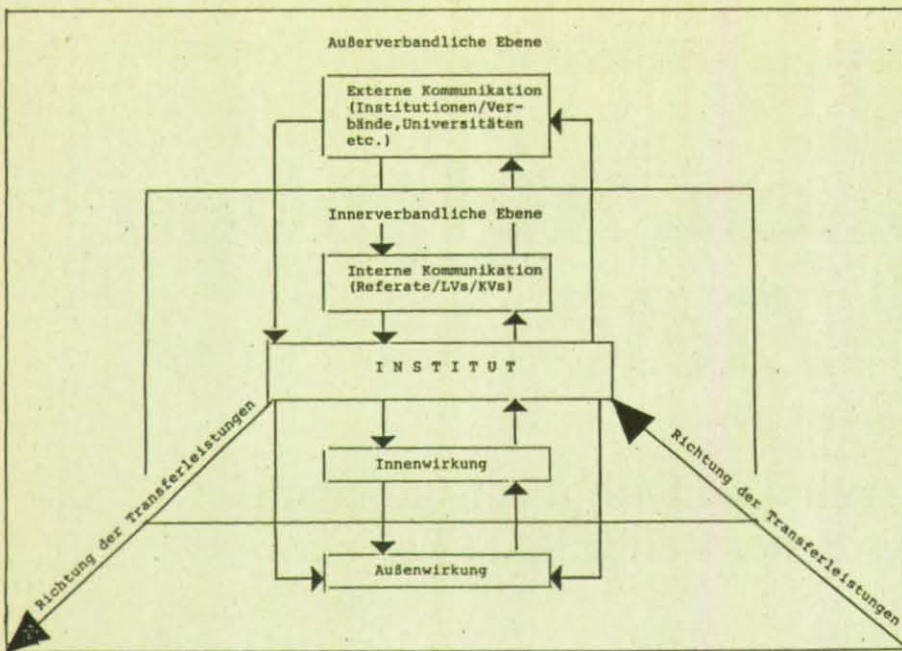


Abbildung 2: Regelkreis des Informationsflusses der Transferleistungen und der Wirkungsweisen bezogen auf das Institut.

schaftlichen Beirat projektbezogen beraten. Dieser setzt sich aus Persönlichkeiten unterschiedlicher Fachbereiche, wie z. B. der Medizin, Wirtschaft und Politik zusammen.

#### Wissenschaftlicher Beirat

Vorsitzender:

Dr. H. Linde

Bundesarzt des Deutschen Roten Kreuzes

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats:

Prof. Dr. F. W. Ahnefeld

Klinikum der Universität Ulm, Universitätsklinik für Anästhesiologie

Prof. Dr. H. Baum

Universität Gesamthochschule Essen (Fachbereich 5, Wirtschaftswissenschaften)

Prof. Dr. F. Beske

Staatssekretär a. D., Direktor des Instituts für Gesundheits-System-Forschung

Prof. Dr. F. Deinhardt

Max v. Pettenkofer-Institut für Hygiene und medizinische Mikrobiologie der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. J. Großmann

Präsident des Landesverbandes Badisches Rotes Kreuz

Dr. H. Klingshirn

Bayerisches Staatsministerium des Innern

H. Sitzmann

AOK-Landesverband Bayern

### Arbeitsweise des Instituts

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Aufgaben und Zielsetzungen entwickelt

das Institut entsprechend der jeweiligen Priorität einzelne Projekte zu spezifischen Fragestellungen innerhalb des Gesamtspektrums Rettungswesen. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Gremien, den Landes- und Kreisverbänden des Deutschen Roten Kreuzes, Ministerien und fachlich bedeutsamen wissenschaftlichen Institutionen/Personen (z. B. Universitäten, Institute, Experten), unter besonderer Berücksichtigung aktueller oder politischer Aufgaben.

Dies verdeutlicht auch die Abbildung 2.

Um systematisch aus der Arbeit des Instituts zu berichten, und darüber hinaus die Forschungsergebnisse für weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen zum Rettungswesen zur Verfügung zu stellen und auch den Leistungsträgern des Rettungsdienstes zur praktischen Umsetzung zugänglich zu machen, hat das Institut die „Schriftenreihe zum Rettungswesen“ herausgegeben. Dies soll zur Qualitätssicherung und Effektivierung des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

### Umsetzung des Arbeits- und Aufgabenspektrums

#### Beispiel 1: Enquête Kommission Deutscher Bundestag – „AIDS und Erste-Hilfe-Maßnahmen“

Für die Enquête Kommission AIDS des Deutschen Bundestages führte das Institut für Rettungsdienst 1987 eine Studie zur Problematik präventiver Verhaltensweisen zur Reduzierung der Infektionsgefahr durch AIDS bei Erste-Hilfe-Leistungen aus der Sicht des Deutschen Roten Kreuzes durch.

Im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgabe als Nationale Rotkreuzgesellschaft bildet das Deutsche Rote Kreuz jährlich weite Bevölkerungskreise in Erster Hilfe und Sofortmaßnahmen am Unfallort aus. Hinzu kommt die Ausbildung von Sanitätshelfern, Rettungssanitätern und Schwesternhelferinnen/Pflegedienst Helfern.

Aus Fürsorge gegenüber den Ausgebildeten sowie den Angehörigen von Sanitäts- und Rettungsdienst wurde von Seiten des Deutschen Roten Kreuzes analysiert, auf welche Art und bei welchen Tätigkeiten für bestimmte Personengruppen Hilfeleistungen ein erhöhtes Infektionsrisiko mit AIDS in sich bergen könnten. Als potentiell gefährdete Personen kristallisierten sich folgende Gruppen heraus:

- Ersthelfer
- Sanitätshelfer
- Rettungssanitäter
- Schwesternhelferinnen/Pflegedienst-helfer

Als gefährdende Tätigkeiten ergaben sich für die oben genannten Gruppen:

- die Versorgung blutender Wunden,
- der Umgang mit gebrauchten Spritzen, Kanülen, Skalpell und
- im geringen Umfang die Atemspende.

Für die zuvor beschriebenen Personengruppen erstellte das Deutsche Rote Kreuz unter fachlicher Beratung von Prof. Deinhardt (München), Prof. Maass (Münster) und Prof. Seidl (Frankfurt) Merkblätter, die entsprechende Präventivmaßnahmen enthalten.

Aus den dort beschriebenen Präventivmaßnahmen lassen sich aus der Sicht des Deutschen Roten Kreuzes, zum Ausschluß eventueller Gefahrenmomente, folgende Forderungen ableiten:

1. Untersuchung der auf dem Markt befindlichen Beatmungshilfen auf Einsatzmöglichkeiten entsprechend der vom Deutschen Roten Kreuz geforderten Kriterien (vgl. nächstes Beispiel der Umsetzung des Arbeits- und Aufgabenbereichs des Instituts für Rettungsdienst):
  - sicherer Infektionsschutz
  - Erlernbarkeit und Übbarkeit
  - ständige Verfügbarkeit
  - Sicherheit
2. Definition eines verbindlichen Anforderungsprofils an Beatmungshilfen als Vorgabe für die Industrie.
3. Feststellung von Standards zur Desinfektion/Sterilisation der Beatmungphantome und des Zubehörs, um eine HIV-Infektion auszuschließen.
4. Überprüfung der Möglichkeit, die Unterrichtsinhalte der Ersten Hilfe zusätzlich durch aufklärende Maßnahmen über AIDS zu erweitern.

#### Beispiel 2: Studie zur Problematik der Sicherheit, Wirksamkeit, (Laien-)Anwendbarkeit und



### Praktikabilität von Beatmungshilfen im Rahmen von Maßnahmen bei der Atemspende

Da die Übertragung von HIV bei der Atemspende zumindest theoretisch nicht völlig auszuschließen ist und darüber hinaus aufgrund epidemiologischer Entwicklungen mit einer weiteren Zunahme HIV-Infizierter zu rechnen ist, sah sich das Deutsche Rote Kreuz veranlaßt, das Institut für Rettungsdienst zu beauftragen, vorsorglich eine Studie zu erstellen, die die Anwendungsmöglichkeiten von Beatmungshilfen im Rahmen der Atemspende durch Laien untersucht.

Die Studie, die in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Rettungsdienst und der Universitätsklinik für Anästhesiologie der Universität Ulm durchgeführt wurde, befaßt sich daher mit der Überprüfung der derzeit auf dem Markt in der Bundesrepublik Deutschland erhältlichen „Beatmungshilfen“ im Hinblick auf ihren potentiellen Einsatz im Rahmen von Maßnahmen bei der Atemspende durch Ersthelfer. Es wurden über 40 Beatmungshilfen (inklusive [Proto-]Typen von Beatmungstüchern) in die Testung einbezogen.

Die Studie wurde insbesondere anhand der Fragenkomplexe der Erlernbarkeit/Überbarkeit, Anwendbarkeit, Wirksamkeit und Sicherheit durchgeführt.

Die Ergebnisse liegen jetzt vor und sind Grundlage der nachfolgend aufgeführten Empfehlungen des DRK-Generalsekretariats zur Verwendung von Beatmungshilfen bei

der Atemspende durch Ersthelfer. Die Gesamtergebnisse der Studie sind im 1. Band der „Schriftenreihe zum Rettungswesen“ des Instituts für Rettungsdienst unter dem Titel „Beatmungshilfen“ veröffentlicht.

Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse können keine derzeit auf dem Markt befindlichen Beatmungshilfen für die Anwendung bei der Atemspende durch Laien-/Ersthelfer empfohlen werden, da:

1. „invasive Beatmungshilfen“ (Tuben) u. a. ein potentielles Verletzungsrisiko für den zu Beatmenden in sich bergen,
2. „Masken“ u. a. grundsätzlich die Zweihelfermethode voraussetzen, um eine wirksame Beatmung zu gewährleisten,
3. „Beatmungstücher/-folien“ u. a. während der Beatmung durchfeuchten und daher keinen Schutz vor HIV-Infektionen bieten können.

Darüber hinaus setzen „invasive Beatmungshilfen“ und „Masken“ intensive Übung und Erfahrung im Umgang bzw. der Handhabung voraus. Beides ist bei Laien-/Ersthelfern nicht grundsätzlich gewährleistet.

#### Daraus folgt:

Da keine Beatmungshilfe für Laien-/Ersthelfer empfohlen werden kann, gelten konsequenterweise weiterhin die Aussagen der Merkblätter des Deutschen Roten Kreuzes:

1. „Gefährdung durch eine HIV-Infektion“ (Hinweise für Angehörige des Pflegehilfswesens – Schwesternhelferinnen/Pflegediensthelfer)
2. „Erste-Hilfe-Sofortmaßnahmen“ (Infor-

mationsblätter für Ausbilder und in der Ausbildung tätige Ärzte (Nr. 13))

3. „Wichtige Informationen für im Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes beschäftigte Personen – AIDS“
4. „Gefährdung durch eine HIV-Infektion – Vorbeugemaßnahmen“ (Hinweise für Angehörige des Sanitätsdienstes)

Für die weitere Argumentation ist festzuhalten, daß es bisher keinen gesicherten Fall einer Übertragung von HIV bei der Atemspende gibt.

An Verbesserungen von Beatmungshilfen wird gearbeitet, so daß bereits in näherer Zukunft erhebliche Fortschritte zu erwarten sind. Sobald diesbezüglich neue Erkenntnisse vorliegen, werden die Empfehlungen dahingehend entsprechend überarbeitet.

### Beispiel 3: Pilotstudie Bevölkerungsausbildung (PIBE) – Integration der Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Erste-Hilfe-Ausbildung –

Die Notwendigkeit zu einer grundsätzlichen Umstrukturierung der gesamten Erste-Hilfe-Ausbildung ergab sich vor dem Hintergrund der, durch Notfallmediziner immer wieder beklagten, zu umfangreichen, nicht mehr dem aktuellen medizinischen Stand angepaßten Erste-Hilfe-Ausbildung und der Forderung, Laien in der Technik der Herz-Lungen-Wiederbelebung zu unterweisen, um die Überlebenschancen eines Notfallpatienten in der Prähospitalphase zu verbessern. Zudem erwies es sich als sinnvoll, die Ausbildungsunterlagen „Erste Hilfe“ den

Gesamtergebnis in Prozent

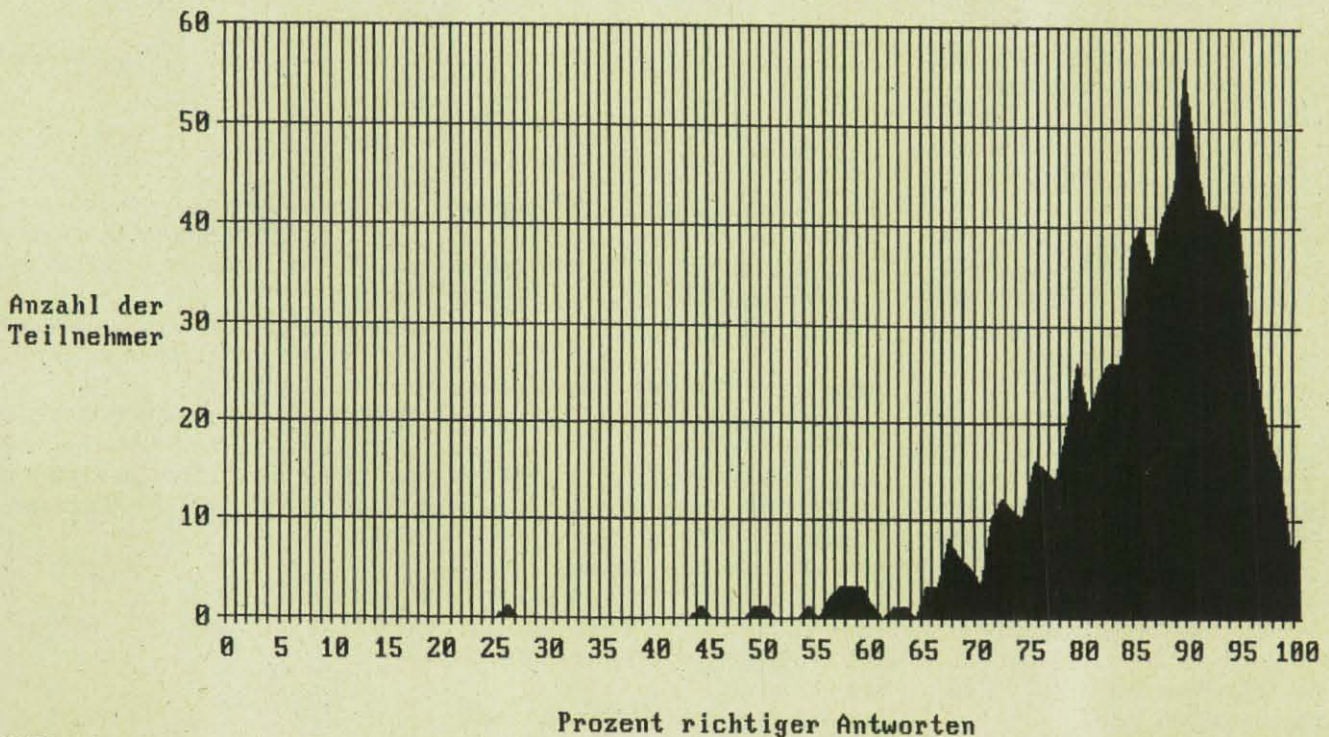


Abbildung 3



neuesten pädagogischen Erkenntnissen anzupassen. Aufgrund dieser grundsätzlichen Umstrukturierung und Neukonzeption der Ausbildungsunterlage beauftragte das Deutsche Rote Kreuz das Institut für Rettungsdienst, eine wissenschaftlich exakte Überprüfung durch einen umfassenden Feldversuch sowie eine entsprechende wissenschaftliche Begleitung und Auswertung – die „Pilotstudie Bevölkerungsausbildung“ (PIBE) – durchzuführen.

An der Pilotstudie Bevölkerungsausbildung beteiligen sich elf Landesverbände des Deutschen Roten Kreuzes mit 24 Kreisverbänden, die insgesamt 66 Lehrgänge anhand des neuen Leitfadens „Erste-Hilfe-Ausbildung“ (Stand: 3. 6. 1987) durchführten. Im Durchschnitt besuchten jeweils 15 Teilnehmer einen Lehrgang, insgesamt 985 Personen, von denen 692 (71 %) männlich und 280 (29 %) weiblich sind. Die Teilnehmer absolvierten im Anschluß an den Lehrgang sowohl eine theoretische als auch eine praktische Prüfung, die nach 6, 12, 24 und 36 Monaten wiederholt werden soll, um den Ausbildungserfolg und die Behaltensleistung zu überprüfen. Derzeit liegt der 1. Zwischenbericht der Studie vor.

Sowohl die theoretische und die praktische Prüfung als auch das Gesamtergebnis zeigen, daß der Erfolg der neuen Konzeption der Ausbildungsunterlage, einschließlich der Integration der Herz-Lungen-Wiederbelebung, durchaus positiv zu bewerten ist, da die Teilnehmer stets weit über 80 % der ihnen gestellten Aufgaben richtig lösten (Abbildung 3).

Gleichzeitig finden die Lehrgänge bei den Teilnehmern großen Anklang. Dies gilt sowohl für den Inhalt der Lehrgänge selbst, hier insbesondere auch für die verstärkte Einbeziehung praktischer Übungen, als auch für die didaktische Gestaltung sowie für die im Unterricht verwendeten Lehr- und Hilfsmittel. Ebenso scheint die Einbeziehung der Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Lehrgänge keine besonderen Schwierigkeiten aufzuwerfen.

Dies verdeutlicht auch Abbildung 4. Schematisch zeigt diese Abbildung die Abfolge richtig durchgeführter Einzelmaßnahmen (Angabe in Prozenten) bezüglich der Situation „Auffinden einer Person“.

Somit kann die neue Konzeption der Lehrgänge nach dem aktualisierten Leitfaden, auch hinsichtlich der Akzeptanz durch die Teilnehmer, nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen als durchaus erfolgreich bezeichnet werden. Eine endgültige Aussage wird jedoch erst nach Abschluß des wissenschaftlichen Begleitprojekts (Tests nach 6, 12, 24 und 36 Monaten) und Vorliegen des Abschlußberichts in etwa drei Jahren möglich sein.

**Beispiele weiterer Projekte, die das Institut für Rettungsdienst derzeit durchführt:**

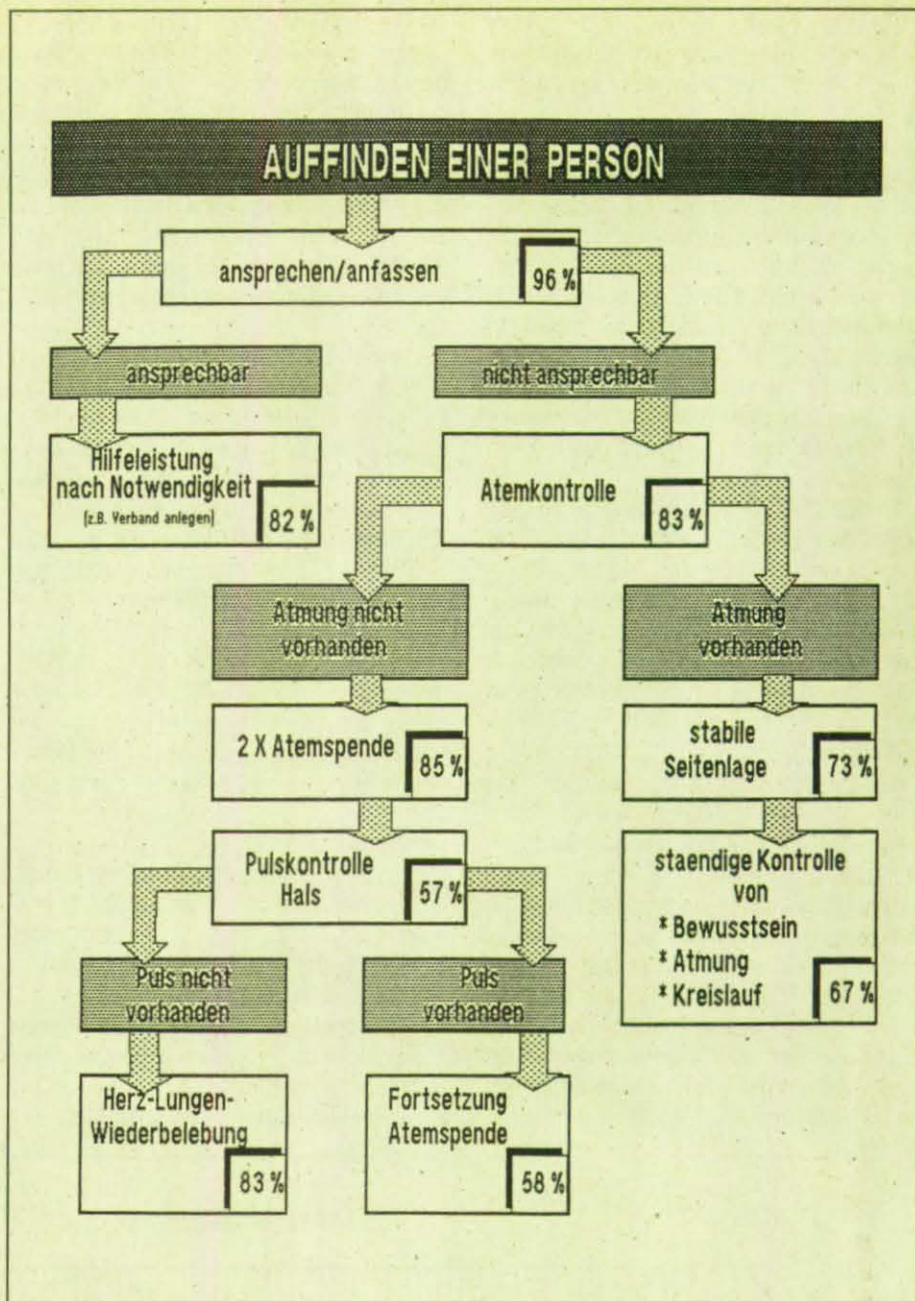


Abbildung 4

#### Ersthelferpotential und Ausbildungskapazität

Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) Modellkonzeption zur Motivationsanalyse von potentiellen Ersthelfern.

#### Leistungsanalyse des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland

Leistungsanalyse in Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsministerium (BMV).

#### Arzneimittel im Rettungsdienst

Arzneimittelsicherheit, Wälzung, Vorhaltung etc.

#### Anforderungs- und Belastungsprofile des im Rettungsdienst tätigen Personals

Streß-Analyse, Katecholamine, Adrenalin, Noradrenalin, Dopamin etc., Herz-Kreislaufparameter.

#### Strukturanalyse Erste-Hilfe-Lehrgänge

Erhebung demographischer Daten aus Erste-Hilfe-Lehrgängen des Deutschen Roten Kreuzes.

#### Anforderungen an Verkehrsteilnehmer bei Unfällen und Pannen im Europäischen Ausland

Umfrage über Verhaltensrichtlinien am Unfallort im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr (BMV) und in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt).



# Gefahrenabwehr mit System

## Fahrlässigkeit ist Hauptursache bei Waldbränden – Alarm- und Einsatzpläne Voraussetzung für erfolgreiche Brandbekämpfung

In der Bundesrepublik werden jedes Jahr durchschnittlich mehr als 2000 ha Waldfläche durch Brände vernichtet. Dabei entstehen Schäden von mehreren Millionen Mark. Der folgende Bericht befaßt sich mit der Problematik der Waldbrandbekämpfung. Er ist einer Ausbildungsunterlage der Freiwilligen Feuerwehr Fulda entnommen, die hierzu freundliche Erlaubnis erteilte.

Daß Waldbrände auch zur Katastrophe werden können, hat der Jahrhundertsommer des Jahres 1975 bewiesen. Wochenlang lieferte die Waldbrandkatastrophe von Niedersachsen Schlagzeilen für die Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Bei dieser Katastrophe wurden rund 7500 ha Waldfläche sowie etwa 12650 ha Moor- u. landwirtschaftliche Fläche vernichtet. Harte Worte der Kritik waren nicht nur über die mangelnde Führungsstrategie, sondern auch über Mängel in der Ausrüstung und Ausbildung der eingesetzten Feuerwehren zu hören. Der tragische Tod von fünf Feuerwehrkameraden, die vom Brand eingeschlossen, ihr Leben im Einsatz lassen mußten, wird nicht zuletzt auf die bereits geschilderten Umstände bzw. Mißstände zurückgeführt. Diese bisher größte Waldbrandkatastrophe auf deutschem Boden erforderte den Einsatz von 13000 Feuerwehrmännern mit 1550 Fahrzeugen, 5000 THW-Helfern mit 300 Fahrzeugen, 2650 Sanitätshelfern mit 300 Fahrzeugen, 11000 Bundeswehrsoldaten mit 1800 Räderfahrzeugen und 360 Kettenfahrzeugen sowie 60 Hubschraubern. Hinzu kamen starke Kräfte der Polizei, des Forstdienstes und der britischen Rheinarmee.

### Entstehung von Waldbränden

Waldbrände entstehen in der Regel als Bodenfeuer. Unter dem Einfluß der Luftbewegung neigen sich die Flammen am bren-

nenden Unterholz und Gras in Richtung der Luftbewegung. Es bildet sich ein Feuersaum, der rascher in Windrichtung fortschreitet, als an den Seiten. Der Feuersaum bewegt sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit fort und verbreitet sich dabei. Auch an den Flanken brennt das Feuer weiter. Die Waldbrandfläche nimmt als bald eine längliche Form an. Der Feuersaum in Windrichtung, bei größerem Umfange auch als Feuerfront bezeichnet, kann sich mit Geschwindigkeiten von 200 bis 500 m pro Stunde fortbewegen. Bei den ausgedehnten Waldbränden in der Lüneburger Heide im Jahre 1975 lagen die durchschnittlichen Geschwindigkeiten bei 300 bis 1000 m pro Stunde. In Australien wurden bei einem Waldbrand im Februar 1983 sogar Fortschrittggeschwindigkeiten zwischen sechs und elf km/h beobachtet.

Das Fortschreiten eines Waldbrandes in Wald-, Moor- oder Heidegebieten hängt aber nicht nur von der Windgeschwindigkeit ab. Die Topographie des Geländes und die Art des Bewuchses sind ebenfalls von sehr großer Bedeutung.

Die meisten Waldbrände sind in den Monaten März und April zu erwarten. Später geht die Waldbrandhäufigkeit wieder zurück, um jedoch Ende Juli/Anfang August und zuweilen bis in den September hinein einen neuen Höhepunkt anzustreben. Statistiken belegen, daß Waldbrände am häufigsten zwischen 13.00 und 15.00 Uhr auftreten. An den Wochenenden steigt die Waldbrandgefährdung sprunghaft an.

Mit zunehmender Nutzung der Wälder für Erholungszwecke steigt die Waldbrandgefahr durch erholungssuchende Waldbesucher. Hauptbrandursache ist – vor allem in stadtnahen Wäldern und in Erholungsgebieten – Fahrlässigkeit.

### Melde- und Alarmweg

Aufsteigender Rauch über einem Waldgebiet mit Wechsel zwischen weißen, schwar-

zen und gelblichen Farbtönen läßt auf einen Waldbrand schließen. Ein sofortiges oder frühes Erkennen des Waldbrandes wie zum Beispiel bei einem Wohnungs- oder Gebäudebrand ist in der Regel nicht gegeben. Die Alarmierung und der Einsatz der Feuerwehren erfolgt daher meist mit einer beachtlichen Verzögerung. Das heute oft in unseren Wäldern praktizierte und von den Forstämtern genehmigte Abbrennen von nicht verwertbaren Gehölzen kann darüber hinaus zu Fehlalarmierungen führen.

Ist ein Waldbrand mit hinreichender Sicherheit erkannt, so hat jedermann unverzüglich die nächstgelegene zuständige Polizeistation, Feuerwehr oder Forstbehörde zu alarmieren.

Häufig werden Waldbrände auch aus der Luft erkannt und gemeldet. Vor einiger Zeit hatte ein auf dem Flugfeld in der Johannissau gestarteter Motorsegler über dem Waldgebiet von Fulda-Kämmerzell gekreist und ein beachtliches Bodenfeuer entdeckt, das wegen seiner geringfügigen Rauchentwicklung von anderer Seite noch nicht bemerkt worden war. Der Motorsegler, der kein Funkgerät an Bord hatte, landete sofort wieder in der Johannissau. Der Pilot schickte einen Boten mit einer entsprechenden Meldung zur Feuerwehr Fulda und stieg dann mit seiner Maschine wieder auf, kreiste über der Einsatzstelle, und zeigte den Einsatzfahrzeugen den Weg.

### Zum Einsatz – fertig

Die Löschmannschaften müssen mit größter Schnelligkeit an den Brandplatz herangeführt werden. Hierbei sind ortskundige Forstbedienstete sehr hilfreich. Bei schwierigen Geländebeziehungen sind eindeutige Treffpunkte für Feuerwehren und Forstbedienstete sowie Polizei zu vereinbaren. Bei größeren Waldbränden bis hin zum Katastrophenfall sind besondere Bereitstellungsplätze vorzusehen. Das Heranführen der Löschmannschaften erfolgt dann, nachdem





Wasser ist das billigste Löschmittel, doch steht es oftmals nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.

zuvor die genaue und geeignetste Anfahrt erkundet worden ist, durch ortskundiges Forstpersonal.

## Einsatzleitung

Bei Wald-, Moor- und Heidebränden liegt die Technische Einsatzleitung in der Regel beim zuständigen Forstamtsleiter bzw. dessen Stellvertreter. Sind diese nicht erreichbar, so tritt zunächst an deren Stelle der zuständige Revierleiter. Die Übernahme und Wahrnehmung der Technischen Einsatzleitung hat jedoch stets im Benehmen mit dem Einsatzleiter der Feuerwehr zu erfolgen.

Um einen erfolgversprechenden Einsatzablauf zu gewährleisten, sollten der zuständige Forstbeamte und der Einsatzleiter der Feuerwehr unverzüglich eine gemeinsame Technische Einsatzleitung bilden. Damit wird sichergestellt, daß die Sachkenntnis des Forstbeamten vor Ort mit der gebotenen Einsatztaktik des Feuerwehrführers in Einklang gebracht wird, damit so der Einsatzverlauf optimal gesteuert werden kann.

Gerade beim Erkunden der Lage sowie der Beurteilung von Gefahrenschwerpunkten ist der verantwortliche Feuerwehrführer vor Ort auf die Orts- und Sachkenntnis des zuständigen Forstbeamten angewiesen. Letzterer ist stets in der Lage, den Technischen Einsatzleiter der Feuerwehr auf in der Nähe des Brandes befindliche Schonungen, Dickichte, Ansammlungen von trockenem Sturmholz (Windbruch) und andere Gefahrenmomente hinzuweisen.

Vorgenannte Beispiele sind durchaus geeignet, das Ausbreiten des Brandes erheblich zu begünstigen. Aber zur Erkundung der Lage gehört auch die Feststellung günstiger Zufahrtswege, wobei der kürzeste Weg nicht immer der beste ist. Bei der Auswahl der Zufahrtswege kommt es nämlich ganz wesentlich auf die zum Einsatz kommenden Einsatzfahrzeuge an. Ist eine sofortige und eindeutige Bestimmung der

Gefahrenschwerpunkte aufgrund einer undurchdringlichen Verqualmung nicht möglich, so sollten sich der zuständige Forstbeamte sowie der Technische Einsatzleiter der Feuerwehr um die Bereitstellung eines Luftfahrzeuges (möglichst Hubschrauber) zwecks Erkundung und Beurteilung der Lage aus der Luft bemühen. Um jedoch keine wertvolle Zeit bei der Aufnahme der Brandbekämpfung zu verlieren, sind vor der Erkundung der Lage aus der Luft die Einsatzkräfte an den oder die mutmaßlichen Gefahrenschwerpunkte heranzuführen.

## Maßnahmen zur Gefahrenabwehr

Den Maßnahmen zur Abwehr der Hauptgefahren geht die möglichst genaue Erkundung der Beurteilung der Lage voraus. Hieraus ergeben sich folgende Maßnahmen:

1. Einsatz der zuerst anwesenden Löschkräfte an der Waldbrandfront und den Flanken (Ausdehnung des Brandes in Windrichtung).
2. Abschirmung von Schonungen und sonstigen, den Waldbrand besonders begünstigenden Waldgebieten, Anlegung von Wundstreifen.
3. Entscheidung über die Nachalarmierung von weiteren Einsatzkräften (Feuerwehren, THW, BGS, Bundeswehr).
4. Aufbau eines Pendelverkehrs mit Tanklöschfahrzeugen und Festlegung der Zu- und Abfahrtswege (Einbahnstraßenregelung auf Waldwegen, damit sich Einsatzfahrzeuge nicht gegenseitig den Weg versperren).
5. Bestimmung der in Frage kommenden Löschwasserentnahmestellen.
6. Anforderung eines Hubschraubers.
7. Festlegung des Standortes der gemeinsamen Technischen Einsatzleitung; soweit vorhanden kommen hierbei die mobilen Einsatzleitstellen zum Einsatz.

## Einsatz der Löschkräfte

Die Eigenart des Waldbrandes beeinflusst nicht nur die Stärke der Löschmannschaften sondern auch die zum Einsatz kommenden Löschgeräte und -mittel. Die weitverbreitete Vorstellung, daß man bei einem Waldbrand ein zusammenhängendes Flammenmeer vor sich habe, ist falsch. Es brennt in aller Regel nur der Rand einer Fläche. Hinter dem Feuersaum, vor allem bei dem am häufigsten vorkommenden Bodenfeuer, schwelen nur noch Stubben, herumliegende Hölzer oder dickere Rohhumuspolster. Von der „Entstehungsstelle“ aus treibt der Wind die „Feuerfront“ vor sich her. Sie richtet den weitaus größten Teil des Schadens an. In der Front ist der Feuersaum höher und schneller als an den Flanken. Die Flanken dehnen sich nur dann lebhafter aus, wenn der Wind sich vorübergehend dreht und ihnen somit nachhilft. Langsam und mühselig dagegen frißt sich der Feuersaum auf der Rückseite des Waldbrandes gegen den Wind vor.

Für den taktisch richtigen Einsatz der Löschkräfte sind die soeben getroffenen Feststellungen von größter Bedeutung. Deshalb muß stets der Hauptangriff der Löschmannschaften der Feuerfront entgegenwirken, wobei versucht werden muß, die Feuerspitze durch einen schwerpunktmäßigen Angriff zu brechen. Dies kann vielfach nur unter Einsatz von umluftunabhängigen Atemschutzgeräten erfolgen. In der Forstsprache werden die Einsatzkräfte an der Front des Waldbrandes auch „Aufhalttrupp“ genannt.

Aber auch die Flanken des Waldbrandes dürfen nicht vernachlässigt werden. Sofern nicht auf Anrieb genügend Mannschaften vorhanden sind, sollten aber unverzüglich nach dem Eintreffen von Verstärkungskräften auch hier die Löschmaßnahmen einsetzen, zumal auch bei dem Flankenfeuer jederzeit die Gefahr besteht, daß durch einen Windwechsel plötzlich eine neue, anders verlaufende Feuerfront entsteht.

Die Rückseite des Waldbrandes bindet zunächst nur einige wenige Löschkräfte, die in aller Regel den Brand in ihrem Bereich relativ schnell unter Kontrolle haben und dann bereits, den Brand von hinten auflösend, mit Nachlöscharbeiten beginnen können. Es darf aber nicht übersehen werden, daß bei rasch wechselnden Winden auch der „Rückfront“ des Waldbrandes plötzlich schwerpunktmäßige Bedeutung zukommen kann.

## Löschgerätschaften und Löschmittel

Art und Umfang des Waldbrandes diktiert in der Regel auch den Einsatz des



Löschgerätes bzw. des Löschmittels. Ein Boden- oder Lauffeuer kleineren Umfanges ist durchaus mit kleinem Löschgerät, z. B. Schaufeln, Spaten, Hacken, Feuerpatschen, Wasserrucksäcken u. ä. noch vor Eintreffen der Feuerwehr wirkungsvoll von jedermann zu bekämpfen. Auch Feuerwehren, die über keine Löschfahrzeuge mit Wasservorrat verfügen, sind, bis zum Eintreffen entsprechender Verstärkung, auf die vorgenannten Gerätschaften angewiesen.

Wasser ist zwar das billigste und auf Dauer wirkungsvollste Löschmittel bei Waldbränden, doch steht es oftmals nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung bzw. ist nur sehr schwer heranzuschaffen.

Hat das Boden- oder Lauffeuer bereits ein gewisses Stadium überschritten und hat sich daraus möglicherweise schon durch Übergreifen in die Baumwipfel ein Voll- oder Wipfelfeuer entwickelt, so ist der Einsatz der kleinen Löschgerätschaften in Verbindung mit Sand und Erde in der Regel zur Erfolglosigkeit verurteilt. Jetzt sind die Tanklöschfahrzeuge gefordert, wobei der Einsatzwert von der Größe des mitgeführten Wasservorrates beeinflusst wird. Hierbei ist jedoch, wie schon an anderer Stelle erwähnt, darauf zu achten, daß beim Aufbau eines Pendelverkehrs die Zu- und Abfahrtswege festgelegt werden. Dabei kann eine provisorische Ausschilderung sehr hilfreich sein. Sind Tanklöschfahrzeuge nicht oder nicht in ausreichender Stückzahl verfügbar, so muß das erforderliche Löschwasser über lange Schlauchstrecken herangeführt werden. Entfernungen von drei bis fünf Kilometern sollten bei gut ausgebildeten Feuerwehren kein Hindernis sein.

In steigendem Maße kommt der Anwendung von Mittel- und Schwertschaum bei der Waldbrandbekämpfung Bedeutung zu. Proteinschaummittel sollten bevorzugt werden, da sie biologisch abbaubar sind und die Umwelt weniger belasten. Mittelschaum eignet sich besonders zum Aufbau von Schaumbarrieren entlang von Wegen und Schneisen, an denen sich ein herankommendes Feuer totlaufen soll. Schaumbarrieren stellen flankierende Maßnahmen der Waldbrandbekämpfung dar und können diese nicht ersetzen.

Gegenüber herkömmlichen Wund- oder Feuerschutzstreifen haben sie folgende Vorzüge:

- Sie sind überall dort schnell aufzubauen, wo das Gelände mit Tanklöschfahrzeugen befahrbar ist bzw. wo Schlauchleitungen verlegt werden können,
- sie ergänzen das starre Netz der Feuerschutzstreifen,
- sie ermöglichen die Staffelung von Brandbekämpfungslinien,
- sie können rechtzeitig (zwei bis drei Stunden) vor dem voraussichtlichen Eintreffen der Feuerfront bereits aufgebaut werden.

Die Stärke der Schaumbarriere muß den Windverhältnissen angepaßt sein.

Schwertschaum eignet sich für eine schnelle und ausreichend dimensionierte Schaumbarriere nicht. Die höhere Wurfweite ermöglicht es jedoch vielfach den Schaum im Kronenbereich der Bäume anzubringen. Durch die „Ummantelung“ der Kronenmasse mit Schwertschaum kann auf ausreichender Breite unter Umständen eine vertikale Schaumbarriere aufgebaut werden. Aber auch zum Absichern und gegebenenfalls auch Ablöschen von Holzlagern, wie sie heute überall in unseren Wäldern eingerichtet sind, kommt dem Schwertschaum besondere Bedeutung zu. Versuche haben gezeigt, daß gerade in diesem Bereich mit Schwertschaum, insbesondere bei Schwelbränden und Glutnestern, bessere Löscherfolge zu erzielen sind, als mit normalem Wasser.

Ein Gegenfeuer muß genau gegen den Wind getrieben werden. Es sollte das letzte Verteidigungsmittel sein, wenn alles andere versagt und nur von einer sicheren Auffanglinie (Schaumbarriere oder sonstiger Feuerschutzstreifen) entzündet werden. Da das Feuer wegen der vorgeschobenen Barriere sich nicht in Richtung des Windes als Boden- oder Lauffeuer ausdehnen kann, ist es gezwungen, sich als Gegenwindfeuer auf die herannahende Feuerfront hin zu entwickeln. Beim Erreichen der vom Gegenfeuer bereits aus- oder abgebrannten „Pufferzone“ läuft sich dann die eigentliche Feuerfront tot.

Gefährlicher Nachteil dieser Löschmethode: Durch Funkenflug des Gegenfeuers können leicht Sekundärbrände entstehen.

Auf die Waldbrandbekämpfung durch Explosionsstoffe und durch Einsatz von Luftfahrzeugen soll hier nicht näher eingegangen werden. Beides wird in Hessen nicht in absehbarer Zeit zu erwarten sein!

## Nachalarmierung und Einweisung von Verstärkungskräften

Unter dem Stichwort „Maßnahmen zur Gefahrenabwehr“ war bereits die Nachalarmierung von weiteren Einsatzkräften und ihre entsendende Dienststelle bzw. Hilfsorganisation kurz angesprochen worden. Diesen Ausführungen sind folgende Gesichtspunkte unbedingt hinzuzufügen:

1. Die Entscheidung zur Nachalarmierung von Verstärkungskräften muß rechtzeitig erfolgen, d. h. nicht erst dann, wenn man feststellt, daß die eingesetzten Löschmannschaften überfordert sind. Die Gefahr der Überschätzung der eigenen Kräfte ist hierbei sehr groß.
2. Die Nachalarmierung von Verstärkungskräften soll vom Potential her so ausrei-

chend bemessen sein, daß eine zweite Nachalarmierung möglichst vermieden wird. Lieber einige Einsatzkräfte samt Gerätschaften mehr angefordert, als erkennen müssen, daß man sich bei der Berechnung des Kräftebedarfs zugunsten des Brandes verkalkuliert hat. Dabei hat die Einsatzleitung unbedingt zu berücksichtigen, daß gerade die an der Feuerfront eingesetzten Löschmannschaften nach kurzer Zeit gegen frische Einsatzkräfte ausgetauscht werden müssen.

3. Auch die Verstärkungskräfte sollten nach der Alarmierung nicht ziel- und planlos in den Wald hineinfahren, um sich irgendwo nach Gutdünken in die Löscharbeiten einzuschalten. Sie haben vielmehr den zu Beginn der Waldbrandbekämpfung festgelegten Sammelplatz anzufahren, melden sich bei der Technischen Einsatzleitung und begeben sich erst nach Erhalt ihres konkreten Einsatzauftrages mit einem Einweiser zur Einsatzstelle, um entsprechend ihrem Auftrag tätig zu werden.

## Nachlöscharbeiten – Brandwache

Ist ein Waldbrand erst einmal unter Kontrolle und schließlich eingedämmt, setzen ebenso umfangreiche, wie unter Umständen langwierige Nachlöscharbeiten ein. Brandgut aus festen, glutbildenden Stoffen flammt in der Regel, mehr oder weniger auch begünstigt durch die Windverhältnisse, kurze Zeit nach dem Ablöschen wieder auf, da tiefsitzende Glutnester weiterhin Wärme entwickeln. Um ein Wiederaufflammen zu verhindern, sind Nachlöscharbeiten unerlässlich, wobei es gilt, jedes einzelne Glutnest aufzuspüren.

Sind nach der Brandbekämpfung auch die Nachlöscharbeiten als beendet anzusehen, so ist damit der Einsatz noch nicht beendet. Vielmehr gilt es nun, eine Brandwache einzuteilen. Tiefliegende Glutnester, die auch bei den Nachlöscharbeiten nicht erkannt worden sind, schwelen weiter. Das kann insbesondere in schlecht zugänglichen Waldgebieten der Fall sein. Solche Glutnester oder glimmende Stellen fressen sich tief im Boden weiter und flammen oftmals erst nach einigen Tagen wieder auf. Deshalb ist eine stetige, über einen längeren Zeitraum durchzuführende Brandwache in Form von Kontrollgängen sicherzustellen. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Forstbehörden.

## Vorbeugende Maßnahmen

Wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Waldbrandbekämpfung ist das Vorhandensein von Alarm- und Einsatzplä-



nen, die von den Forstämtern in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Brandschutzdienststellen bzw. Feuerwehren zu erstellen sind. Der Übersichtlichkeit halber ist für jede Forstdienststelle ein gesonderter Alarm- und Einsatzplan zu erstellen. Der Alarmplan beinhaltet in der Regel folgende wichtige Hinweise:

- Schnellstmögliche Weitergabe der Waldbrandmeldung an die alarmlösende bzw. zu alarmierende Stelle,
- alle wichtigen Telefonnummern, die im Zuge der Waldbrandbekämpfung von Bedeutung sein könnten (übergeordnete Dienststellen der Forstverwaltung, Gemeindeverwaltung, KBI, BGS, Bundeswehr, sonstige militärische Einheiten, Krankenhäuser, Ärzte, etc.),
- Hinweise auf die Zuständigkeit im Bereich der Einsatzleitung,
- Verzeichnis der im Forstamtsbereich liegenden Gemeinden,
- einsatztaktische Hinweise kleineren Umfanges und
- Hinweise allgemeiner Art auf die technische Bereitschaft und Zusammenarbeit.

Der Waldbrandalarm als solcher ist nicht an eine bestimmte Form gebunden, sondern kann individuell gestaltet werden. Wichtig ist aber, daß alle wesentlichen Angaben durch übersichtliche Gestaltung schnell und sicher entnommen werden können.

Wichtigster Teil des Einsatzplanes ist die Waldbrandmeldekarte oder auch nur Waldbrandkarte mit ihren besonderen Eintragungen, auf die im Rahmen der folgenden Ausführungen zum Kartenmaterial etwas näher einzugehen ist.

Bei der Waldbrandbekämpfung treten üblicherweise Orientierungsschwierigkeiten gegenüber Einsätzen in bewohnten Gebieten oder an befestigten Verkehrswegen auf. Insbesondere bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen war das seinerzeit zur Verfügung stehende oder zum Teil schnell herbeigeschaffte Kartenmaterial nicht dazu geeignet, als Führungsmittel den Erfolg positiv zu beeinflussen. Die bereits angesprochene mangelhafte Funkausstattung sowie das völlig unzulängliche und zum Teil ungeeignete Kartenmaterial waren wesentliche Faktoren, die zu den anfänglich eingetretenen Mißerfolgen beigetragen haben.

Die Zusammenarbeit von Einsatzkräften der gleichen oder verschiedenen Hilfsorganisationen kann nur dann erfolgreich sein, wenn „die gleiche Sprache gesprochen“ wird und einheitliche Einsatzunterlagen verwendet werden, d. h. daß einheitliches Kartenmaterial zur Anwendung kommen muß!

Als Waldbrandeinsatzkarten wurden allgemein sog. UTM-Karten im Maßstab 1 : 50 000 festgelegt. Die eingetragenen UTM-Glitterlinien haben auf der Karte einen Abstand von 2 cm = 1 km in der Natur.

Diese Karten werden auch bei der Polizei und dem Militär verwendet und geben durch



Sicherheit in der Waldbrandbekämpfung kann nur durch ständiges Üben erlangt werden.

entsprechende Kartenzeichen eine Vielfalt an Informationen. Vier Details, die für eine Waldbrandbekämpfung von außerordentlicher Bedeutung sind, fehlen aber, nämlich Löschwasserstellen, Feuerbarrieren, Forstorganisation und für Feuerwehrfahrzeuge befahrbare Wege.

Auf den topographischen Karten sind zwar alle Flußläufe, Bäche, Teiche und andere natürlichen und künstlichen Gewässer eingezeichnet, doch das Vorhandensein eines Gewässers und die Kenntnis von der Lage derselben alleine reicht für die Feuerwehr noch nicht aus. Vielmehr ist von ausschlaggebender Bedeutung die Ergiebigkeit und die Zugänglichkeit für leichte und schwere Löschfahrzeuge. In der Waldbrandkarte müssen daher alle Löschwasserentnahmestellen, die für die Waldbrandbekämpfung von Bedeutung sind, besonders gekennzeichnet werden. Als Richtwerte für Mindest-Leistungen gelten bei fließenden Gewässern eine Entnahme von 400 l/min. oder bei sonstigen Entnahmestellen ein Löschwasservorrat von 50 m<sup>3</sup>. Löschwasserbrunnen oder auch zentrale Wasserversorgungsleitungen mit den entsprechenden Hydranten, die möglicherweise durch Waldgebiete verlaufen, sind in der Waldbrandeinsatzkarte ebenfalls einzutragen.

Vorhandene natürliche oder künstliche Feuerbarrieren (Laubbaumarten, Leitungstrassen, Feuerschutzstreifen) mit einer Mindestbreite von 30 m sind in der Waldbrandeinsatzkarte genauestens zu markieren, weil sie für die einsatztaktischen Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sein könnten. Die Verschiedenartigkeit des Baumbestandes kann durch unterschiedliches „grün“ gekennzeichnet werden. Auch die forstorganisatorischen Hinweise wie Abteilungsnummern oder Forstdienststellen werden, soweit das erforderlich ist, in die Waldbrand-Einsatzkarte eingetragen.

In der topografischen Karte werden alle Straßen, Nebenstraßen, Fahrwege sowie Feld- und Waldwege nach besonderen Kriterien, die in der allgemeinen Kartenkunden-ausbildung besprochen werden, dargestellt.

In der Waldbrand-Einsatzkarte sind bestimmte Feld- und Waldwege (Wegeklasse III) besonders zu kennzeichnen, die für das Heranführen von Einsatzkräften mit ihren Fahrzeugen zur Waldbrandbekämpfung wesentlich sind. Dabei sind sie in ihrem ganzen Verlauf mit Symbolen zu versehen, die auf die Befahrbarkeit hinweisen. Ausweichstellen, Wendeplätze oder Sammelstellen sind genauestens zu markieren. Eine Karte hat für ihren Benutzer nur dann einen Wert, wenn die Eintragungen auch mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Das bedeutet, daß das Kartenmaterial für Einsatzzwecke einer regelmäßigen Überprüfung zu unterziehen ist. Festgesetzte Zeitabstände gibt es für die Überprüfung des Kartenmaterials nicht. Empfohlen wird ein Sechs-Jahres-Turnus, wie er in Niedersachsen praktiziert wird.

Kartenkunde sollte regelmäßig auf dem Stundenplan bei den Feuerwehren erscheinen.

## Waldbrandübungen

Es gibt leider keine verbindlichen Vorschriften über die regelmäßige Durchführung von Waldbrandübungen, aber auch niemand von kompetenter Seite, ob Forstleute oder Feuerwehr, hegt auch nur den geringsten Zweifel an der Notwendigkeit dieser Übungen. So bleibt es der Zusammenarbeit vorgenannter Stellen überlassen, wann und in welchem Rahmen bzw. Umfang solche Übungen durchgeführt werden. Eine Waldbrandübung eignet sich immer hervorragend in Kombination mit einer Kartenkundeausbildung. Die unbedingt erforderliche Sicherheit in der Waldbrandbekämpfung kann nur durch ständiges Üben erlangt werden. Der persönliche Kontakt zwischen Forstbediensteten und Einsatzkräften erleichtert die Zusammenarbeit und erzeugt gegenseitiges Verständnis, was im Einsatzfall von unschätzbarem Wert sein dürfte.

Klaus Lorenz  
(Nachdruck aus „Florian Hessen“ 3/1989 mit freundlicher Genehmigung der Redaktion)



\* Noch gut in Erinnerung: Die Tanklastzug-Katastrophe in Herborn

# So wurden die Unfallopfer versorgt

**Das Friedrich-Zimmer-Krankenhaus – ein Krankenhaus der Grundversorgung –  
übernahm die Erstversorgung der zahlreichen Unfallopfer**

Am 7. Juli 1987 versagten auf einer Gefällstrecke vor der hessischen Kleinstadt Herborn die Bremsen eines mit 36 000 l Kraftstoff beladenen Tanklastzuges. Er raste um 20.43 Uhr mit hoher Geschwindigkeit in den Ortskern, prallte gegen ein Haus und kippte um. Das auslaufende Benzin führte ca. vier Minuten später zu einer weithin hörbaren Explosion und zum Großbrand. Durch innerhalb von zehn Minuten eintreffende Rettungsfahrzeuge des Deutschen Roten Kreuzes und zweier privater Unternehmen wurden zwischen 21 Uhr und 21.30 Uhr 15 Verletzte ohne ärztliche Versorgung in das ca. 300 m entfernte Friedrich-Zimmer-Krankenhaus transportiert. Ein Transport der Verletzten in andere Krankenhäuser (Dillenburg: Entfernung 8 km, Wetzlar: Entfernung: 30 km) wurde von den Rettungssanitätern zunächst nicht in Betracht gezogen. Drei Verletzte wurden später vom Unfallort nach Dillenburg gebracht.

Zum einen wäre dadurch dringend benötigte Transportkapazität blockiert worden, zum anderen war der Zugang zur Bundesstraße durch den brennenden Fluß Dill nur über Umwege möglich. Auch die Einrichtung einer Verletzten-Sammelstelle vor Ort erschien durch die räumliche Nähe des Krankenhauses als unnötige Verzögerung.

Weitere Unfallopfer wurden mit Privatwagen ins Krankenhaus gebracht oder kamen zu Fuß.

Da sich in einem durch die Explosion völlig zerstörten Geschäftshaus eine Eisdiele und eine Pizzeria befanden, wurde zunächst von 30 Todesopfern ausgegangen (5). Erst im Verlauf des nächsten Tages wurde klar, daß die Pizzeria wegen Betriebsferien geschlossen hatte und die Besucher der Eisdiele sich im Intervall zwischen Unfall und Explosion fast alle in Sicherheit bringen konnten.

Zwei junge Mädchen wurden schließlich tot aus den Trümmern geborgen. Eine ältere Frau starb während des Brandes an Herzversagen.

## Situation im Krankenhaus

Das Friedrich-Zimmer-Krankenhaus ist ein Haus der Grundversorgung mit 110 Planbetten. Es bestehen Hauptabteilungen für Chirurgie, Innere Medizin und Anästhe-

sie sowie Belegabteilungen für HNO, Gynäkologie und Lippen- und Gaumenspalträger. Es ist eine interdisziplinäre Intensivstation mit sechs Betten vorhanden.

Im Nachtdienst ist ein Assistent im Hause, ein Assistent hat Rufbereitschaft, die Gebietsärzte haben Hintergrunddienst.

Am Abend des 7. Juli wurde der Hausdienst von einem Assistenten der inneren Abteilung versehen, der diensttuende Anästhesist war zufällig anwesend. Weiterhin befanden sich zum Unfallzeitpunkt an Personal im Hause: vier Pflegekräfte auf Station, ein Ambulanzpfleger, eine MTA und der Pförtner.

Die chirurgische Ambulanz liegt im dritten Stock, erreichbar über zwei Aufzüge und das Treppenhaus. Sie besteht aus zwei Räumen. Es steht eine Beatmungseinheit zur Verfügung. Direkt daneben liegt der septische OP-Bereich mit zwei Sälen und Vorraum, hier sind zwei weitere Beatmungseinheiten vorhanden. Im selben Stock befindet sich die Belegstation für HNO und Lippen- und Gaumenspalträger mit 15 Betten. Diese Station war am 7. Juli wegen Urlaubs geschlossen. Im vierten Stock befinden sich die Intensivstation sowie der aseptische OP-Bereich mit zwei Sälen und Aufwachraum.

## Versorgung der Unfallopfer

Die Sichtung der Verletzten wurde ab 21. Uhr zunächst vom diensttuenden Assistenten und dem Anästhesisten im Flur vorgenommen. Zwei schwerst brandverletzte Mädchen wurden in die beiden Ambulanzräume gebracht, der Tanklastzugfahrer und zwei weitere Schwerverletzte in die Räume des septischen OP. Die weitere Leitung übernahm der eintreffende Chirurg (ca. 21.10 Uhr), die Verletzten wurden in die freien Zimmer der Belegstation verteilt.

Parallel zum Eintreffen der Unfallopfer wuchs die Zahl der Helfer, gegen 21.30 Uhr standen ca. 20 Pflegekräfte und 10 Ärzte zur Verfügung. Diese hatten die Klinik größtenteils ohne Aufforderung spontan aufgesucht, darunter viele ehemalige Mitarbeiter. Die Erstmaßnahmen wurden unter der Erwartung durchgeführt, daß noch eine große Anzahl weiterer Verletzter zu versorgen wäre.

Die beiden\* schwerstverbrannten, bewußtseinsklaren Mädchen wurden sofort versorgt, obwohl ihre Prognose als infaust anzunehmen war. Es konnte jeweils eine periphere Vene am Handrücken kanüliert werden, nach Gabe von 20 mg Valium und 100 mg Succinylcholin wurde orotracheal intubiert und mit Sauerstoff beatmet. Eine Notfallnarkose mit Ketanest (3) erwies sich als nicht notwendig. Danach wurde bei beiden ein zentraler Zugang (Vena jugularis) geschaffen und Volumen substituiert. Allen weiteren eintreffenden Patienten wurde ein peripher venöser Zugang gelegt und bei geringstem Hinweis auf eine Rauchgasinhalation Kortikosteroide intravenös (mindestens 250 mg Prednisolonäquivalent) und per inhalationem (Auxiloson-Spray) verabreicht (4).

Zur Schmerzbekämpfung wurden generell Opioide intravenös eingesetzt (6), entsprechend den hier gebräuchlichen Mitteln vor allem Pethidin (Dolantin) und Buprenorphin (Temgesic).

Bei mehr als der Hälfte der Verletzten lagen schwere psychische Erregungszustände vor, wir gaben Diazepam (Valium i. v.). Wegen der noch zu erwartenden weiteren Verletzten wurde die Entscheidung getroffen, die drei Schwerverbrannten mit SAR-Hubschraubern in Verbrennungszentren zu verlegen, obwohl bei zweien von ihnen die Prognose infaust erschien.

Der Fahrer des Tanklastzuges wurde aus medizinischen (dringlich notwendige, zeitaufwendige Operation) und nicht zuletzt aus psychologischen Gründen in ein Krankenhaus in Siegen (ca. 40 km entfernt) verlegt. In ein anderes Siegener Krankenhaus wurde ein nicht lebensgefährlich verletztes Mädchen mit multiplen Platzwunden, Schnittwunden und Verbrennungen verlegt.

Nach Durchführung der Sofortmaßnahmen und Abschluß der Verlegungen wurden zwischen 22 Uhr und 23 Uhr von vier Teams in den Ambulanzräumen und den septischen Operationssälen die zahlreichen Wundversorgungen in Lokalanästhesie vorgenommen, unter anderem war eine Knieplatzwunde mit Gelenkeröffnung darunter. Bei fünf der Patienten entwickelte sich nun eine deutliche Atemnot. Sie alle erhielten Sauerstoff aus Flaschen über eine Nasensonde, eine intubationspflichtige Ateminsuffizienz trat bei keinem auf. Die bei Ver-



brennungen empfohlene Kaltwasserbehandlung (1, 6), die bei dem Massenfall an Verletzten zunächst aus technischen und räumlichen Gründen nicht durchgeführt worden war, erschien nun aus zeitlichen Gründen nicht mehr sinnvoll.

Anschließend wurden 13 Patienten auf die chirurgische Allgemeinstation und jeweils einer auf die Intensivstation und die innere Station gebracht. Drei Patienten wurden ambulant behandelt. Da unter dem Eindruck der Geschehnisse weder für die meisten Patienten noch für das Personal an Schlaf zu denken war und außerdem viele Angehörige anwesend waren, kehrte erst gegen 3 Uhr morgens etwas Ruhe ein. Die Zahl des Pflegepersonals war für die Nacht verdoppelt worden, der ärztliche Dienst wurde jetzt von dem Anästhesisten und je einem inneren und chirurgischen Assistenten versehen. Bis zum Morgen trafen jedoch keine weiteren Patienten mehr ein.

Der überregionalen Presse wurde kein Zugang ins Haus gewährt.

Vorrangig an diesen Morgenstunden waren die Schmerzbekämpfung sowie in ausgedehntem Maße die psychische Betreuung durch Gespräche. Das wahre Ausmaß der Betroffenheit zeigte sich dann in den nächsten Tagen und überstieg bei vielen die körperliche Schädigung bei weitem.

## Erstaunlich reibungsloser Ablauf

Der vorliegende Massenunfall führte zu einer in vieler Hinsicht ungewöhnlichen Situation. Es erfolgte nahezu keine Verteilung der Verletzten auf mehrere Kliniken, sondern das Friedrich-Zimmer-Krankenhaus hatte innerhalb weniger als einer Stunde 23

Unfallopfer zu versorgen (neben einer Anzahl namentlich nicht erfaßter leichter Verletzter).

Diese Aufgabe, der ein Haus der Grundversorgung mit nur einem diensthabenden Assistenten zunächst nicht gewachsen erscheint, wurde jedoch in erstaunlich reibungslosem Ablauf bewältigt.

Begünstigt durch die – zufällige – Anwesenheit des Anästhesisten im Hause, die urlaubsbedingte geschlossene Belegstation und die durch das Unglück selbst besorgte Alarmierung aller im Umkreis wohnenden Pflegekräfte und Ärzte des Hauses sowie niedergelassener Kollegen und ehemaliger Mitarbeiter konnte der Massenunfall sowohl personell als auch räumlich bewältigt werden. Durch den noch zu erwartenden weiteren Anfall von Verletzten wurde die Indikation zur Verlegung großzügig gestellt. Dem Einwand des leitenden Arztes eines Verbrennungszentrums (2), es habe keine Indikation zur Verlegung bei infauster Prognose bestanden („T4; Rettungsmittel sparen“), widersprechen wir entschieden.

Die Leitung im Hause wurde vom kurze Zeit nach den ersten Verletzten eintreffenden Chirurgen übernommen, so daß der Narkosearzt die Intubation und Beatmung der zwei Schwerverbrannten und die Assistenten die Schockbekämpfung und medikamentöse Soforttherapie bei den übrigen Patienten einleiten konnten.

Falls im weiteren Verlauf noch Verletzte geborgen worden wären, hätten diese ohne personelle oder räumliche Schwierigkeiten versorgt werden können. Ein Schwachpunkt war die mangelhafte bzw. sehr späte namentliche Erfassung der eingelieferten Verletzten. Einer großen Anzahl von Menschen konnte zunächst an der Pforte keine sichere Auskunft gegeben werden, ob sich ein ver-

mißter Angehöriger unter den Opfern befand.

Es sollte so frühzeitig wie möglich die Feststellung der Personalien und die einfache Dokumentation der Diagnose und bereits erfolgten Behandlung (z. B. in Form von Anhängerkärtchen) angestrebt werden.

Die tagelang anhaltenden psychischen Veränderungen unter den Helfern der ersten Stunden müssen erwähnt werden. Dies galt vor allem für die, die sich unmittelbar um die Schwerstverbrannten gekümmert hatten. Als hilfreich in der Bewältigung erwiesen sich die erlebte Gemeinschaft und die zahlreichen Gespräche mit den Patienten und untereinander.

## Fazit

Die Tanklast-Explosion in Herborn am 7. Juli 1987 führte zu der ungewöhnlichen Situation, daß innerhalb weniger Minuten im nahegelegenen Krankenhaus der Grundversorgung mehr als 20 Verletzte eingeliefert wurden. Durch ein rasches Engagement zahlreicher freiwilliger Hilfskräfte wurde eine effektive Erstversorgung ermöglicht.

## Literatur

1. Geistler, A., R. Rossi, F. W. Ahnefeld: Kaltwasserbehandlung von Verbrennungen. *Nottfallmedizin* 13 (1987), 614.
2. Klammer, H. L.: Schriftliche Mitteilung, Dez. 1987.
3. Kolb, E. M. Rust: Anästhesie und Schockbekämpfung unter Katastrophenbedingungen. *Langenbecks Arch. Chir.* 349 (1979), 229.
4. Schuster H. P.: *Nottfallmedizin*. Enke Verlag, Stuttgart, 2. Auflage 1979.
5. Tagesthemen der ARD, 7. 7. 87, 22.30 Uhr.
6. Zellweger, G.: *Die Behandlung der Verbrennungen*. Deutscher Ärzte Verlag, Köln 2. Auflage, 1985.

(Nachdruck aus „Nottfall-Medizin“ 9/88 mit freundlicher Genehmigung des perimed Verlags, Erlangen)



Noch gut in Erinnerung ist die Tanklastzug-Katastrophe in Herborn.

(Foto: Selzner)



# Das Lernziel: Führen

**Lehrgang in Kempten/Allgäu  
vermittelte notwendiges Wissen zum Führen einer Sanitätseinheit –  
Breitgefächerte theoretische und praktische Schulung**

„... Im Gasthof ‚Ochsen‘ richten wir das Mannschaftsquartier ein. Das Behindertenheim ist geeignet für einen Verbandplatz. Auf der Wiese hinter dem Haus kann der Rettungshubschrauber landen. Hier oben liegt eine Pension, in der zusätzlich Verletzte untergebracht werden können!“ – Der Bericht des angehenden Zugführers an Lehrgangsleiter Edmund Schmidt, Bereitschaftsführer und Ausbilder bei der Johanniter-Unfall-Hilfe in München, entspricht dem Einsatzauftrag:

- Erkunden eines Verbandplatzes und eines Krankenwagen-Halteplatzes.
- Skizze über den Einsatzraum.
- Erkunden, welche logistischen Möglichkeiten die Ortschaft bietet.

Die Teilnehmer des organisationsinternen Ausbildungslehrgangs zum Zugführer einer Sanitätseinheit der JUH in Kempten (Allgäu) haben am Schluß des letzten Lehrgangswochenendes die Möglichkeit, im Rahmen einer Übung ihr theoretisches Wissen praktisch anzuwenden. Memhölz, eine kleine Ortschaft im Voralpengebiet nahe Kempten, macht es ihnen nicht schwer. Das Dorf ist übersichtlich, und geeignete Örtlichkeiten sind schnell gefunden.

Die Kriterien für diesen Erkundungsauftrag haben die Kursteilnehmer bereits im Lehrsaal besprochen. Dem praktischen Einsatz gingen schon zwei Ausbildungswochenenden voraus. In dem auf drei Wochenenden verteilten Lehrgang wird den angehenden Zugführern das notwendige Wissen zur Führung einer Sanitätseinheit vermittelt.

## Hohe Qualifikation

Die vielfältigen Aufgaben eines Zugführers stellen eine hohe Anforderung an die Qualifikation des mit dieser Aufgabe betrauten JUH-Mitarbeiters.

Eingangsvoraussetzungen für den Besuch des Zugführer-Lehrgangs sind deshalb u. a. die erfolgreiche Teilnahme an einem Gruppenführer-Lehrgang sowie die Bewährung als Gruppenführer einer Einheit/Einrichtung.

Um den Anforderungen als Einheitsführer genügen zu können, muß umfangreiches Wissen vorhanden sein. Und so wurde für die Zugführer-Ausbildung folgendes Gesamtlernziel festgelegt:



Gruppenarbeit – eine beliebte Form der Ausbildung.



Zwei Frauen sind unter den Lehrgangsteilnehmern. Sie meistern ihre Aufgaben vorbildlich.



Lehrgangsleiter Edmund Schmidt (links) gibt letzte Anweisungen vor dem Übungsbeginn.



Die Qualifikation als Ausbilder wird geprüft.

(Fotos: Sers)



Der Lehrgangsteilnehmer

- muß befähigt sein, über Geschichte, Aufbau, Arbeitsweise sowie Grundsätze und Aufgaben der Johanniter-Unfall-Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Rahmen zu referieren und die Mitglieder seines Zuges darüber zu unterrichten,
- muß das Führungssystem des Katastrophenschutzes und die Einsatzgrundsätze am Beispiel des Sanitätsdienstes kennen und diese vermitteln können,
- muß den Einsatz der Sanitätseinheiten im friedensmäßigen Katastrophenschutz (Alarmierung, Versammlung, Marsch, Bereitstellung und Einsatz des Zuges) leiten,
- als Verantwortlicher für die Ausbildung seines Zuges Ausbildungsveranstaltungen, Übungen, Dienstbesprechungen und andere Veranstaltungen vorbereiten,
- die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen und der privaten Organisationen im Katastrophenfall erklären,
- die Aufgaben der Katastrophenschutz-Fachdienste erläutern,
- die verwaltungsrechtlichen Grundsätze anwenden und
- Menschen im täglichen Dienst und im Einsatz sowie bei Ausbildungsveranstaltungen führen können.

## Grundgesetze der Führung

Ein Schwerpunkt der Ausbildung ist das Thema „Menschenführung“. Es steht gleich zu Beginn des Lehrgangs und erstreckt sich über vier Unterrichtsstunden. Menschen wollen wichtig genommen werden, wollen Anerkennung, sich sicher fühlen und dazugehören. Diese vier Grundgesetze der Führung sollen den Lehrgangsteilnehmern den Weg weisen, wie sie ihre Aufgaben als Führer besser erfüllen können.

Ausbildungsleiter Schmidt erläutert die einzelnen Leitsätze und gibt Ratschläge für ihre praktische Anwendung, wobei er auch darauf hinweist, daß es keine Patentrezepte für das richtige Verhalten in jeder Lage gibt.

Im weiteren Verlauf des Unterrichts geht Schmidt auf die drei gefährlichsten Schwächen der Führung – Überheblichkeit, Unbeherrschtheit, Voreingenommenheit – ein und bespricht mit den Lehrgangsteilnehmern, wie sie zu überwinden sind.

Was bei der Einführung neuer Mitarbeiter zu beachten ist, wie man Kritik übt, eine Beschwerde behandelt und eine Veränderung einführt, sind weitere Themen des Unterrichts.

Wie fördere ich die Gruppenarbeit, welche Gesetze gelten hierfür? Im Lehrgang werden die wesentlichen Prozesse, die in einer Gruppe ablaufen, skizziert, um aus ihrer Gesetzmäßigkeit die Kenntnisse zu gewinnen, die für die Führung unabdinglich sind.

Den Abschluß der Unterrichtseinheit „Menschenführung“ bilden Rollenspiele und Fallstudien.

## Vielfältige Aufgaben

Nächstes Ausbildungsthema sind die „Aufgaben eines Zugführers in Sanitätseinheiten“. So muß ein Einheitsführer u. a. selbständig Ausbildungspläne erstellen und Vorbereitungen für Alarmfälle treffen können. Die hier geforderte Gruppenarbeit macht allen Lehrgangsteilnehmern Spaß. Sie lernen gemeinsam, einen Jahresbildungs- und Dienstplan für einen Sanitätszug zu erstellen, und erarbeiten Ausbildungsbefehle für besondere Anlässe. Eine weitere Aufgabe ist es, verschiedene Alarmierungsmodelle mit Vor- und Nachteilen darzustellen.

Etwas trocken, aber dennoch wichtig, ist das anschließende Thema „Rechtskunde“. Es beinhaltet die Bestimmungen des Helferrechts und die für den Einsatzfall notwendigen Bestimmungen der Katastrophenschutzgesetze von Bund und Ländern. Informiert wird auch über die Rechte und Pflichten von Einheitsführern, wobei insbesondere auf die gesetzliche Verantwortung eines Einheitsführers für die ihm unterstellten Helfer hingewiesen wird.

## Der erste Test

Im folgenden Unterrichtsblock wird die Qualifikation des angehenden Zugführers als Ausbilder bewertet. Als Hausarbeit wurde von den Lehrgangsteilnehmern ein Kurzreferat vorbereitet. Das Thema: „Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten der Fachdienste sowie das Zusammenwirken im Einsatz“.

Die Unterrichtsvorbereitung und -methodik sowie die freie Rede und die fachliche Aussage sind die Kriterien für die Beurteilung des Vortragenden.

## Führungssystem transparent gemacht

Schon in den vorangegangenen Gruppenführerlehrgängen haben die Ausbildungsteilnehmer einen Einblick in das Führungssystem des Katastrophenschutzes erhalten. In der Zugführerausbildung wird dieses Wissen nun aufgearbeitet und vertieft. Am Schluß der Unterrichtseinheit muß der Lehrgangsteilnehmer die Führungsorganisation des Katastrophenschutzes beschreiben, den Begriff „Führungsvorgang“ definieren und darstellen können sowie die wichtigsten Führungsmittel und die Regeln der Befehlsgebung kennen.

## Praktische Beispiele

„Die Teilnehmer sollen die Einsatzgrundsätze des Sanitätsdienstes anhand praktischer Beispiele erlernen und die Anwendung üben“, ist ein weiteres Ausbildungsziel. Nach einer grundlegenden Darstellung durch Lehrgangsleiter Schmidt wird das Wissen in einem Planspiel angewendet.

Umfangreich ist auch das Thema „Einsatz des Sanitätsdienstes bei Gefahrgutunfällen und bei AC-Einsätzen“. In der folgenden Unterrichtseinheit wird gelehrt, wie eine Übung angelegt und durchgeführt wird, wobei die verschiedenen Übungsarten und -ziele dargestellt werden.

Gegen Ende des letzten Ausbildungswochenendes stehen die Themen „Zurechtfinden im Gelände“, „Befehls- und Meldetechnik“ sowie „Einrichten von Befehlsstellen“ auf dem Lehrplan.



Auf der Suche nach einem günstigen Halteplatz.

## Zeigen, was man kann

Eine große Übung dient dem Ziel, das gesamte Ausbildungsprogramm zu überprüfen. Jetzt heißt es für die Teilnehmer, die im Unterricht vermittelten theoretischen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen.

In einer letzten schriftlichen Prüfung, die alle im Zugführerlehrgang unterrichteten Themenbereiche abdeckt, wird getestet, ob die Lernziele der Ausbildung im erforderlichen Umfang erreicht wurden.

Ein Abschlußgespräch gibt Gelegenheit, die durchgeführte Übung sowie die schriftliche Prüfung zu besprechen und die Lehrgangsschwerpunkte noch einmal herauszustellen. Hier kann auch die Lehrgangskritik der Teilnehmer einfließen.

– güse –



## Quer durch Niedersachsen

### Hildesheim

Anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft wurde der langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter Wilhelm Zimnik nach Vollendung seines 67. Lebensjahres in den Ruhestand verabschiedet. Er war seit 1973 als Ausbildungs- und Aufklärungshelfer bei der Dienststelle Hildesheim tätig und nahm auch gleichzeitig die Funktion eines Beauftragten in der Gemeinde Schellerten wahr.

Für sein unermüdliches Tätigwerden in Selbstschutzangelegenheiten sprach BVS-Dienststellenleiter Jankowski anerkennende Worte aus und wünschte Wilhelm Zimnik für den wohlverdienten Ruhestand alles Gute. Der Helfervertreter der Dienststelle, Horst Plenz, würdigte ebenfalls die Verdienste von Wilhelm Zimnik und übergab zusammen mit dem Dienststellenleiter ein Präsent.

### Braunschweig

Auf Einladung des Katastrophenschutzleiters des Fernmeldeamtes Braunschweig, Wulf Geißler, besuchten die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Braunschweig die technischen Anlagen des Amtes. Begrüßt wurden sie vom Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, Herrn Sumpf. Bei einem Rundgang wurde das technische Angebot der Post vorgestellt. Im Anschluß daran wurden die Übertragungsmittel wie Kupfer- und Glasfaserkabel erläutert. Organisation und Arbeitspraktiken der Entstörsungsstelle wurden ebenfalls dargelegt. Bestaunt wurden auch die Schaltanlagen der Relaisstation. Bei der Besichtigung der Notstromversorgungsanlagen fand ein alter U-Boot-Dieselmotor, der als Antrieb für einen Generator dient, reges Interesse. In der anschließenden Diskussion wurde noch manche Frage beantwortet.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

### Wesseling

Mit mehr als 400 000 Besuchern war die 13. Großausstellung „Lebendiges schaffendes Rheinland“ in Wesseling auch in diesem Jahr außerordentlich gut besucht. Ein Erfolg, von dem auch der BVS profitierte, der sich erneut an dieser Schau beteiligte. Prominenteste Besucherin war Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, die bei einem Rundgang auch den BVS-Stand besuchte.



Bundestagspräsidentin Süsmuth läßt sich am BVS-Computer ihren persönlichen Notvorrat ermitteln.

### Menden

Ein Selbstschutztag in einem Kaufhaus – für die BVS-Dienststelle Hagen ein Experiment, das

Der hohe Gast aus Bonn ließ sich nach der Eintragung ins Gästebuch ausführlich über die Aufgaben und Ziele des BVS unterrichten.

Große Aufmerksamkeit widmete Frau Süsmuth, die von der Fachgebietsleiterin der BVS-Landesstelle, Brigitte Weißenhagen, und BVS-Dienststellenleiter Edgar E. Jansen über den Stand geführt wurde, der Computerberatung des BVS. Die Bundestagspräsidentin ließ sich dabei ausführlich informieren. Keine Frage, daß sich der Gast aus Bonn auch vom Computer den persönlichen Notvorrat ausrechnen ließ.

sich am Ende aber als erfolgreich erwies. Die Betriebsleitung des Kaufhauses in Menden und der BVS waren gleichermaßen angehan von den einzelnen Aktions-



Der BVS-Stand an zentraler Stelle im Kaufhaus.

(Foto: Stelten)

maßnahmen, so daß die Entscheidung nicht schwerfiel: Auch im nächsten Jahr soll es wieder einen Selbstschutztag im Kaufhaus geben.

Der Veranstaltung waren eine Woche zuvor ein Informationsvortrag und ein Fortbildungslehrgang mit den einzelnen Teilnehmern vorausgegangen. An Selbstschutztagen fanden besonders die praktischen Übungen, vorgeführt auf dem Flachdach der zweiten Kaufhaus-Etage, große Beachtung des Publikums, das die Aktionen von den Fenstern des Restaurants aus verfolgen konnte. Vorgeführt wurden das Ablöschen brennender Kleidung ebenso wie das Löschen eines Flüssigkeitsbrandes sowie die Bekämpfung eines Holzfeuers mit der Einstellspritze.

Darüber hinaus stellte sich der BVS mit einem Info-Stand und einem Filmwagen vor, aufgebaut auf dem Kaufhaus-Vorplatz. Auf großes Interesse stieß auch die BVS-Kleinausstellung im Parterre – wo sich zahlreiche Bürger ihren Lebensmittelvorrat für 14 Tage errechnen ließen.

### Recklinghausen

Die Zusammenarbeit mit der regionalen Presse stellt ohne Zweifel einen wichtigen Faktor in der Öffentlichkeitsarbeit dar. Diese Feststellung traf BVS-Dienststellenleiter Franz Bienbeck zum Ende einer Informationsveranstaltung, um dies auch gleich anhand von Zahlen zu belegen: 1988 sind im Bereich der Dienststelle Recklinghausen 220 Zeitungsartikel mit einer Gesamtauflage von 4 267 560 Exemplaren erschienen, die sich mit dem BVS beschäftigten. Bienbeck: „Dies ist zwar nur eine Zahlenspielerei, doch auch ein Beweis für gute Zusammenarbeit“.

Bei der Informationsveranstaltung, die mit der Besichtigung eines Zeitungshauses abgeschlossen wurde, würdigte der Dienststellenleiter gegenseitiges Vertrauen und das Wissen um den jeweiligen Partner als wichtige





Nach der Besichtigung stellen sich die BVS-Mitarbeiter dem Fotografen.

Voraussetzungen für jede gute Zusammenarbeit. Der Dienststelle Recklinghausen sei es gelungen, in vielen Gesprächen und Veranstaltungen den Journalisten der verschiedenen Regionalzeitungen die Aufgaben des BVS näherzubringen.

### Recklinghausen

Die Ausstellungsreihe „Die Frau im Selbstschutz“ soll im Laufe des Jahres allen Kreditinstituten des Kreises Recklinghausen gezeigt werden. Anfang dieses Jahres wurde in der Stadtsparkasse Recklinghausen der Startschuß gegeben.

Bei der Eröffnung wünschte Direktor Helmut Teske von der Stadtsparkasse der Aktion ein gutes Gelingen. Die Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit der BVS-Landesstelle, Karin Rösler, erhofft sich durch Veranstaltungen

solcher Art Impulse für die Frauenarbeit.

Im Vorfeld der Ausstellungsreihe hatten Vertreter der Kreditinstitute an Zivilschutztagungen in der BVS-Landesschule Körtlinghausen teilgenommen, um sich über die Aufgaben des BVS, speziell im Kreis Recklinghausen, zu informieren. Dabei wurde auch die Idee einer Wanderausstellung im Kreis Recklinghausen geboren.

### Wesel

Eine rege Öffentlichkeitsarbeit verzeichnet die BVS-Dienststelle Wesel, insbesondere seit Beginn dieses Jahres. Nach eingehenden Informationsgesprächen konnten fünf neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die ehrenamtliche Tätigkeit im BVS gewonnen werden, und zwar in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung.



Bei der Eröffnung der Ausstellung in Recklinghausen (v. links): BVS-Dienststellenleiter Bienbeck, zwischen den beiden BVS-Mitarbeiterinnen Heike Brüggemann und Karin Rösler Sparkassendirektor Teske, rechts BVS-Mitarbeiter Mecuhs. (Foto: Päge)

Im Dienststellenbereich wurden an drei verschiedenen Orten Info-Stände in Verbindung mit Wochenmärkten oder in Fußgängerzonen errichtet. Die Bilanz der Pressearbeit: In acht Zeitungen erschienen Artikel mit Berichten über den BVS.

### Wülfrath

„Wer selbst für die Gefahren des täglichen Lebens vorsorgt, ist angesichts von Unfällen oder Katastrophen nicht hilflos“. Mit dieser Feststellung eröffnete Bürgermeister Dr. Heinz Puls im Wülfrather Rathaus die Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“.

Vor Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung hob das Stadtoberhaupt hervor,

men jeder seine eigene Sicherheit und seinen eigenen Schutz verbessern kann.

Der Erfolg der Ausstellung zeigte sich am Besuch besonders vieler junger Menschen. So kamen allein 150 Schüler mit ihren Lehrern. Eine Tatsache, die von Dienststellenleiter Werner Hachen mit besonderer Genugtuung registriert wurde.

### Wuppertal

Auf 30jährige ehrenamtliche Tätigkeit konnte jetzt Fritz Hufschmidt zurückblicken. Drei Jahrzehnte Mitarbeit, die von Engagement geprägt waren, wie BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann erklärte, der dem langjährigen Mitarbeiter gratulierte. Den Jubilar, der Ehrenurkunde und



BVS-Dienststellenleiter Hachen (links) und Bürgermeister Dr. Puls beim Abhören der Sirensignale. (Foto: Spilker)

die Namen von Seveso, Bhopal, Tschernobyl und Herborn stünden für Gefahren des technischen Zeitalters. Der Schutz vor Unfällen und Gefahren, die technologische Entwicklungen mit sich brächten, gehörten heute zu den wichtigsten Aufgaben des Staates.

Gerade der Bereich der persönlichen Vorsorge, so der Bürgermeister, sei aber trotz aller öffentlichen Einrichtungen wichtig. Es gelte, persönliches Engagement und staatliche Planung sinnvoll und zweckmäßig zu ergänzen.

Die Besucher der Ausstellung, die knapp eine Woche lang zu sehen war, konnten sich darüber informieren, wie die staatliche Hilfe aufgebaut ist, wie sie funktioniert und mit welchen Maßnah-

Ehrengabe des BVS erhielt, beglückwünschte auch Landesheferevertreter Gerhard Knuth. Von ihm erhielt Fritz Hufschmidt zur Erinnerung an langjährige Zusammenarbeit ein Präsent überreicht.

Fritz Hufschmidt war als ehrenamtlicher Helfer zunächst mit organisatorischen Aufgaben betraut, so ab 1960 in der Funktion eines Teilabschnittsleiters. In den beiden letzten Jahrzehnten war er im Bereich Öffentlichkeitsarbeit tätig. So betreut er seit 1976 regelmäßig das Schutzraummodell in der Fertighausausstellung in Wuppertal-Oberbarmen.

Fritz Hufschmidt ist dank langjähriger Erfahrung und mit Hilfe eines intensiven Studiums der gängigen Fachliteratur zu einem



anerkannten Fachmann für Baufragen geworden.

Zu den Gratulanten zählte schließlich auch BVS-Dienststellenleiter Werner Hachen, der dem „30jährigen“ weiterhin alles Gute wünschte.

## Hessenspiegel

### Rosbach-Rodheim

Rosbach rief als erste Stadt im Wetteraukreis zur Teilnahme an einem Sicherheitswettbewerb auf. Unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ organisierte der Bundesverband für den Selbstschutz, Dienststelle Friedberg, diesen Wettbewerb im Bür-

gerhaus Rosbach-Rodheim. Aktiv beteiligt waren die Hilfsorganisationen Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Malteser-Hilfsdienst, Deutsches Rotes Kreuz, Freiwillige Feuerwehr Rodheim, Technisches Hilfswerk sowie die Polizei.

Die Bevölkerung war eingeladen, ihr Wissen und Können auf dem Gebiet des Selbst- und Katastrophenschutzes unter Beweis zu stellen.

Bürgermeister Detlef Brechtel begrüßte Bürger sowie die Mitarbeiter und Helfer der Organisationen und eröffnete den Wettbewerb mit dem Wunsch, daß noch mehr Bürger mit den Selbsthilfemaßnahmen vertraut werden.

An die erfolgreichsten Teilnehmer wurden wertvolle Sachprei-

se, gestiftet von der Stadt Rosbach und dem BVS, vergeben. Der Sieger des Sicherheitswettbewerbs, Uwe Steib aus Rodheim, erhielt als „Siegprämie“ ein Löschgerät.

### Grünberg

In Grünberg im historischen Rathaus, das zentral auf dem Marktplatz steht, wurde am 14. März 1989 die Ausstellung: „Zivilschutz – mit dem Bürger, für den Bürger“ von Schirmherrn Bürgermeister Siegbert Damaschke und BVS-Dienststellenleiter Josef Schramm eröffnet. Zur Eröffnung erschienen zahlreiche geladene Gäste. Schirmherr Bürgermeister Damaschke hob in

seiner Ansprache die Notwendigkeit des Zivilschutz und des Selbstschutzes, besonders aber den Schutzraumbau hervor.

Mit Plakaten und Straßenaktionen wurde zusätzlich auf die Ausstellung aufmerksam gemacht. Die interessierten Bürger konnten diese Ausstellung bis 23. März 1989 sehen.

### Wiesbaden

Am 1. Juni 1989 wurde in der BVS-Landesstelle Hessen Werner Hachen in sein Amt als Landesstellenleiter eingeführt. Aus diesem Anlaß fanden sich zahlreiche Vertreter aus dem Hessischen Innenministerium, dem Technischen Hilfswerk, dem Warnamt

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgende aufgeführte Stellen zu besetzen:

### 1. Leiter-/in der BVS-Dienststelle Braunschweig

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort  
Kennziffer: 18/89

### 2. Fachgebietsleiter-/in Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Hessen

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort  
Kennziffer: 19/89

### 3. Lehrer-/in an der BVS-Schule Körtlinghausen

Verg.-Gr. IV b BAT – ab 01. 08. 1989  
Kennziffer: 20/89

### 4. Lehrer-/in an der BVS-Schule Birkenfeld

Verg.-Gr. IV b BAT – ab 01. 01. 1990  
Kennziffer: 21/89

### 5. Fachbearbeiter-/in im Fachgebiet Ausbildung bei der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen

Verg.-Gr. V b BAT – ab 01. 12. 1989  
Kennziffer: 22/89

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bei den Positionen zu 3) und 4) werden besonders pädagogische und didaktische Fähigkeiten erwartet.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind unter Angabe der entsprechenden Kennziffer bis 31. 07. 1989 zu richten an:

### Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –  
Deutscherstr. 93 – 95  
5300 Bonn 2

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderungen übersandt.

Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.



VI, der Oberpostdirektion Frankfurt/M., der Bundesbank und der Bundesbahn in der Landesstelle in Wiesbaden ein.

Der Direktor des BVS, Helmut Schuch, ging in seiner Rede auf die derzeitige Situation des Verbandes sowie auf den Stand und weiteren Verlauf des zur Zeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes ein.

Im Zusammenhang mit der Problematik des Selbstschutzes sprach er die weit verbreitete Einstellung des Bürgers an, der erwarte, daß der Staat eine Art „Vollkaskoversicherung“ gegen alle Arten von Gefahren einrichtet. Der Bürger aber selber in zu geringem Maße bereit sei, Vorsorgemaßnahmen im Sinne des Selbstschutzes zu treffen.

Zum Schluß seiner Rede wünschte Direktor Schuch, ebenso wie der Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Manfred Diener, Helfervertreter Peter Breitmeier und die ehrenamtliche Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, Hannelore Klingelhöfer-Bartholomäus, Werner Hachen alles Gute und viel Erfolg bei seinen neuen Aufgaben.

Der Leiter der Abteilung VI beim Hessischen Minister des Innern, Ministerialdirigent Pflock, überbrachte die Grüße vom Innenminister Milde sowie der Landesregierung und erläuterte die geplante Gesetzesänderung aus seiner Sicht.

Aloys Wagner, Dienststellenleiter in Friedberg, wünschte im Namen der hessischen BVS-Dienststelle Werner Hachen alles Gute für seine zukünftige Arbeit.

Dipl.-Ing. Tholen, Leiter des Warnamtes VI, dankte dem BVS für die bisher für den Warndienst geleistete Öffentlichkeitsarbeit und hob die in Hessen besonders gute Zusammenarbeit zwischen dem Warndienst, dem Technischen Hilfswerk und dem BVS hervor.

### Frankfurt

In der BVS-Dienststelle Frankfurt wurde Günther Greulich zum Helfervertreter gewählt. 1. Stellvertreter ist Ottmar Geisel, 2. Stellvertreter Matthias Walheim, Dienststellenleiter Kärchner beglückwünschte die Helfervertre-

ter und wünschte sich eine gute Zusammenarbeit.

Peter Breitmeier, Landeshelfervertreter für Hessen, freute sich, daß alle drei amtierenden Helfervertreter wieder gewählt wurden und meinte, daß es sicher gut sei, ein bewährtes Team an der Spitze der Helferschaft zu haben, das auch über einen guten Konsens zur Dienststellenleitung und zu den hauptamtlichen Mitarbeitern habe.

### Frankfurt

Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft wurde BVS-Mitarbeiter Helmut Riedel für zehn Jahre ehrenamtliche Mitarbeit geehrt. In seiner Ansprache hob Dienststellenleiter Kärchner das Engagement Riedels für den Selbstschutz hervor.

Günther Greulich, Helfervertreter der Dienststelle Frankfurt, gratulierte dem Geehrten ebenso wie Landeshelfervertreter Peter Breitmeier.

Die Glückwünsche der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlossen sich an.

### Südwest aktuell

#### Stuttgart

Die BVS-Landesstelle Baden-Württemberg kann eine erfolgreiche Bilanz ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ziehen. Sie umfaßt nicht nur Veröffentlichungen in Zeitungen, sondern auch Sendungen im Hörfunk. Der Grundstein für diesen Erfolg wurde durch mehrere Schulungsveranstaltungen auf dem Gebiet der Pressearbeit gelegt.



Im Studio: Dieter Thomas Heck und BVS-Mitarbeiter Hiersche.

Im Jahr 1988 folgte ein intensives Seminar über die „Neuen Medien“. Hier wurde mit sämtlichen BVS-Dienststellenleitern des Landes das Verhalten vor dem Mikrofon im Hinblick auf die zu erwartende verstärkte Tätigkeit von Regional- und Lokalsendern im Landesbereich geübt; bereits gemachte Erfahrungen wurden ausgewertet und die Vorbereitung durch gemeinsames Erarbeiten von Argumentationshilfen unterstützt.

Die Landesstelle bereitete die Zusammenarbeit mit den Hörfunkstationen dadurch vor, daß die Redaktionen Informationen über den BVS und seine Aufgaben sowie die Anschriften aller Dienststellen erhielten. Seitdem berichten sämtliche BVS-Dienststellen regelmäßig den Redaktionen der Hörfunkanstalten über Ausstellungen, Lehrgänge und sonstige Aktionen.

Der Erfolg ist erfreulich: Von Januar bis Ende März 1989 wurde im Rundfunk bereits 15 mal über den BVS berichtet. Davon wurden 14 Sendungen über private Sender verbreitet, eine Sendung fand im öffentlich-rechtlichen Südwestfunk Baden-Baden statt. Alle Sendungen umfaßten zusammen 135 Minuten; 20 Minuten entfielen auf den Südwestfunk, der etwa drei Millionen Hörer zählt. Seine Sendung „Gute Laune aus Südwest“ wird von prominenten, beliebten Moderatoren des Senders und von Gastmoderatoren gestaltet und erfreut sich besonderer Beliebtheit.

Ein herausragender Höhepunkt war eine Sendung mit Dieter Thomas Heck, der die Hörer aufforderte, an den im Studio anwesenden Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle Baden-Württemberg, Ingo Hiersche,

Fragen über den BVS zu stellen. Die anfragenden Hörer und Hörerinnen erhielten zusätzlich Informationsmappen des BVS, um ihnen die Möglichkeit zur noch umfassenderen Information zu geben und für ihr Interesse zu danken.

### Rottweil

Im Rahmen eines Jahrestreffens der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Rottweil konnte BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach



BVS-Landesstellenleiter Raach gratuliert Jörg Eiermann zum Jubiläum.

langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter auszeichnen.

Die Ehrenurkunde für zwanzig Jahre ehrenamtliche Mitarbeit erhielt Fachlehrer Jörg Eiermann, die Urkunde für zehn Jahre ehrenamtliche Tätigkeit der BVS-Bauftragte für die Stadt Singen, Ernst Grözinger.

### Villingen-Schwenningen

In Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Villingen-Schwenningen, Dr. Gerhard Gebauer, wurde der Volkshochschule Villingen-Schwenningen die BVS-Medaille „Für gute Zusammenarbeit“ verliehen. Aus der Hand von BVS-Dienststellenleiter Karl-Heinz Meister nahm die Leiterin der VHS, Frau Dr. Christel Pache, die Auszeichnung entgegen.

In seiner Laudatio wies Meister auf die besondere Verdienste der VHS bei der Förderung des Selbstschutzgedankens hin





Frau Dr. Pache, Oberbürgermeister Dr. Gebauer und BVS-Dienststellenleiter Meister (v. links) bei der Verleihung der BVS-Medaille.

und lobte das unbürokratische Miteinander von Volkshochschule und BVS-Dienststelle.

### Ulm

„Mit der Ausbildung im Selbstschutz sollte man so früh wie möglich beginnen“. Diese Auffassung vertrat die Gemeindefereferentin der Katholischen Kirchengemeinde, Frau Häußler, in Wangen (Krs. Göppingen) als sie der

Jugendgemeinschaft den Selbstschutz-Grundlehrgang anbot.

20 Jugendliche entschlossen sich spontan zur Teilnahme. An vier Abenden wurde Wissen vermittelt und den Teilnehmern aufgezeigt, daß Helfen erlernbar ist.

Daß die beiden ehrenamtlichen Mitarbeiter, Herbert Kalla sen. und Günter Kalla jun., den Lehrgang abwechslungsreich, interessant und lebendig gestaltet haben, wurde in einem nachträglichen Dankesbrief bestätigt.

### Friedrichshafen

Von einem „positiven Trend“ der 40. Internationalen Bodenseemesse berichtet die Messeleitung. Der BVS konnte von dieser Entwicklung profitieren. Vom 29. April bis zum 7. Mai war die Ausstellung „Zivilschutz – mit dem Bürger – für den Bürger“ auf der IBO in Friedrichshafen vertreten. Parallel zur Ausstellung demonstrierte die BVS-Dienststelle Ravensburg auf dem Frei-

gelände selbstschutzmäßiges Verhalten. Das Ablöschen in Brandgeratener Kleidung sowie die Rettung aus dem Kraftfahrzeug wurden gezeigt. Beides stieß bei den in- und ausländischen Besuchern auf großes Interesse.

Der Geschäftsführer des Vorarlberger Zivilschutzverbandes, Albert Sepp, aus Feldkirch und die Vertreter des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung des Fürstentums Liechtenstein, Tschugmell und Vogt, ließen sich von BVS-Mitarbeitern

Franz Fuchs die Ausstellung erläutern.

Der BVS war bereits zum 20. Mal auf der IBO vertreten. BVS-Dienststellenleiter Ortel konnte aus diesem Anlaß dem Objektleiter der Messe, Jürgen Klingestijn, die BVS-Medaille „Für gute Zusammenarbeit“ überreichen. Klingestijn hat in den vergangenen 20 Jahren dem BVS bei der Vorbereitung der Ausstellungen stets beratend und unterstützend zur Seite gestanden.



Die BVS-Mitarbeiter Fuchs, Hiersche und Ortel (2.-4. v.l.) konnten Ferdinand Vogt (links) und Franz Tschugmell (rechts) als Gäste aus Liechtenstein begrüßen.

## GZS Berlin



# Alarm- und Räumungsübungen oder Räumung eines Gebäudes im Notfall

Die Gesellschaft für den Zivilschutz hat sich, wie bereits mehrfach berichtet, zu einem geachteten Partner in der Gefahrenabwehr für die Bevölkerung, Betriebe und Behörden entwickelt.

Die auf Grund der alliierten Vorbehalte nicht anwendbaren Zivilschutzgesetze, insbesondere des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, wirkten in den 70er Jahren hemmend. Anfang der 80er Jahre konnten die Schwierigkeiten durch die Gesellschaft überwunden werden, da sie sich ab dem Zeitraum weniger an Formalien als viel mehr am Bedarf orientierte.

Der eindeutige Schwerpunkt liegt bei der Abwehr von Brandgefahren und der Rettung von gefährdeten Personen. Hierunter

verstehen man in Berlin-West nicht nur die Unterweisung der Brandschutzkräfte im Rahmen von Fachlehrgängen „Brandschutztrupp“, „Brandschutzstaffel“ und „Brandschutzgruppe“, sondern auch das Räumen von Gebäuden aller Art.

Nachdem die Gesellschaft auf Wünsche nach fachlicher Unterstützung von Räumungsübungen ablehnend reagierte, konnte diese Auffassung auf längere Sicht nicht durchgehalten werden, zumal die fachliche Kompetenz durch die diversen Brandschutzveranstaltungen nachdrücklich unter Beweis gestellt worden waren.

Nachdem den Wünschen, insbesondere aus dem Bereich der Berliner Verwaltung, nachgegeben wurde, schnellte die Ver-

anstaltungsart unter der Bezeichnung „Alarm- und Räumungsübung“, bezogen auf die Gesamtzahl der jährlich durchgeführten Veranstaltungen, nach oben. Seit 1985 führt die GZS rund 1/3 aller Veranstaltungen als Räumungsübungen durch.

Unter diesen Aspekten sollen die fachlichen Hintergründe, die Art der Durchführung und die Folgewirkungen betrachtet werden.

### Fachliche Hintergründe

Bei Schadensereignissen aller Art greift die gut ausgebildete und ausgerüstete Berliner Feuerwehr im Rahmen behördlicher

Hilfeleistung ein. Je nach Größe eines Schadensereignisses und den ggf. davon ausgehenden Gefahren kann die Feuerwehr auf die Kräfte des Katastrophenhilfsdienstes zurückgreifen.

Bei größeren Schadensereignissen, insbesondere bei Großschadensereignissen wird die behördliche Hilfeleistung konzentriert sein, so daß kleinere oder erst später eintretende Schadensereignisse zunächst unberücksichtigt bleiben müssen.

Diese Möglichkeit wird in einer hoffentlich nicht eintretenden, jedoch auch nicht völlig ausschließenden bewaffneten Auseinandersetzung zur Normalität.

Die Einführung sogenannter Streuwaren weltweit, kann bei einer Auseinandersetzung dazu führen, daß eine Hilfeleistung



des erweiteren Katastrophenschutzes bzw. des Berliner Katastrophenhilfsdienstes nach Waf-fenwirkungen für Stunden oder gar Tage unmöglich sein wird. Durch eine Vielzahl von Explosionen werden zahlreiche unge-schützte Menschen verletzt werden können und eine größere Zahl von Bränden in Wohn- und Verwaltungsgebäuden, aber auch Produktionsstätten, entstehen.

Wo insbesondere eine sofortige erfolgreiche Brandbekämpfung nicht möglich ist, werden die Betroffenen gezwungen sein, die Gebäude, unter Mitnahme von älteren Menschen, Kranken, Schwer- und Schwerstverletzten, Behinderten und Kindern zu verlassen.

Das geordnete Räumen von Gebäuden bedarf der sorgfältigen Planung, der Schulung der mit der Leitung und Durchführung der Räumung Beauftragten und letztlich der steten Übung.

## Art der Durchführung

Nachdem die fachliche Unterstützung diverser Einrichtungen in der Stadt bei Gebäuderäumungen prinzipiell durch die GZS be-jahrt wurde, galt es, die eigenen haupt- und ehrenamtlichen Fach-lehrer und Helfer in die neue Thematik einzuweisen.

Hierzu boten sich, da bekannt und überschaubar, zunächst Kin-dertagesstätten und Schulen aller Art an. Parallel dazu wurde ein Räumungsprotokoll entwickelt, daß nach vollzogener Alarm- und Räumungsübung durch die eigenen Mitarbeiter ausgefüllt und den übenden Einrichtungen, häufig aber auch den vorgesezten Stellen, hinterlassen wurde.

Das Protokoll hält alle wesent-lichen Erkenntnisse der jeweili-gen Räumung fest und ermöglicht daher eine Verbesserung der Ge-fahrenabwehr. Obwohl in den Räumungsprotokollen darauf hin-gewiesen wird, daß die Hinweise nur auf den eigenen Beobachtun-gen beruhen, in keiner Weise eine Rechtsverbindlichkeit dar-stellen und auch von behördli-chen Auflagen nicht befreien, nehmen die übenden Einrichtun-gen die Hinweise sehr ernst. Über längere Zeit kann immer wieder festgestellt werden, daß

Verbesserungen in der Gefahren-abwehr vorgenommen werden und insbesondere die Schulung und Einweisung der Mitarbeiter intensiviert wird. Daneben werden die Planungsunterlagen über-arbeitet.

Zahlreiche Einrichtungen zie-hen die GZS kontinuierlich zu derartigen Übungen heran. Zu einer großen Zahl von Einrichtun-gen hat sich ein derartiges Ver-trauensverhältnis entwickelt, daß darauf bestanden wird, Räu-mungsübungen nach Planung der Gesellschaft, ohne jede Voran-kündigung, durchzuführen. Im Normalfall ist der Termin der Übung vereinbart und melden sich die mit der Durchführung beauftragten Mitarbeiter bei dem Leiter der Behörde oder dem Si-cherheitsbeauftragten.

Nach kurzer, wechselweiser Information wird der Hausalarm ausgelöst. Dies ist dann problem-lös möglich, wenn eine zentrale Alarmanlage vorhanden ist. Im an-deren Fall sind alle dafür geeig-neten technischen Hilfsmittel wie Handsirenen, Rundspruchanlagen, Preßluftfanfaren usw. zur Alarmierung einzusetzen.

Der Zeitpunkt der Alarmauslö-sung wird festgehalten und die Räumung des Gebäudes beobach-tet. Mit Auslösung des Räumungs-signals hat zunächst jeder Fen-ster und Türen zu schließen, je-doch nicht abzuschließen und über den vorgesehenen Flucht-weg das Gebäude zügig zu verlas-sen. Hier sollen alle ortsfremden Personen wie Besucher, Vertre-ter, Handwerker usw. über die Räumung informiert und mitge-nommen werden.

Zur Flucht der bedrohten Per-sonen sollen nicht nur die übli-chen Flure und Treppenhäuser benutzt werden, sondern auch die vorhandenen Notausgänge - Nottreppenhäuser und Feuer-treppen.

Nicht selten wird bei Räu-mungsübungen jedoch festge-stellt, daß in den für den Notfall vorgesehenen Treppenhäusern Gegenstände aller Art die Flucht behindern oder unmöglich ma-chen. Häufig findet man auch Notausgänge verschlossen oder ohne Panikverschluss vor.

Derartige Nachlässigkeiten können viele Menschen das Le-ben kosten. Sie werden daher aufmerksam registriert und im

Protokoll festgehalten. Von gro-ßer Bedeutung ist auch und wird entsprechend beobachtet, ob nach Alarmauslösung noch die Aufzüge benutzt werden. Richtig wäre es, sie zentral gesteuert auf das Erdgeschloß herunter zu zie-hen und in geöffnetem Zustand zu setzen. In dem Zusammenhang ist eine Kennzeichnung „im Ge-fahrenfall nicht benutzen“ eigent-lich selbstverständlich. Die als Einsatzkräfte vorgesehenen Mit-arbeiter (Brandschutz- und Räu-mungshelfer) kontrollieren in ih-nen zugewiesenen Bereich, ob alle Räumlichkeiten, insbesondere Toiletten, Wasch-, Aufenthalts- und Pausenräume, Besucherzim-mer, Sanitätsräume, Aktenablage, Werkstatträume usw. verlassen wurden. Ggf. informieren sie über die ausgelöste Räumung Schwerhörige und Gehörlose und leisten oder organisieren die er-forderliche Hilfe.

Die mit der Kontrolle der Räu-me beauftragten Helfer halten untereinander Sichtkontakt und ziehen sich anschließend zurück. Hierbei sollen eventuell noch ge-öffnete Brand- und Rauchschut-türen manuell geschlossen werden, um der Brand- und Rauch-ausweitung im Rahmen des mög-lichen Einhalt zu gebieten und Zeit zu gewinnen. Auch sind selbstverständlich alle Be- und Entlüftungssysteme sowie Kli-maanlagen abzuschalten. Je nach Größe eines Gebäudes ist die vollzogene Räumung und Kontrol-le des zugewiesenen Abschnitts dem Stockwerkbeauftragten, Si-cherheitsbeauftragten oder Be-hördenleiter zu melden. Durch die Meldungen auf den Samm-elplätzen erhalten die Verantwortli-chen einen Überblick über Art und Umfang des Schadens und den Vollzug der Räumung.

Ergibt sich aus den vorliegen-den bzw. nicht abgegebenen Mel-dungen, daß möglicherweise Ge-bäudeteile nicht oder nur teilwei-se geräumt wurden, können die Verantwortlichen noch auf dem Sammelplatz Hilfeleistung organi-sieren und weitere Hilfe anfor-dern.

Sollen nach entsprechender Entscheidung eigene Einsatzkräf-te in das geräumte Objekt zur Schadensbekämpfung oder Ret-tung/Bergung wieder eindringen, sind geeignete Kleidung, Schutz-helme und ein Schutz der Atem-

wege (leichter Atemschutz) un-verzichtbar.

Die Sammelplätze müssen so gewählt sein, daß sie die gefähr-deten Personen zunächst prob-lemlos aufzunehmen vermögen.

Von hier aus wird auch im Rah-men der Gefahrenabwehr geführt und die eintreffenden Kräfte von Feuerwehr und Katastrophenhilfsdienst werden in die Lage eingewiesen. Die behörden- oder betriebseigenen Selbstschutz-kräfte unterstellen sich selbstver-ständlich den Fachkräften.

Sammelplätze müssen so ge-wählt sein, daß dort keine unmit-telbare Gefahr für Leib und Le-ben gegeben ist. Hier wäre ggf. auch die erste Verletztensamm-elstelle einzurichten.

Die Feuerwehrezufahrten sind unmittelbar nach Alarmauslösung zu öffnen und die Anfahrtwege, samt Stellflächen frei zu halten. Von daher verbieten sich auch alle Fahrzeugbewegungen mit Pkw durch die Mitarbeiter oder Be-wohner.

Je nach Art und Umfang des Schadensereignisses ist auch nicht auszuschließen, daß der Sammelplatz verlassen werden muß, wenn er nicht ausreichend sicher erscheint.

Ein anderer Grund für die Aufga-be des Sammelplatzes ist die Wit-terung, insbesondere Minustem-peraturen oder starker Regen. Dies ist sogar unvermeidbar bei kleinen Kindern, kranken und hilflosen Personen. Die Räumung und Verlegung von Kindergärten, Senioreneinrichtungen, Krankenhäusern und Krankenheimen ist daher im Schwierigkeitsgrad ganz oben anzusiedeln.

Nicht von ungefähr wird in dem Protokoll gefragt, ob ein Aus-weichquartier vorhanden ist. Wo dies verneint wird, werden ent-sprechende Anregungen oder Vorschläge zur gegenseitigen Hil-feleistung durch die eigenen Mit-arbeiter hinterlassen.

Nach Abschluß einer Räu-mungsübung erfolgt fast immer eine ausführliche Besprechung.

Helmut Nitschke



## Hamburg



### Hohe Auszeichnung für Archibald Felsch

**Hamburg.** Der stellv. Bezirksbeauftragte für Hamburg-Mitte, Archibald Felsch, wurde mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold ausgezeichnet.

Seit über 35 Jahren ist Felsch im Bezirksverband tätig. Er absolvierte seine Ausbildung zum Bergungszugführer und Ausbildungsleiter. An allen Einsätzen in Hamburg war er beteiligt, wovon besonders die Sturmflutenkatastrophen von 1962 und 1976 sowie der Waldbrand in Niedersachsen 1975 zu erwähnen sind.

Ein besonderes Verdienst erwarb sich Felsch durch die Ausgestaltung und Pflege der Patenschaft mit dem Berliner THW-Bezirksverband "Tiergarten-Wedding".

Noch heute beteiligt sich Felsch aktiv an der Ausbildung im Bezirksverband und nimmt als „Prüfer“ an der Grundausbildung teil.

Landesbeauftragter Trautvetter lobte in seiner Laudatio das aktive Wirken von Felsch und wünschte ihm noch viele Jahre der Mitarbeit zum Wohle des THW Hamburg.

A. K.

### Besuch aus Berlin

**Hamburg.** Seit 1972 besteht zwischen den THW-Bezirksverbänden Hamburg-Mitte und Berlin Tiergarten/Wedding eine Patenschaft.

Einmal im Jahr findet im Wechsel ein Besuch in Hamburg oder Berlin statt. Höhepunkt ist immer eine gemeinsame Übung im Bergungsdienst und der damit verbundene Austausch von Erfahrungen.

In diesem Jahr, zum 800. Hafengeburtstag, waren 15 THW-Helfer aus Berlin beim Bezirksverband Hamburg-Mitte zu Gast. Selbstverständlich war auch ein

umfangreiches Besuchsprogramm vorgesehen. So wurden z. B. Einheiten der Bundesmarine besichtigt und verschiedene Veranstaltungen im Hamburger Hafen besucht. Für die Landratten aus Berlin sicherlich ein unvergessliches Erlebnis.

A. K.

### D-Brückenbauübung in Hamburg

**Hamburg.** Mindestens einmal im Jahr übt die Brückenbaugruppe des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Altona mit einer 40-t-Brücke der Hansestadt. Auf dem Brückenlager der Baubehörde in Hamburg-Sinstorf wurde ein rund 15 Meter langes Brückenelement an einem Samstag gebaut. Um die Tragfähigkeit zu testen, mußte von der Brückenbaugruppe eigens eine provisorische Auffahrrampe angefertigt werden.

Nach acht Stunden harter Arbeit, mit Unterstützung eines Autokranes für die Fahrbahnplatten, konnte die D-Brücke mit verschiedenen Einsatzfahrzeugen befahren werden.

Brückenbauleiter Stefan Wohler war mit den Leistungen der eingesetzten Helfer zufrieden. Der Rückbau der Brücke erfolgte am darauffolgenden Wochenende.

A. K.



Die Junghelfer beim Wasserdienst.

(Foto: Krüger)

### Landesjugendlager in Hoya

**Hoya.** Unter der Leitung des Landesjugendleiters, Wilken, fand mit über 80 Junghelfern aus allen Hamburger THW-Bezirksverbänden an der KSB - Außenstelle Hoya - das diesjährige Landesjugendlager statt.

Auf dem Wasserübungsplatz der Schule gab es wieder einmal ausgezeichnete Möglichkeiten, den Junghelfern ein abwechslungsreiches Programm zu bie-

ten. Neben einem Sportturnier und vielen Spielen wurden im Bereich der Ausbildung folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Bau von behelfsmäßigen Wasserfahrzeugen,
- Bau von behelfsmäßigen Übergängen (Stegebau),
- Fahren auf dem Wasser,
- Retten aus Wassergefahren.

Den Abschluß des Landesjugendlagers bildete der Besuch einer Museumseisenbahn.

Nach drei Tagen kehrten die Junghelfer mit vielen neuen Eindrücken nach Hamburg zurück.

A. K.



Die Fahrbahnplatten werden eingesetzt.

(Foto: Krüger)

## Bremen



### Landeswettkampf der Bremer THW-Jugend

**Bremen.** Am 13. Mai veranstalteten die sechs Jugendgruppen des THW Bremen auf dem Gelände des Ortsverbandes Bremen-Vegesack ihren ersten Landesjugendwettkampf. Er begann um 10.15 Uhr mit dem Startschuß des Landesjugendleiters, Walter Huskamp.



Die Jugendgruppen hatten ein umfangreiches Programm zu absolvieren. Neben technischen Aufgaben, wie zum Beispiel dem Bau eines Leitersteiges über einen angenommenen Flußlauf und das Ausleuchten dieses Steiges mit Scheinwerfern, standen auch sportlich unterhaltsame Punkte auf dem Programm. Hierzu gehörten u. a. Schubkarrenrennen, Staffellauf und Stiefelweitwurf.

Sieger des Wettkampfes wurde die Jugendgruppe des THW-OV Bremen-Osterholz. Sie konnte aus der Hand des Justiz- und Sportsenators der Hansestadt, Volker Kröning, den Pokal für den ersten Platz entgegennehmen und darf im nächsten Jahr die Farben Bremens beim THW-Bundesjugendwettkampf vertreten. Die Jugendgruppen der Ortsverbände Bremen-Vegesack und Bremerhaven belegten den zweiten und den dritten Platz und erhielten von THW-Landesbeauftragten Günther Hildebrandt und Bundestagsabgeordneten Bernd Neumann ebenfalls Pokale. Weitere Auszeichnungen wurden durch den Vorsitzenden der THW-Helfervereinigung Bremen, Horst Werner, überreicht.

P. L.

## Nordrhein-Westfalen



## THW-Landeswettkampf in NRW

**Wanne-Eickel.** Am Samstag, 15. April 1989, führte der THW-

Landesverband Nordrhein-Westfalen in Wanne-Eickel die Endauscheidung des Landeswettkampfes des Bergungsdienstes durch. Qualifiziert hatten sich hierfür die zehn besten der insgesamt 312 Bergungszüge aus NRW. Die 28 Helfer starken Wettkampfmannschaften hatten ein umfangreiches Aufgabenspektrum zu erledigen:

### 1. Bau eines Trümmersteiges

Hier war aus bereitgelegten Hölzern ein etwa 15 Meter langer Trümmersteg mit zwei getrennten Gehbahnen für die Bevölkerung zu errichten, weil in Kürze mit eintretendem Hochwasser gerechnet wurde.

### 2. Retten einer eingeschlossenen Person

In einem zusammengebrochenen Gebäude befand sich eine verletzte Person, die unter erschwerten Umständen geborgen werden mußte. Der einzige Zugang zu dem Verletzten führte durch einen etwa 1 m x 1 m weiten Kriechgang. In diesem Kriechgang mußte zunächst ein großformatiger Doppel-T-Eisensträger mit dem Schneidbrenner durchtrennt und beseitigt werden. Anschließend waren zwei mit Bauschutt und einer Baustahlmatte angefüllte doppelte Holzwände zu durchbrechen. Die Einsatzkräfte arbeiteten sich dann durch Bauschutt zu dem Verletzten vor, leisteten ihm Erste Hilfe und transportierten ihn aus der Schadenstelle heraus.

### 3. Bergung eines Verletzten aus einem Kellerraum

Ein Arbeiter stürzte beim Versuch, sich aus dem Keller einer durch eine Explosion teilzerstörten Lagerhalle zu retten, etwa vier Meter ab und blieb verletzt



Bergungsarbeiten gehören zum Wettkampfprogramm.

liegen. Die Bergungshelfer mußten in dieser Lage erkennen, daß aus einem Behälter Kohlendioxid ausgetreten und dieses in den Keller geströmt war.

Die Bergung des Verletzten konnte nur unter „schwerem Atemschutz“ durchgeführt werden. Dabei wurde der Verletzte durch ein Atemschutzgerät beatmet und sanitätsmäßig versorgt. Da der Keller durch ein vier Meter hohes Baugerüst dargestellt war und sich der Verletzte nach der Bergung auf diesem befand, mußte er noch nach bergungstechnischen Gesichtspunkten abgelassen werden.

### 4. Fällen eines Baumes

Zur Gewinnung von Bauholz fällten die Bergungshelfer einen fünf Meter hohen Baum mit einer Stammdicke von 40 cm. Ausschlaggebend waren in diesem

Fall die fachgerechte Ausführung der Sägearbeiten und die Einhaltung der vorgegebenen Fallrichtung.

### 5. Prüfung des Gerätewartes

Einem Gerätewart der Einheit wurde eine zerlegte Petromax-Starklichtlaterne vorgelegt, bei der ein Teil fehlte. Der Gerätewart mußte erkennen, welches Teil fehlte und bekam dieses nach Benennung ausgehändigt. Anschließend mußte die Starklichtlaterne zusammengesetzt und in Betrieb genommen werden. Schließlich mußte der Gerätewart noch einen Fragebogen mit verschiedenen Fachfragen beantworten.

### 6. Prüfung eines Kraftfahrers

Ein Kraftfahrer der Einheit hatte bei dieser Aufgabe Fragen aus dem Prüfungskatalog aus der



Die Helfer bereiten den Bau eines Trümmersteiges vor.



Die THW-Mannschaft aus Bad Berleburg bei der Siegerehrung.



theoretischen Führerscheinprüfung der Klasse 2 zu beantworten.

7. Die Zusammenarbeit des Zugtrupps

Der Zugtrupp mußte einen umfangreichen Fragenkatalog beantworten; die Fragen bezogen sich auf das gesamte Spektrum der Führungsarbeit.

8. Einlage

Nach 45 Minuten Wettkampfzeit wurden die Wettkampfmannschaften zu einem Unglücksfall gerufen, bei dem Wasser in das Chemikalienlager eines Transportunternehmens strömte. Zunächst mußten hier die Chemikalien anhand der Gefahrgutaufkleber identifiziert und die drohenden Gefahren bei Berührung mit Wasser aufgezeigt werden. Anschließend wurde das Wasser über eine Schlauchdurchfahrt von 2,5 Meter Höhe und drei Meter Breite, die aus Bauholz hergestellt wurde, abgepumpt.

Insgesamt stellten die Aufgaben hohe Anforderungen an Helfer und Führungskräfte. Die Bewertung erfolgte durch Schiedsrichter des Bergungsdienstes und von verschiedenen Sanitätsorganisationen. Die Einheiten hatten bei der Bewältigung der Aufgabenstellungen weitgehend freie Hand. Die Cleverness und das Können schlugen sich dann zwangsläufig im Arbeitsergebnis nieder, das ebenso wie die Ausführung der Arbeiten bewertet wurde.

Als Novum bei einem nordrhein-westfälischen Landeswettkampf ist die realistische Verletzendarstellung zu werten, die durch die Jugendgruppe der Wasserwacht Bornheim bewerkstelligt wurde.

Bemerkenswerterweise konnten die Wettkampfmannschaften die gestellten Aufgaben komplett innerhalb der vorgegebenen Zeit von höchstens zwei Stunden lösen. Als klarer Sieger ging der 5. Bergungszug Bad Berleburg hervor, gefolgt vom 6. Bergungszug Bad Berleburg. Den dritten Platz belegte der 5. Bergungszug Bocholt. Es folgten der 4. Bergungszug Paderborn, der 3. Bergungszug Oelde, der 2. Bergungszug Stolberg, der 3. Bergungszug Grevenbroich, der 2. Bergungszug Kleve, der 5. Bergungszug Iserlohn-Kalthof und last not least der 2. Bergungszug Heiligenhaus.

A. G.

## Baden-Württemberg



### Hoher Besuch

**Trossingen.** Hohen Besuch hatte der THW-OV Trossingen. Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, H. G. Dusch, informierte sich anlässlich des 10. Treffens der baden-württembergischen Fernmeldezüge über



BZS-Präsident H. G. Dusch (Mitte) im Gespräch mit den Helfern.

(Foto: Lichtenwalter)

die Sorgen und Wünsche der Zugführer. Er ließ sich von der Einsatzleitung den Ablauf der Funkübung (Funk-Ausleuchtung der Kreise Konstanz, Schwarzwald-Baar und Tuttlingen) erläutern.

### Abenteuerliche Wochendfreizeit

**Böblingen.** Seit sich der THW-OV Böblingen unter der Leitung des Ortsbeauftragten, H.-D. Schühle, 1985 entschloß, aktiv an der Jugendarbeit im Kreis mitzuwirken, ist die Mitgliederzahl der THW-Jugendgruppe ständig gestiegen. Neben dem Angebot an attraktiver Freizeitgestaltung wird auf das Interesse der Jugendlichen für Technik in allen Bereichen eingegangen.

Durch die guten Beziehungen, die das Böblinger THW zu Vereinen unterhält, war es für die Jugendgruppe möglich geworden, ein Heim des CVJM in Mehrstetten (Kreis Reutlingen) für eine Wochenendfreizeit zu nutzen. Diese erste von mehreren geplanten Freizeiten sollte den Ju-

gendlichen ein attraktives Programm bieten und den Gruppenleitern die Möglichkeit geben, ihre auf Schulungen erworbenen Kenntnisse anzuwenden.

Neben Spielen und Unterhaltung wurden die Jugendlichen deshalb am Samstagvormittag mit Grundlagen der Ersten Hilfe und mit einfachen Bergungstechniken vertraut gemacht. So sind Rautek- und Rettungstragegriff keinem der im Durchschnitt 13 Jahre alten Teilnehmer mehr unbekannt. Am Nachmittag beim - von erfah-

löst und die abgeschlossene Übung von allen Beteiligten als besonderer Erfolg gebucht.

Das Ende der Freizeit stellte am Sonntagvormittag ein Besuch der Falkensteiner Höhle dar. Ausgerüstet mit Stiefeln, Schutzhelm und Kopfleuchte erlebten die Jugendlichen zum ersten Mal eine Höhle der Schwäbischen Alb im Naturzustand. Ein Mitglied der Jugendgruppe meinte begeistert: „Ein echtes Abenteuer!“ Die Jugendbetreuer Andreas Haug und Gerd Röder sehen zukünftigen Unternehmungen zuversichtlich entgegen: „Die Motivation und der Einsatz der Jugendlichen lohnen durchaus den hohen Vorbereitungsaufwand. Wir werden auch in Zukunft interessante Jugendarbeit anbieten.“ Als besonders erfreulich bezeichnen sie den freundschaftlichen Umgang unter deutschen und ausländischen Jugendlichen und den steigenden Anteil von Mädchen. K. H.

### Nachruf

Wir trauern um

**Werner Geisler**

Sachbearbeiter beim GFB Mannheim, der wenige Tage nach seinem 35. Geburtstag plötzlich und unerwartet verstorben ist. Sein stets heiteres, freundliches Wesen und sein Engagement für das THW werden wir alle sehr vermissen.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg  
Der Örtliche Personalrat



Ein jugendlicher Verletzendarsteller wird auf die Trage gelegt.

(Foto: Becker)



## Der Warndienst in der Bundesrepublik Deutschland

– Neufassung –

### I. Aufgaben des Warndienstes

1. Zu den Aufgaben des Zivilschutzes gehört es, die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die ihr im Verteidigungsfall drohen. Damit sollen die Auswirkungen eines Krieges auf die Bevölkerung so gering wie möglich gehalten werden. Diese Aufgaben sind gemäß den §§ 7 und 8 des Gesetzes über den Zivilschutz – ZSG – vom 8. August 1976 (BGBl. I, S. 2109) dem Warndienst (WD) zugewiesen.

Danach sind Aufgaben und Zuständigkeiten im Warndienst im wesentlichen zwischen Bund und Ländern, hier den Gemeinden, aufgeteilt.

Aufgaben des in bundeseigener Verwaltung geführten Warndienstes sind im einzelnen:

- Erfassung von Gefahren und Auswertung der Gefahreninformation;
- Öffentliche Warnung vor den Gefahren, die der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall drohen, mit Sirenen und über den Rundfunk;
- Öffentliche Entwarnung nach dem Ende der unmittelbaren Gefahren mit Sirenen und über den Rundfunk;
- Laufende Durchsagen an Behörden und größere Betriebe, die lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben, über die Gefahrenlage.

Die Gemeinden sind in Bundesauftragsverwaltung verpflichtet, die für die Warnung der Bevölkerung erforderlichen örtlichen Einrichtungen bereitzuhalten, einzubauen, zu unterhalten und zu betreiben.

2. Der Warndienst hat seine Aufgaben unter Beachtung des Artikels 63 Abs. 2 des IV. Gen-

fer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten durchzuführen.

Er hat daher alle Handlungen zu unterlassen, die geeignet sein könnten, militärische Maßnahmen auszulösen oder einen möglichen Gegner auf andere Weise zu schädigen.

Planung und Organisation des Warndienstes in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen diesem Schutzanspruch.

3. Bereits im Frieden hat der Warndienst folgende Aufgaben:

3.1 Die Ausbildung der Helfer und Führungskräfte, die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Übungen sowie die Überprüfung der Einsatzbereitschaft.

Das Personal des Warndienstes muß zur Wahrnehmung seiner Aufgaben durch eine entsprechende Ausbildung sowie in Übungen so geschult werden, daß es jederzeit einsatzbereit ist. Die Ausbildung wird als Ausbildung an den Arbeitsplätzen und in Lehrgangsform bei den Warnämtern selbst sowie an den Katastrophenschutz-Schulen der Länder, an Bundeswehr-Schulen und in Ausbildungseinrichtungen von Firmen durchgeführt.

Übungen des Warndienstes dienen vor allem dem gemeinsamen Training aller WD-Dienststellen im Warngebiet und im Bundesgebiet. Jährlich finden neben zwei bis vier Kurzübungen eine bundesweite WD Übung im nationalen Bereich und eine im internationalen Bereich unter Teilnahme des gesamten Warndienstes und anderer mit Zivilschutzaufgaben befaßten Stellen statt.

3.2 Die Unterhaltung, Instandsetzung und Verbesserung vorhandener Technik der Warnämter und WD-Leitmeßstellen in den Bereichen des Fernmeldewesens, der Strom- und Notstrom- sowie der Wasserversorgung, der Lüftungstechnik und der Abwasserbeseitigung.

3.3 Darüber hinaus hat der Warndienst im Rahmen des integrierten Meß- und Informationssystem des Bundes (IMIS) die Gamma-Ortsdosisleistung in Bodennähe sowie die nuklid-spezifische Bodenflächenkontamination zu messen und die Meßwerte nach Plausibilitätskontrollen weiterzuleiten (§ 11 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. §§ 2 Abs. 2, 4 Abs. 2 des Strahlenschutzvorsorgegesetzes vom 19. Dezember 1986; BGBl. I, S. 2610).

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet der Warndienst eng mit dem Institut für Atmosphärische Radioaktivität zusammen. Das Institut übernimmt die Interpretation der von ihm selbst, vom Warndienst und anderen Bundesstellen ermittelten Radioaktivitätsmeßwerte (Luft, Ortsdosisleistung, Sondernuklide) und leitet die aufbereiteten und zusammengefaßten Daten an die Zentralstelle des Bundes zur Überwachung der Umweltradioaktivität weiter.

4. Gemäß § 1 Abs. 2 ZSG können Einrichtungen und Anlagen des Warndienstes auch im Frieden auf Anforderung der zuständigen Landesbehörden eingesetzt werden.

Einrichtungen und Anlagen werden z. Z. wie folgt genutzt: Die Zivilschutz-Sirenen werden teilweise von Gemeinden zur Alarmierung der Feuerwehr bei Bränden und bei Unglücksfällen mitgenutzt.

– Unterrichts- und Unterkunfts-räume in den Warnämtern werden Dienststellen des Bundes und der Länder, die mit Zivilschutzaufgaben befaßt sind, für die Durchführung von Lehrgängen und Tagungen zur Verfügung gestellt.

– Das Personal der Warnämter wirkt mit bei der Ausbildung von Kräften aus anderen Bereichen des Zivilschutzes.

– Auf dem Gelände fast aller Warnämter werden Reinluftmessungen für das Umweltbundesamt und Klimabeobachtungen für den Deutschen Wetterdienst durchgeführt.

### II. Organisation des Warndienstes

Entsprechend den Aufgaben gliedert sich der Warndienst in eine zentrale Komponente, den bundeseigenen Warndienst, sowie in eine dezentrale Komponente, den örtlichen Warndienst. Beide Komponenten sind eng verzahnt und organisatorisch miteinander verbunden.

Für überregionale Gefahren ist der bundeseigene Warndienst bundesweit organisiert und zuständig. Die örtlichen Gefahren erfordern Organisationsbereiche und Zuständigkeiten auf Ebene der Gemeinden, der Kreise und kreisfreien Städte.

Zur Gewährleistung einer straffen und einheitlichen Durchführung des Warndienstes werden die zentralen Aufgaben in bundeseigener Verwaltung, die dezentralen Aufgaben überwiegend in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt. Der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik prägt den Warndienst ebenso, wie er die übrigen Bereiche des Zivilschutzes bestimmt.



Der Warndienst ist jedoch einer der wenigen Bereiche des Zivilschutzes mit einer deutlichen Konzentration von Bundesbefugnissen.

## 1. Der bundeseigene Warndienst

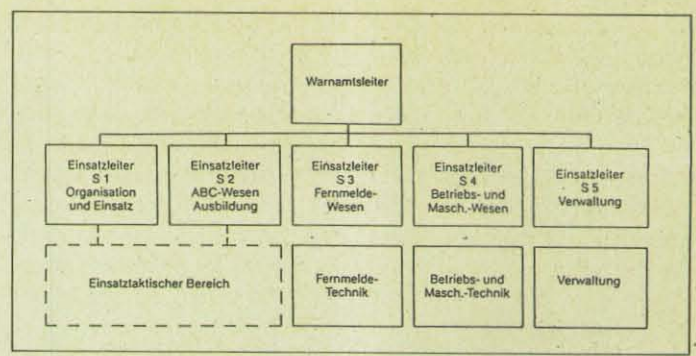
### 1.1 Warnämter

Das Bundesgebiet ist in zehn Warnggebiete eingeteilt. Ihre Grenzen decken sich weitgehend mit den Grenzen der Bundesländer. Die flächenmäßig großen Länder Bayern und Niedersachsen sowie das dicht bevölkerte Nordrhein-Westfalen teilen sich

auf jeweils zwei Warnggebiete auf. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie das Saarland sind in die sie umgebenden oder angrenzenden Warnggebiete einbezogen.

In jedem Warnggebiet ist ein dem Bundesamt für Zivilschutz unterstelltes Warnamt errichtet. Dort werden alle zentralen Aufgaben des Warndienstes für das zugehörige Warnggebiet wahrgenommen.

Die Anlagen eines Warnamtes bestehen aus dem Warnbunker, dem Verwaltungs- und dem Unterkunftsgebäude. Der Warnbunker ist als unterirdisches Schutz-



Organisation des Warnamtes (Friedensbetrieb).

bauwerk errichtet. Er enthält Funktions- und Unterkunftsräume für den Warnamtsbetrieb im Ein-

satz sowie die notwendigen versorgungstechnischen Anlagen und Einrichtungen. Im Warnbunker kann der Einsatzbetrieb für eine längere Zeit unabhängig von der Außenwelt durchgeführt werden.

Solange ein Aufenthalt im Warnbunker nicht erforderlich ist, kann das Personal im oberirdischen Unterkunftsgebäude untergebracht und versorgt werden. Hier stehen Wirtschafts-, Unterrichts- und Unterkunftsräume zur Verfügung. Im Frieden werden sie im Zusammenhang mit Ausbildungsveranstaltungen genutzt.

Das Verwaltungsgebäude enthält die zum friedensmäßigen Dienstbetrieb notwendigen Dienstzimmer sowie Lagerräume und Werkstätten.

Das hauptamtliche Stammpersonal eines Warnamtes besteht aus 29 Personen. Unter der Leitung eines Warnamtsleiters arbeiten in verschiedenen Sachgebieten fünf Einsatzleiter sowie Verwaltungs-, Fernmelde- und maschinentechnisches Personal.

Das hauptamtliche Personal wird im Einsatz und bei Übungen durch ca. 90 freiwillige Helfer verstärkt. Durch sie soll der Personalmehrbedarf gedeckt werden, der beim Ereignisfall gegenüber dem Normalbetrieb entsteht.

Helfer sind überwiegend Wehrpflichtige, die sich auf zehn Jahre zur Mitarbeit im Warndienst verpflichten und daher von der Ableistung ihres Wehrdienstes freigestellt werden.

### 1.2 WD-Verbindungsstellen

Zur Erfassung und Auswertung der Luftlage sind in vier Luftverteidigungsgefechtsständen der NATO-Streikräfte in der Bundesrepublik zivile WD-Verbindungsstellen eingerichtet. Das Personal einer WD-Verbindungsstelle besteht im Einsatz aus einem Leiter



Warnggebiete in der Bundesrepublik Deutschland.



der Verbindungsstelle, vier WD-Verbindungsführern und zwölf freiwilligen Helfern. Sie gehören als Angehörige des Warndienstes nicht zum militärischen Personal und nehmen in den Luftverteidigungsgefechtsständen ausschließlich Aufgaben des Warndienstes wahr.

### 1.3 WD-Leitmeßstellen

Zur Erfassung der Erdkampf- und der A/C-Lage sind in jedem Warngebiet als nachgeordnete Stellen der Warnämter drei bis fünf warndienstseigene WD-Leitmeßstellen eingerichtet. Sie sammeln Meldungen über Gefahren von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes oder sonstiger Stellen, werten sie aus, fassen sie zusammen und melden sie an das Warnamt weiter.

Die Ausdehnung eines WD-Leitmeßbezirkes entspricht etwa der eines Regierungsbezirkes. Im Bundesgebiet gibt es z. Z. 40 WD-Leitmeßstellen. Sie sind zum Teil auch in Schutzbauwerken untergebracht.

Das Personal der WD-Leitmeßstelle besteht aus 21 freiwilligen Helfern. Diese besetzen die WD-Leitmeßstellen im Frieden nur bei Ausbildungsveranstaltungen und bei Übungen, im Einsatz jedoch ständig.

### 1.4 Zivile ABC- und Luftlagemel-desammelstelle (ZALM)

Als nationale Warnzentrale der Bundesrepublik wird im Spannungs- und Verteidigungsfall beim Arbeitsstab des Bundesministers des Innern die ZALM eingerichtet.

Die ZALM ist die einsatzmäßige Führungsstelle des Warndienstes im Verteidigungsfall.

Ihre Hauptaufgaben sind das Darstellen der Gefahren- und Warnlage im Bundesgebiet, die Zusammenarbeit mit dem Rundfunk im Bereich des Bundesprogrammes, der Meldeaustausch mit den nationalen Warnzentralen der NATO-Nachbarländer und der Haupt-ABC-Meldezentrale der Bundeswehr. Die Auswertergebnisse der ZALM fließen ein in die Lagebeurteilung der Bundesregierung.

In Ausnahmefällen veranlaßt die ZALM auch eine Auslösung von Warnungen.

## 2. Der örtliche Warndienst

Der örtliche Warndienst gehört zum Aufgabengebiet des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde.

Die Gemeinden sind verpflichtet, die für die örtliche Warnung der Bevölkerung erforderlichen Warngeräte bereitzuhalten, einzubauen, zu unterhalten und zu betreiben.

Im Verteidigungsfall ist der örtliche Warndienst für den Einsatz der Warngeräte bei dezentraler, d. h. kleinräumiger Auslösung von Warnungen verantwortlich.

## III. Arbeitsweise des Warndienstes

### 1. Bedrohungsannahmen

Die Gefahren aus Kriegen der Vergangenheit sind bekannt, ebenso die entsprechenden Erfahrungen mit den in diesen Kriegen eingesetzten Warnmitteln.

Der heutige Warndienst kann sich nicht auf dieses Wissen beschränken. Er muß von dem gegenwärtigen Bedrohungsbild ausgehen. Dieses wird bestimmt durch Annahmen und Prognosen über neuartige Bedrohungsformen und moderne Bedrohungsmittel.

Für den Bereich der zivilen Verteidigung gibt es in der Bundesrepublik zwar kein „Kriegsbild“, die zivile Verteidigung als Teil der Gesamtverteidigung orientiert sich aber an den Strategien der NATO und des Warschauer Paktes. Bedrohungsannahmen können hierbei nicht völlig wertfrei sein, denn sie werden in erster Linie aus der Strategie eines möglichen Gegners entwickelt.

Ein bestimmtes „Feindbild“ soll hierdurch jedoch nicht geschaffen werden.

Bei seiner Arbeitsweise berücksichtigt der Warndienst daher auch die für die Streitkräfte allgemeingültigen Prognosen möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen in Mitteleuropa. Die Prognosen sind in dem NATO-Konzept der „Flexiblen Antwort“ (flexible response) enthalten.

Dem folgend wird davon ausgegangen, daß das Funktionieren des Warndienstes in den Phasen

der konventionellen Kriegführung bis zum ersten Einsatz von C-Waffen bzw. A-Waffen sichergestellt sein muß. Ebenso muß er in den Anfangsphasen einer atomaren Eskalation erste Warnmaßnahmen zentral und dann lageabhängig eventuell noch teilweise dezentral erfüllen können.

In einem totalen taktischen oder strategischen Atomkrieg kann mit den Mitteln des Warndienstes keine Schutzzuwachs erreicht werden. Diese Stufe eines Krieges übersteigt jedoch die Bedrohungsannahmen, die der zivilen Verteidigung der Bundesrepublik zugrundegelegt sind.

Warnorganisationen und Warnmittel müssen somit in der Lage sein, Gefahren aus der Luft und sonstige konventionelle Gefahren sowie radioaktive und chemische Gefahren rechtzeitig zu erkennen und die Bevölkerung innerhalb realistischer Zeiten vor ihnen warnen zu können.

### 2. Gefahrenerfassung

#### 2.1 Erfassung und Auswertung der Luftlage

Für die Feststellung, ob aufgrund erkannter Gefahren Luftalarm oder Entwarnung auszulösen ist, sind die WD-Verbindungsstellen zuständig. Grundlage dieser Feststellung ist die von militärischer Seite zur Verfügung gestellte Luftlageinformation.

Die vier WD-Verbindungsstellen sind die Bindeglieder des Warndienstes zur militärischen Luftverteidigung der NATO. Sie verfügen auf entsprechenden Geräten und Darstellungseinrichtungen über alle Informationen, die zur Beurteilung der Luftlage sowie zur Auslösung von Warnungen und Entwarnungen erforderlich sind.

Werden aufgrund ihrer Lagebeurteilung Gefahren aus der Luft für die Bevölkerung festgestellt, fordern die WD-Verbindungsstellen über direkte Fernsprechverbindungen die Warnämter zur Auslösung von Luftalarm auf.

Bestehen keine unmittelbaren Gefahren aus der Luft mehr, wird auf demselben Wege zur Entwarnung aufgefordert.

Neben diesen Haupttätigkeiten informieren die WD-Verbindungsstellen die ZALM und die Warnämter ständig über die Luftlage. Diese Informationen werden in

den Warnämtern ausgewertet und als Warndurchsagen über Warnstellen oder Rundfunk an die Bevölkerung weitergegeben. (Siehe Abb. nächste Seite)

#### 2.2 Erfassung und Auswertung der Erdkampf- und der A/C-Lage

Erkenntnisse über Gefahren für die Bevölkerung, die von Erdkampfhandlungen oder durch den Einsatz von A- oder C-Waffen ausgehen, muß das zivile Erfassungssystem liefern. Dabei stützt sich der Warndienst auf seine eigenen Einrichtungen (die WD-Meßstellen, WD-Leitmeßstellen, WD-Verbindungsstellen und Warnämter) ab.

Zusätzliche Daten muß er aus dem Bereich des Katastrophenschutzes, hier insbesondere von den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt), den ABC-Melde- und Auswertstellen (AMASSt) und den ABC-Zügen, und anderen Stellen der Verwaltung erhalten.

Die Erfassung der Gefahren erfolgt mit Ausnahme des Einsatzes der unbemannten WD-Meßstellen hauptsächlich durch den Einsatz von Personal. Dabei sind die Auge-/Ohr-Beobachtung sowie das Spüren und Messen eine schwierige und gefährliche Aufgabe.

#### 2.3 Eine besondere Bedeutung im Gefahrenerfassungssystem des Warndienstes nimmt das WD-Meßstellennetz ein.

Zur Erfassung der Gefahren durch radioaktive Verstrahlung verfügt der Warndienst über ein das ganze Bundesgebiet bedeckendes Fernmeßsystem von 1560 Meßstellen. Mit diesen Meßstellen wird die Gamma-Ortsdosisleistung gemessen. Der Meßbereich der WD-Meßstellen ist so breit, daß sie schon heute für die Überwachung der Umweltradioaktivität im Rahmen des „Integrierten Meß- und Informationssystems des Bundes zur Überwachung der Umweltradioaktivität (IMIS) eingesetzt werden. Die Meßstellen melden ihre Daten beim Überschreiten vorher festgelegter Schwellenwerte oder bei sich abzeichnenden Trends automatisch an die Zentralstellen in den Warnämtern.

(Fortsetzung im nächsten Heft)



Leben retten – über Grenzen hinweg

## DRK führte Europa-Tagung durch

In der Bundesrepublik Deutschland passieren jährlich 100 Millionen Bagatellunfälle in Heim und Freizeit, verletzten sich mehr als 400 000 Personen jedes Jahr im Straßenverkehr, sterben mehr als 100 000 Menschen Jahr für Jahr an plötzlichem Herzversagen.

In vielen Fällen kann eine sachgerechte Erste-Hilfe-Leistung dazu beitragen, die Folgen dieser schrecklichen Zahlen zu verhindern: so wurde z. B. festgestellt, daß nach Unfällen 10 – 20 % Unfallopfer hätten überleben können, wenn rechtzeitige Erste Hilfe geleistet worden wäre.

Unfälle und Erste-Hilfe-Leistungen sind aber nicht an Ländergrenzen gebunden. Deshalb wurde das Deutsche Rote Kreuz initiativ und führte in der Zeit vom 18. bis 20. Mai 1989 in seiner Bundesschule in Meckenheim bei Bonn eine 1. Europäische Rotkreuz-Erste-Hilfe-Fachtagung mit dem Ziel durch, einen Forderungskatalog zu veröffentlichen, der u. a. dazu beitragen soll, die Erste Hilfe – ihre Möglichkeiten und Bedeutung – noch mehr im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern.

Dies könnte aus Sicht des DRK



Blick auf die Runde der Themenkreis-Leiter unter dem Vorsitz von DRK-Bundesarzt Dr. Linde (Mitte).

z. B. dadurch geschehen, daß europaweit

- die Teilnahme an einer Erste-Hilfe-Ausbildung als Voraussetzung für den Führerscheinwerb verpflichtend vorgeschrieben wird
- einheitliche Verbandskästen in Kraftfahrzeugen für möglichst effektive Erste-Hilfe-Leistungen mitgeführt werden
- Fragen der Ersten Hilfe auch in die (theoretische) Führerscheinprüfung einbezogen werden

- die Erste Hilfe verpflichtend in den Schulunterricht integriert wird
- einheitlich fachliche Aussagen abgestimmt werden
- durch gemeinsame Aktionen der Medien und der ausbildenden Organisationen die Bevölkerung verstärkt motiviert wird, an einer Erste-Hilfe-Ausbildung teilzunehmen.

Zur Teilnahme an dieser 1. Europäischen Rotkreuz-Erste-Hilfe-Fachtagung hatten sich angemeldet:

- Vertreter von 24 europäischen Rotkreuzgesellschaften, u. a. aus der DDR, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR sowie ein Vertreter der Rotkreuzgesellschaft der USA
- Vertreter der internationalen Rotkreuz-Organisationen (Liga, Internationales Komitee vom Roten Kreuz)
- Vertreter/fachliche Kapazitäten aller Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die maßgeblich oder verantwortlich mit Fragen der Ersten Hilfe befaßt sind (z. B. ASB, JUH, MHD, BMJFFG, BMV, BMJ, Bundesärztekammer, medizinische Fachgesellschaften, Berufsgenossenschaften, DVR, BAG).

Die Tagung unterstand der Leitung des Bundesarztes des DRK, Herrn Dr. Hannsjoachim Linde, und wurde durch den DRK-Präsidenten, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, eröffnet. Grußworte an die Teilnehmer entrichtete der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Dieter Schulte als Vertreter des Bundesministers für Verkehr, der diese Europäische Tagung des DRK dankenswerterweise unterstützte.



Fachleute aus West- und Osteuropa diskutierten über Erste-Hilfe.



Auch DRK-Vizepräsidentin Fürstin Salm (Mitte) machte sich für die Gesundheitserziehung stark. (Foto: Fiegel)



## Let's talk health

Mit einer Feierstunde und einem Symposium über die Fragen der Gesundheitserziehung wurde am 3./4. April in der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg von der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung der Weltgesundheitsstag 1989 eröffnet. Vor zahlreichen Gästen – unter ihnen DRK-Vizepräsidentin Fürstin Salm – stand das diesjährige Motto „Let's talk health“ (laßt uns über Gesundheit sprechen) als Zeichen nationaler und internationaler Bemühungen, ein präventives Gesundheitsbewußtsein in der Bevölkerung zu verankern, im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung.

Der gezielten Information und individuellen Beratung sowie insbesondere dem vorbeugenden Gespräch über gesundheitsbewußteres Verhalten messen die Experten der Weltgesundheitsorganisation eine zentrale Bedeutung zu. So sollte über Gesundheit in allen Lebensbereichen gesprochen werden. Dies beginne in der Familie zwischen Eltern und Kindern, im Freundeskreis, in der Schule und am Arbeitsplatz. Auch den Massenmedien und den Informationsträgern aller Organisationen, die sich mit Fragen der Gesundheitsförderung befassen, mißt der Präsident der Bundesvereinigung, Dr. Hans Peter Voigt, einen hohen Stellenwert im gegenseitigen Bemühen um Gesundheitsvorsorge zu.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Anton Pfeiffer, hob die Eigenverantwortung des einzelnen in seiner Begrüßungsansprache besonders hervor und skizzierte zivilisationsbedingte Schädigungen. Hierzu zählen u. a. Bewegungsmangel, falsche Ernährung, übermäßiger Streß, Rauchen, Alkoholmißbrauch und auch das wenig rücksichtsvolle Verhalten im Verkehr, daß jährlich über 40 000 Opfer fordere. Auch der Kampf gegen Volks-

krankheiten unserer Zeit wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Rückenerkrankungen, Rheuma und die zunehmende Zahl der psychischen Erkrankungen seien große Herausforderungen an die Gesundheitsförderung.

Pfeiffer unterstrich in seiner Rede die besondere Funktion der Familien, gesundes Verhalten vorzuleben, die Entwicklung und Unterstützung verbesserter Lebensgewohnheiten zu intensivieren und die Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen wahrzunehmen. Viele Eltern unterschätzten die Chance der kostenlosen Kindervorsorgeuntersuchungen und stellten ihre Kinder besonders ab dem vierten Lebensjahr kaum noch Ärzten vor.

Let's talk health – laßt uns über Gesundheit reden. Diese Motto setzten die Veranstalter gleich in die Tat um. Im Gegensatz zu früheren Eröffnungsveranstaltungen schloß sich unmittelbar an die Feierstunde ein gut besuchtes Symposium über Fragen der Gesundheitserziehung in unterschiedlichen Bereichen an. Unter dem Blickwinkel „40 Jahre Gesundheitserziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ und „Gesundheit im Gespräch“ wurde unter fachkundiger Leitung namhafter Referenten intensiv diskutiert.

Hoffnung und Kritik über die mit dem Gesundheitsreformgesetz (GRG) eingeführten Präventionsleistungen hielten sich die Waage. Die Regelungen im Bereich der „Leistungen zur Förderung der Gesundheit und Verhütung von Krankheiten“ oder der „Leistungen zur Früherkennung von Krankheiten“ bedürfen nun der vernünftigen Ausgestaltung.

Prof. Dr. Rolf Rosenbock, Leiter der Forschungsgruppe Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin, kritisierte die derzeitigen Vorsorgebemühungen, da sie die notwendigen Umfeldbedingungen nicht berücksichtigen würden. Eine besser greifende Vorbeugung

müsse auch die Sozialprävention einschließen. Regionale Gesundheitskonferenzen mit Vertretern der Ärzteschaft, der Sozialversicherungsträger, der Verbraucherverbände, der Selbsthilfegruppen und Organisationen, die sich mit Gesundheitsfragen befassen, scheinen einen richtungsweisen Weg anzudeuten.

Umrahmt wurden die beiden Tage durch die Vergabe der Hildegard-von-Bingen-Medaille an drei Mediziner, die „die Gesundheitserziehung der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum hinweg durch besonderes Engagement im praktischen Einsatz oder in Forschung und Lehre nachhaltig gefördert haben“. Aus der Hand des Präsidenten der Bundesvereinigung erhielten die Auszeichnung Dr. Anne-Marie Wagner-Fischer, die viele Jahre im DRK-Generalsekretariat tätig war, Dr. Antje-Kathrin Kühnemann (bekannt aus zahlreichen Gesundheitsbeiträgen im Fernsehen) sowie Prof. Kurt Hartung, der seit Jahrzehnten durch wissenschaftliche Veröffentlichungen mit der Gesundheitserziehung verbunden ist.

Gesund leben – und darüber reden – Gesundheit im Gespräch, das Motto der Weltgesundheitsorganisation für 1989, sollte über dieses Jahr und den nun folgenden Kampagnen hinaus Bestand behalten und für viele Rotkreuz-Veranstaltungen Leitmotiv bilden.

Wer Anregungen für Anknüpfungspunkte sucht und an Tips von Wissenschaftlern und Praktikern interessiert ist, der sollte sich das Begleitbuch zum Weltgesundheitssthem „Gesundheit im Gespräch“ bei der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung, Viktoriast. 28, 5300 Bonn 2, bestellen. Die Schutzgebühr beträgt 12 Mark.

Heribert Rollik

### DRK hilft afrikanischen Schwestern-gesellschaften

Anfang April lösten ethnische Konflikte zwischen der einheimischen Bevölkerung Mauretaniens und des Senegal und der Gastbevölkerung aus diesen beiden Ländern schwere Unruhen aus, die zu Zwischenfällen mit zahlreichen Verletzten und Todesopfern führ-

ten. Als Folge verließen rund 10 000 Senegalesen ihr Gastland Mauretanien und ca. 50 000 Mauretanier den Senegal. Sie kehrten unter Zurücklassung ihrer Habe über eine Luftbrücke in ihre Heimatländer zurück.

Die Rotkreuzgesellschaften beider Länder nahmen sich sofort der Rückkehr an, sahen sich jedoch bald durch die Größenordnung der Aufgabe überfordert und richteten einen Hilfeauftrag an die Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf. Insbesondere wurden für einen Zeitraum von drei Monaten Lebensmittel, Zelte, Decken und Medikamente als Überbrückung bis zur Wiedereingliederung der Betroffenen im jeweiligen Heimatland benötigt.

Mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes leistete das Deutsche Rote Kreuz (DRK) humanitäre Hilfe mit Zelten, Decken und Basismedikamenten im Wert von über 150 000,-DM. Die Hilfsgüter wurden Ende vergangener Woche an die Schwestergesellschaften des DRK in Mauretanien und im Senegal ausgeliefert und sind sofort zum Einsatz gekommen.

### Dunant-Museum in Heiden

„Ob seine Asche längst verweht, was Liebe schuf lebt und besteht.“ Dieser Spruch steht an einem stattlichen dreistöckigen Giebelbau in einem architektonisch interessanten kleinen Ort der Schweiz. „J. Henry Dunant, Gründer und Förderer des Roten Kreuzes. Geb. den 8. Mai 1828 in Genf, Gestorb. den 30. Oktober 1910 in diesem Haus – in dem er in stiller Zurückgezogenheit die letzten 18 Jahre seines Lebens verbrachte“, besagt eine Tafel.

Der Altersruhesitz von Henry Dunant wird heute teils als Museum, teils als Krankenhaus genutzt. 1988 wurde das Dunant-Museum neu gestaltet und präsentiert jetzt bisher unbekannt Originaldokumente. An einem der schönen Aussichtspunkte des Kurorts, von dem aus der Blick weit über den Bodensee schweift, steht in einer kleinen Parkanlage ein schlichtes modernes Denkmal für den Mann, dessen Andenken noch immer mit Wohltätigkeit verbunden ist.



## Großunfall-Symposium '89 in Illertissen

### 600 Besucher bei Fachseminaren und Vorträgen

Der ASB Illertissen organisierte im Schulzentrum am 5. und 6. Mai zum zweiten Mal das Großunfall-Symposium. Rund 600 Besucher nahmen daran teil. Den zahlreichen interessierten Bürgern, Schulgruppen, Ärzten, Rettungssanitätern, Feuerwehrmännern, Polizeibeamten wurde ein umfangreiches Programm geboten. Fachseminare und Vorträge zum Bereich Notfallmedizin und Rettungsdienst behandelten Themen wie Schnelleinsatzgruppen, psychische Belastung der Helfer, Erfahrungsberichte von Ramstein, Lockerbie und Remscheid.

Außerdem hatten die Besucher des Symposiums an allen beiden Tagen die Gelegenheit, ihre Kenntnisse in Erster Hilfe kritisch unter die Lupe zu nehmen: In einer „San Arena“ wurden mit fremdgesteuerten und sogar teilweise sprechenden Puppen Unfallsituationen, die jedem im Haushalt oder auf der Straße begegnen können, wirklichkeitsge-

treu nachgestellt. Die Verantwortlichen gaben den Teilnehmern Tips über richtiges Verhalten am Unfallort.

Auch Ärzten und Notfallmedizinern wurde eine breite Palette angeboten, um sich nicht nur über den aktuellsten Stand im Rettungswesen zu informieren, sondern auch teilweise selbst Hand anzulegen. So wurde ein schweres Explosionsunglück nachgespielt. Die perfekte Geräuschkulisse und geschminkte Unfallopfer schafften eine realitätsnahe Situation, in der die teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte mit Fragebogen bewaffnet, die nötigen Vorsorgemaßnahmen treffen mußten.

Auf dem Gelände des Schulzentrums hatten Besucher die Gelegenheit, eine Fachaustellung von vielfältigen Fahrzeugen des Rettungsdienstes und der Feuerwehr mit über dreißig Ausstellern und über siebzig Fahrzeugen und Rettungsgeräten zu besichtigen.

Besonders auffallend war ein Schweizer Löschfahrzeug, das mit 4 500 Liter Wasser und 600 Liter Schaumextrakt ausgerüstet ist und ein Löschfahrzeug, Pulverlöschfahrzeug und ein Rüstfahrzeug mit diverser Pioniergerät

rekt an den Ort des Geschehens fahren kann, wurde zur Vorführung aus München nach Illertissen transportiert und übernahm im Rahmen der Großübung auch die Funktion der Rettungsleitstelle.

Höhepunkt des Symposiums war sicherlich die Einsatzdemonstration, bei der eine Massenkarambolage nachgestellt wurde. 14 Personenwagen, ein Reisebus und ein Tanklastzug waren zusammengestoßen. 50 Menschen wurden verletzt. Geschminkte Unfallopfer, Rauchschwaden, gespielte Schaulustige, das Martinshorn von Feuerwehr und Sanitätsdiensten bildeten eine Szene, in der Lebensrettung hautnah erlebt werden konnte. Anschaulich wurde gezeigt, wie Feuerwehr, Rettungsdienst zu Boden und in der Luft, Polizei und Notärzte Hand in Hand arbeiten können und müssen, wenn es um Sekunden geht.

A. St./RH



miteinander vereint – das größte Löschfahrzeug der Schweiz.

Eine moderne mobile Rettungsleitstelle auf Rädern, die di-

## Schnelle Hilfe bei Großunfällen

### „Schnelleinsatzgruppe Sanitätsdienst“ ist ständig einsatzbereit

Mit seiner „Schnelleinsatzgruppe Sanitätsdienst“ erobert der ASB Heiligenhafen Neuland in Schleswig-Holstein. Mit ihrer Ausrüstung und Ausbildung für Gefahrgutunfälle ist sie speziell für schnelle Einsätze bei Großunglücken und bei Gefahrgutunfällen geeignet, bei denen Personen zu Schaden gekommen sind.

Heiligenhafens Lage an der Vogelfluglinie, über die eine große Zahl von Tanklastern mit gefährlichen Flüssigkeiten und Gasen nach und von Skandinavien trans-

portiert wird, ist als Standort für eine Spezialeinheit dieser Art gut gewählt.

Das Konzept der Schnelleinsatzgruppe (SEG) sieht vor, daß diese Gruppe bei Großschadensfällen wie Eisenbahn-, Schiffs- und Flugzeugunglücken, Großbränden in Alters- und Behindertenheimen, Krankenhäuser zur Unterstützung des in solchen Fällen überforderten Rettungsdienstes eingesetzt wird, da Katastrophenschutz-Einheiten wegen deren langer Vorbereitungszeit von

mehreren Stunden nicht zur Verfügung stehen können.

Ein denkbarer Gefahrgutunfall wäre z.B. ein durch einen undichten Chemikalien Tankwagen hervorgerufener Unfall, bei dem vergiftete Personen in großer Anzahl zu bergen und an der Unfallstelle zu versorgen sind. Dafür stehen Chemieschutzanzüge und Preßluftatmer für einige Helfer bereit. Zum Aufspüren und Erkennen von Chemikalien verfügt der ASB über spezielle Meßinstrumente.

Die SEG-Einheit besteht aus drei Einsatzleitern, 24 Rettungssanitätern/Sanitätern, vier Notärzten, zwei Apothekern und zwei Chemikern.

Äußerlich kenntlich gemacht sind die SEG-Helfer durch orangefarbene Kombis mit der Aufschrift „Schnelleinsatzgruppe“, bzw. Funktionsbezeichnungen wie Notarzt, Chemiker usw. Fast alle SEG-Helfer absolvierten eine im Auftrag des Ortsverbandes durchgeführte Ausbildung für Gefahrgutberater im Rettungsdienst.



Auch hier war der ASB Vorreiter im ganzen Lande, zwischenzeitlich wird dieser Lehrgang auch an der DRK-Landesschule angeboten. Zusätzlich nahmen zahlreiche Rettungssanitäter bereits an Atemschutzgeräteträger-Ausbildungen teil.

An Fahrzeugen steht ein kreiseigenes Katastrophenschutz-Führungsfahrzeug vom Typ VW LT hoch, ein bundeseigener KS-Arzt-Trupp-Wagen (DB 508 D) und zwei 4-Tragen-Krankswagen (Ford Transit), sowie ein ASB-eigener Krankswagen (DB 230) und der große allradangetriebene Gerätewagen (DB 710) mit speziell abgestimmter Innenausstattung - ebenfalls Eigentum des Ortsverbandes - zur Verfügung.

In diesem wichtigen Fahrzeug befinden sich neben der Chemieschutzausrüstung Atemschutzgeräte, ABC-Schutzmasken, Gummistiefel, medizinische Geräte, verschiedene Verbandmaterialien in größerer Anzahl, Infusionsbestecke und -lösungen, Notstromaggregat mit Beleuchtungskörpern, Handscheinwerfer, Wasserkanister, Tragen, Decken, Hand-sprechfunkgeräte, Megaphon, Fluchthauben zur Bergung Verletzter aus verqualmten Räumen und verschiedenes mehr. Auch die anderen Fahrzeuge sind mit zusätzlichen Geräten bestückt.

Die Schnelleinsatzgruppe gliedert sich in den Führungs- und Materialtrupp, den Arzt-Trupp sowie zwei Transporttrupps. Die Alarmierung erfolgt im Normalfall über die Funkleitstelle des Kreises Ostholstein. Durch einen Zuschuß in Höhe von 10 000 DM aus dem persönlichen Verfügungsfonds des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten konnten Funkmeldeempfänger angeschafft werden, so daß fast alle Helfer ständig erreichbar sind und die Einheit bei Bedarf schnellstens alarmierbar ist. Die Chemiker und Apotheker werden nur bei Gefahrgutunfällen alarmiert und können u.a. durch Polizeifahrzeuge nachträglich zum Einsatzort gebracht werden und evtl. schon über Funk erste Anweisungen für die Einsatzkräfte vor Ort geben.

Regelmäßige Übungs-, Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen gewährleisten eine qualifizierte Ausbildung der ASB-

Schnelleinsatzgruppe und stellen einen hohen Einsatzwert sicher. Allerdings fehlen wegen der Neuheit des Aufgabenbereichs „Gefahrgut“ noch die eigenen praktischen Erfahrungen.

Der Ortsverband Heiligenhafen des ASB steckte bisher fast 50 000 DM in den Aufbau dieser Gruppe, der Kreis Ostholstein stellte zusätzliches Gerät zur Verfügung. Weitere Investitionen in diesen wichtigen Aufgabenbereich sind durch den ASB vorgesehen. So soll noch eine mobile Gruppe hinzukommen, die im Bedarfsfall ein oder mehrere Zelte für eine Verletzensammelstelle direkt am möglichen Einsatzort aufbauen kann.

Der ASB hofft auch auf die weitere finanzielle und materielle Unterstützung des Kreises, da diese Einheit im Bedarfsfall kreisweit eingesetzt werden kann.

Das Konzept der Heiligenhafener SEG hat inzwischen Interesse bei vielen Dienststellen erregt, und es zeigt sich somit, daß dieser Ortsverband eine Bedarfslücke entdeckt hat. Auch der ASB Stormarn hat in Oldesloe nach diesem Konzept, abgeändert auf die örtlichen Gegebenheiten, zwischenzeitlich eine Schnelleinsatzgruppe aufgestellt.

Dem Vernehmen nach sind ähnliche Bestrebungen in verschiedenen Bundesländern im Gange, die Schnelleinsatzgruppen in den Rettungsdienst einzubinden und weitere Einheiten dieser Art aufzustellen.

Jörg Bochnik



Die sechs Einsatzfahrzeuge der SEG Heiligenhafen.



Verbandmaterial, Infusionsbestecke, Notstromaggregat gehören zur Ausrüstung.



Chemieschutzanzüge, ABC-Schutzmasken, Gummistiefel, Tragen, Wolldecken der SEG.



Übungseinsatz: Verletzte werden in das als Sammelstelle dienende Zelt gebracht.



## Johanniter '88: Mehr Mitglieder, große Pläne, moderne Ausbildung!

**Wie jedes Jahr ist auch für 1988 über die personelle Entwicklung, die Ausbildung, die Einsatzleistungen sowie die weitere Ausgestaltung der vielfältigen Sozialen Dienste der Johanniter-Unfall-Hilfe zu berichten.**

### Mitglieder

Die Zahl der fördernden Mitglieder stieg 1988 enorm an und liegt zur Zeit bei ca. 450 000, gegenüber 360 000 im Berichtsjahr 1987.

Es gilt, dem Vertrauen dieser Fördermitglieder in der täglichen Arbeit voll gerecht zu werden. In großartiger Weise finanzieren sie diejenigen Sozialen Dienste, für die Erstattungen oder Zuschüsse von Krankenkassen oder Sozialämtern nach wie vor nicht erhältlich sind.

Die Zahl der aktiven ehrenamtlichen Helfer hat sich erfreulich stabilisiert. 1987 wurden ca. 15 500 Aktive gemeldet, 1988 ca. 16 000. Hier dürfte sich die Zahl, mit der man angesichts der demographischen Entwicklung zufrieden sein kann, halten. Der Bedarf an ehrenamtlichen Helfern ist allerdings weit höher. Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf von Schwerin, bat anlässlich seiner Wiederwahl im November 1987 die 240 JUH-Standorte, sich darum zu bemühen, im Schnitt fünf Helfer pro Standort hinzuzugewinnen. An dieser Vorgabe wird hoffentlich intensiv gearbeitet. Zu den genannten aktiven ehrenamtlichen Helfern kommen noch einige hundert hinzu, wenn man diejenigen sehr engagierten Hauptamtlichen und Zivildienstleistenden mitrechnet, die zusätzlich ehrenamtlich für die JUH tätig sind. Ein solches Engagement ist in der JUH in hohem Maße üblich und

stützt die Helferschaft beträchtlich.

Die Zahl der Mitglieder der Johanniter-Jugend zeigt einen leichten Aufwärtstrend. Knapp 100 Jugendliche sind hinzugekommen, so daß ca. 1 850 Jugendliche derzeit in der Johanniter-Jugend organisiert sind. Hier gilt es, um jeden Jugendlichen zu kämpfen und ihm eine Alternative zu jenen gesellschaftlichen Einflüssen zu bieten, die heute die Jugend in erheblichem Maße bedrohen.

Die „Hauptamtlichkeit“ ist ein Indikator für die immer stärker werdende „Professionalisierung“, die von einer ehrenamtlichen Organisation sorgfältig beobachtet werden muß. Viele unserer Sozialen Dienste können nicht ohne hauptamtliche Unterstützung und Leitung wahrgenommen werden. Wo Menschen rund um die Uhr oder zumindest regelmäßig wiederkehrend betreut werden müssen, sind kontinuierliche Betreuung durch die gleichen Personen, Regelmäßigkeit und Zuverlässigkeit nicht ohne weiteres mit Helfern herzustellen, die aufgrund ihrer anderweitigen hauptberuflichen Beschäftigung nur sporadisch zur Verfügung stehen. Ein Anstieg der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, auch der Teilleistungskräfte – natürlich auch im Verwaltungsbereich –, war unumgänglich und für Qualitätssicherung und Fortschritt erforderlich. Wiederum hat sich daher die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter gegenüber dem Vorjahr um ca. 100 erhöht.

Ganz erheblich stieg auch die Zahl der Zivildienstleistenden in den Diensten der JUH und liegt heute bei ca. 2 600. Hier schlägt sich weiterhin der Einsatz im sogenannten Mobilien Sozialen Hilfsdienst nieder.

### Ausbildung

In der Erste-Hilfe-Ausbildung konnte der deutliche Rückgang der vergangenen Jahre aufgefangen und mit 64 313 ausgebildeten Ersthelfern fast der Stand von 1987 (65 561) erreicht werden. Die Anzahl der in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ ausgebildeten Personen ging auf 60 712 im Vergleich zu 67 142 im Vorjahr zurück.

Daß der Weg der Johanniter, in verstärktem Umfang zielgruppenorientierte Ausbildungsgänge anzubieten, richtig und zukunftsweisend ist, zeigt die wachsende Anzahl ausgebildeter Personen in den Lehrgängen „Erste Hilfe am Kind“ (8 500 gegenüber 8 000 in 1987) und „Herz-Lungen-Wiederbelebung“ (12 000 gegenüber 10 700 in 1987). Auch das neue zielgruppenorientierte Ausbildungsprogramm für Mitarbeiter im Jagd- und Forstwesen stieß auf große Resonanz.

Während im Bereich der Ausbildung von Ausbildern ein Rückgang auf 465 (513) zu verzeichnen ist, konnte die Fortbildung der Ausbilder auf 240 (132) gesteigert werden, was nicht zuletzt beweist, daß die Fluktuation der Ausbilder deutlich abgenommen hat.

Die Bundesschule stieß auch im Jahr 1988 mit insgesamt 74 Lehrgängen von 1 460 Teilnehmern erneut an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, so daß in zunehmendem Maße Ausbildungsvorhaben an die Landesschulen ausgelagert werden mußten, die ihre Kapazität in qualitativer und infrastruktureller Hinsicht erheblich ausbauen konnten.

Ausbildungsschwerpunkte der Bundesschule lagen wie in den Vorjahren erneut in den Bereichen der Ausbildung von Ausbildern sowie der Ausbildung rettungsdienstlichen Personals. So

war der Anteil der im theoretischen Fachlehrgang „Rettungsassistenten“ ausgebildeten Personen fast gleich geblieben, die Zahl der Teilnehmer an der Rettungsassistenten-Prüfung konnte von 263 auf 314 gesteigert werden.

Insgesamt stehen heute 2 332 Rettungsassistenten zur Verfügung; dies sind ca. 200 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der weiblichen Rettungsassistenten konnte zwar nur geringfügig von 153 auf 167 gesteigert werden; insgesamt gesehen ist der Anteil des weiblichen Rettungsdienstpersonals in der JUH jedoch höher als in den entsprechenden anderen Organisationen.

### Schwesternhelferinnen-Programm

Mit 2 679 Ausbildungen wurden gut 200 Schwesternhelferinnen mehr ausgebildet als im Vorjahr. 4 527 Fortbildungen für Schwesternhelferinnen kommen hinzu, so daß insgesamt 7 206 Teilnehmer die Kurse besuchten.

### Rettungsdienst

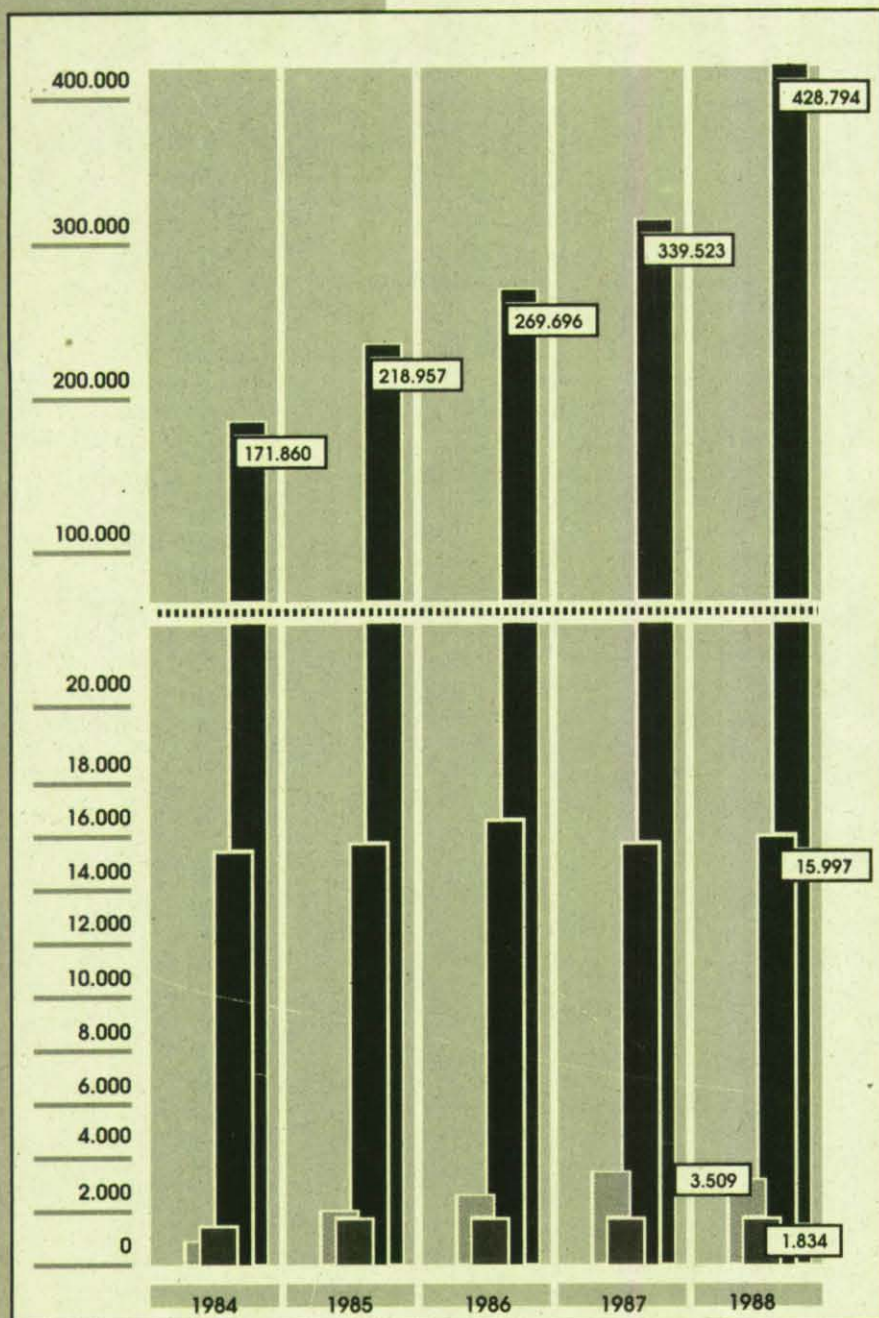
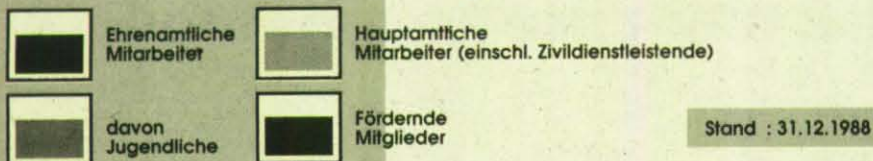
Auch im Rettungsdienst ist eine leichte Steigerung zu verzeichnen. Im Notfall- und Krankentransport wurden 373 000 Einsätze gezählt, rund 7 000 mehr als im Vorjahr. Auch im Luftrettungsdienst stieg die Zahl der Einsätze auf über 6 000 im Berichtszeitraum. Die Zahl der Wachen und Fahrbereitschaften im Rettungsdienst liegt bei 257.

### Soziale Dienste

Die Leistungen im Behindertenfahrdienst blieben etwa konstant. Auch 1988 wurden über eine Million Personen befördert. Ca. 660 000 Portionen des Mahlzeitendienstes Essen auf Rädern wurden an die betreuten Personen ausgegeben. Im Hausnotruf



## Entwicklung der Mitgliederstärke



dienst gibt es inzwischen 22 Zentralen, und die Zahl der Anschlüsse verdoppelte sich nahezu.

Die Zahl der zum Teil gemeinsam mit dem Diakonischen Werk betriebenen Sozialstationen verdoppelte sich auf 30, und in 61 Einrichtungen des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes konnten ca. 660 000 Grund- und Behandlungspflegen sowie Besuche und Haushaltshilfen durchgeführt werden. Auf diesem Gebiet liegt die größte Zuwachsrate der Leistungen der JUH überhaupt. Bereits das Vorjahr hatte eine Steigerung um 100 Prozent gebracht, und nun wurden diese Zahlen erneut mehr als verdoppelt. Die Summe der geleisteten Stunden wuchs von 300 000 auf 500 000 an. Es ist davon auszugehen, daß der Bedarf weiter zunehmen wird. Mehr und mehr gehen Verbände der JUH auch dazu über, teilstationäre oder stationäre Pflege zu übernehmen. Einige „Kurzzeitpflegestationen“ existieren bereits, weitere sind geplant. Die qualifizierte Krankenpflege spielt insgesamt in der JUH eine immer größere Rolle.

Einem existierenden oder drohenden „Pflegenotstand“ wollen die Johanniter mit allen Kräften entgegenwirken. Dabei wird es notwendig sein, das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Sozialen Dienste weiterzuentwickeln und gezielt einzusetzen.

### Katastrophenschutz

Die Katastrophenschutzleistungen der JUH blieben gegenüber dem Vorjahr etwa konstant. Ziel der JUH ist es, ihren heutigen Platz im Zivil- und Katastrophenschutz zu halten und zu festigen.

### Wirtschaftliche Lage

Erneut sind die Gesamterträge der JUH gegenüber dem Vorjahr um 18,6 Prozent gestiegen und beliefen sich am 31.12.1988 auf 141 Millionen DM. In dieser Steigerungsrate schlägt sich natürlich der höhere Eingang von Fördermitgliedsbeiträgen nieder; jedoch ist die Steigerung der Erlöse aus sogenannten Eigenleistungen weit höher. Darin spiegelt sich die Zunahme der Aktivitäten, besonders im sozialen Bereich.

Andreas v. Block-Schlesier,  
Bundesgeschäftsführer



Behinderte aus Aachen weilten in London

## Malteser-Reisedienst: Ein Zukunftsprojekt

Die Idee ist nicht neu: Ferienfahrten für Körperbehinderte werden allgemein als notwendig erachtet, sind jedoch in der Regel nur unter großen Mühen realisierbar.

Erste Probleme treten bereits bei der Wahl des Ferienortes auf. 10 motivierte Organisatoren und 20 individuelle, aber durcheinandergehende Meinungen, das ist in der Regel die Realität bei den Vorplanungen.

Dem Aachener Organisator Okroi, Leiter des Behindertenfahrdienstes, kam hier der persönliche Kontakt zu englischen und im Umgang mit Behinderten erfahrenen Freunden zu Hilfe: Anlässlich eines privaten Englandbesuches wurde in einem Pub in gemütlicher Runde das Reiseziel festgelegt. Eine Woche London sollte es sein, ein - wie sich später herausstellte - zunächst umstrittenes Ziel.

Dagegen fand die Idee bei Rollstuhlfahrern großes Interesse. Bereits nach kurzer Zeit waren die zehn zur Verfügung stehenden Plätze vergeben, die Nachfrage überstieg bei weitem das Angebot.

Die Teilnehmer unterschieden sich in Alter und Behinderungsgrad, von leichter Geh- bis zur schwersten Körperbehinderung.

Die Suche nach Betreuern ist der wesentliche Problembereich bei der Organisation von Ferienfahrten. Unüberbrückbare Schwierigkeiten? Nein, überraschenderweise nicht. Das Angebot wurde von den ehrenamtlichen Maltesern sofort angenommen, obwohl eine Eigenbeteiligung in Höhe von DM 400,- zu entrichten war und man einen Teil seines Urlaubs opfern mußte.

### Mehr Planung notwendig

Nächster Abschnitt war die konkrete Planung: Vorbereitungszeit alles in allem ca. zehn Tage,

inkl. Klärung der Hotelfrage, Abfahren von Teilstrecken, Buchen der Schiffspassagen, Abschluß besonderer Versicherungen mit dem Reisebüro etc. und viel Nachdenken, was die Unwägbarkeiten der ersten Reise anbelangten.

Dann endlich die Realisation: Am Sonntag, dem 2. März 1989, einen Tag vor Reisebeginn werden bei den Rollstuhlfahrern die Gepäckstücke abgeholt. Am Montagmorgen beginnt man um 6.00 Uhr mit dem zentralen Zubringerdienst zur Abfahrtstelle, um 7.30 Uhr sind zehn von Reisefieber gepackte, aber gut gelaunte Reisetilnehmer und sechs Betreuer abreisefertig. Das Stimmungsbarometer? Tendenz wechselhaft, nervöses gegenseitiges Befragen, wie wird das Wetter, wie wird der Seegang, kommen wir heil an, und wie wird das Ganze überhaupt?

Erste nachdenkliche Stimmung bei den ehrenamtlichen Betreuern, die ahnen, daß ihnen eine Woche mit viel körperlicher Anstrengung und wenig Nachtruhe bevorsteht.

Die erste Etappe geht nach Calais, die Überfahrt nach Dover erfolgt bei schlechtem Wetter, mit einigen Windböen, die gerade den reiseunerfahrenen Rollstuhlfahrern völlig neue Einsichten vermitteln; trotzdem keine besonderen Vorkommnisse, Stimmung immer noch wechselhaft.

### You are welcome

In Dover angekommen, wechselt die Stimmung schlagartig ins Positive. Die ersten Kontakte mit den Engländern sind hervorragend, überall erhalten die beiden Behindertenfahrzeuge aus Deutschland Sonderrechte und werden bevorzugt behandelt. Formelle englische Gastfreundschaft? Nein, immer wieder fühlen wir uns von Herzen aufgenommen.

Erste Erfahrungen mit dem englischen Linksverkehr boten allen Rollstuhlfahrern ein völlig neues Erlebnis. London empfing uns bei typisch englischem Wetter, ein wenig Nebel, kaum Sonnenschein, aber die Stimmung blieb hervorragend.

Das Hotel lag in der City von London, in der Nähe des Hyde-Parks. Die Ausstattung entsprach zwar nicht gänzlich den Bedürfnissen von Schwerbehinderten, doch die uns entgegengebrachte Gastfreundschaft ließ dies schnell vergessen.

### Sonderrechte

Am folgenden Tag standen eine Stadtrundfahrt, die Tower Bridge, British Museum, Ausflug auf das Land, Shopping und vieles mehr auf dem Programm. Überall wurde unser erster Eindruck bestätigt: die Engländer sind im Umgang mit Behinderten unkompliziert, die Hilfsbereitschaft ist nahezu grenzenlos. Englische Polizisten verwiesen uns z. B. auf für den normalen Verkehr gesperrte Parkmöglichkeiten, die Portiers im Kaufhaus Harrods hielten uns die Türen auf, Chauffeure von parkenden Rolls Royce, aber auch Mylords und Myladies wurden freundlich gebeten, ihre Nobelkarossen für die deutschen Rollstuhlfahrer ein wenig auf die Seite zu setzen.

Unsere Reisegruppe wuchs schnell zu einer Gemeinschaft zusammen, und so verging die Woche wie im Fluge.

### Eine Frage des Müssens

Resümee dieser Fahrt: eine gute Idee, sicherlich in einigen Punkten verbesserungsfähig. Für die Aachener Malteser soll dies kein Einzelunternehmen bleiben. Dies ist keine Frage des Könnens oder Sollens, sondern des Müssens. Die Nachfrage besteht, ähnliches zu wiederholen. England kann als geeignetes Reiseziel mit Körperbehinderten eingestuft werden.

Fazit: Fahrten für Körperbehinderte, ob im In- oder Ausland, sind ein notwendiger Bestandteil der zukünftigen Verbandspolitik.

Bernd Fegers



England: ein ideales Reiseland für Rollstuhlfahrer.



# Jetzt geht es erst richtig los!

Im Februar dieses Jahres wurde der Malteser-Hilfsdienst Ungarn – MMSZ (Magyar Maltai Szeregetett-Szolgalat) – in Budapest gegründet. Leiter ist Pfarrer Imre Kozma, der bereits in der Vergangenheit, als die Öffnung Ungarns zum Westen hin noch nicht offiziell vollzogen war, die Transportverteilung der Hilfesendungen von Malteser-Hilfsdienst und Malteser-Assoziationen überwacht und geleitet hatte.

Unmittelbar nach der Gründung des MMSZ erging die Bitte, Ausbildungsmaterial für die Erste-Hilfe-Ausbildung zu senden. Aus Zeitgründen gingen umgehend einige Probeandrucke der neuen AV 1 nach Budapest, wo eine Ärztin sogleich mit der Übersetzung begann.

Als in der ersten Aprilhälfte mit Werner Müller (Diözese Aachen) ein erfahrener Ausbilder nach Budapest fuhr, um dort Modellelehrgänge durchzuführen, traf er auf perfekte Vorbereitungen: In einer Turnstube des Glockenturms von Pfarrer Kozmas Kirche war ein Ausbildungsraum eingerichtet, ein versierter Dolmetscher stand zur Verfügung, und die AV 1 lag für die angehenden Ausbilder in ungarischer Sprache vor.

## Die ersten Ausbilder

Die beiden vorgesehenen Lehrgänge, der erste von 13. bis

16., der zweite von 17. bis 20. April, waren, das ergab die Notwendigkeit; weder reine Ausbilderlehrgänge noch echte Erste-Hilfe-Kurse. Denn bisher war in Ungarn Laienausbildung in Erster Hilfe völlig unbekannt. Somit hatten sich für die Malteser-Lehrgänge sowohl Ärzte, Apotheker, Rettungssanitäter, also Leute mit medizinischen Fachkenntnissen, als auch Laien ohne jegliche medizinische Vorbildung gemeldet. Dieser Situation Rechnung tragend, organisierte unser Mann in Ungarn kurzerhand „gemischte Kurse“, in denen die Laien echte EH-Kurse absolvierten (im ganzen 77 Personen), in denen, nach dem Motto „learning by doing“, die Ärzte und Apotheker als „Ausbilder“ auftraten: während des ersten Kurses vorwiegend als Zuschauer/Zuhörer des EH-Ausbilders, im zweiten Kursus agierten sie dann selbst, unter kritischer Beobachtung von Herrn Müller.

Jeweils nach Beendigung des Unterrichtes wurde mit den zukünftigen Ausbildern über Arbeit, Methoden, Hilfsmittel etc. gesprochen.

Die vier Ärzte und der Apotheker sind nun die ersten EH-Ausbilder Ungarns. Ihre Begeisterung und Freude an der Arbeit mit Laien waren ansteckend und für alle motivierend. Dies spürte auch Generalsekretär Freiherr Heereman, der am 20. April am Abschlußgottesdienst teilnahm

und u. a. EG-Taschen und dunkelblaue Pullover – Teil der zukünftigen Dienstbekleidung – an den MMSZ überreichte. Außerdem übergab er einen KTW, mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Aufbau der jüngsten Malteser-Gliederung.

## Große Hoffnungen

Während seines dreitägigen Aufenthaltes in Ungarn führte der Generalsekretär außerdem gemeinsam mit der Vorsitzenden des Ungarischen Malteser-Caritas-Dienstes (UMCD), Csilla Freifrau von Boeselager, eingehende Gespräche mit den leitenden Persönlichkeiten des MMSZ, machte einen Besuch beim Bürgermeister von Budapest und wurde vom stellvertretenden Außenminister von Ungarn empfangen, der sich sehr für die Arbeit der Malteser in seinem Land interessiert. Zusätzlich wurden – neben Krankenhäusern und Behindertenheimen,

bei deren Besuchen die Notwendigkeit für weitere Hilfetransporte deutlich zutagegetreten – von Katholiken angebotene Grundstücke und Häuser besichtigt, die als Malteserzentren und Ausbildungsstätten für den MMSZ in Frage kommen könnten.

Bei aller Skepsis, mit der bei linientreuen Ungarn Interesse und Engagement für die Arbeit der katholischen Malteser in ihrem Land zu beobachten sind, spürt man aber deutlich bei den Katholiken die verhaltene Freude und Begeisterung, daß sie jetzt wieder ihren Glauben offen bekennen und in christlichem Sinne in ihrem Lande wirken können.

Waltraut Kallen

PS: Der erste Großeinsatz für die kleine Mannschaft des MMSZ war am 1. Mai in Budapest anlässlich eines ökumenischen Treffens im Dom in Anwesenheit von Frère Roger aus Taizé, an dem über 8 000 Personen teilnahmen.

## Ein Haus für Flüchtlinge

Einer völlig neuen Aufgabe widmet sich der Malteser-Hilfsdienst in Bad Homburg. Seit Anfang Dezember letzten Jahres betreibt er eine Außenstelle der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge (HGU) mit 130 Belegplätzen.

„Wir meinen, daß man den Menschen, die als Flüchtlinge in unser Land kommen, nicht nur den kleinen Finger, sondern die ganze Hand geben muß. Sie sollen spüren, daß sie uns willkommen sind.“ – Mit diesen Worten erläutert Stadtbeauftragter Hans Eichhorn, warum sich die Malteser in diesem neuen Projekt engagieren.

Menschen aus 20 Nationen leben hier unter einem Dach. Das ist nicht unproblematisch, aber Verwaltungsleiter Wilfried Müller und Sozialarbeiterin Martina Köhler haben die Situation stets „voll im Griff“. Neben der Betreuung und Beratung der Bewohner ist die sprachliche Orientierung eine wichtige Aufgabe der Einrichtung, für die an zwei Nachmittagen in der Woche eine Dolmetscherin zur Verfügung steht.

Nicht nur das breite Spektrum verschiedenster Nationalitäten, sondern auch die hohe Fluktuation der Bewohner ist ein Problem, das es zu bewältigen gilt. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von etwa 3 bis 6 Wochen wird z. B. die Unterstützung der Sozialarbeiterin oder auch die Arbeit der Deutschlehrerin immer „sofort“ gebraucht. Längerfristige Programme und Perspektiven in bezug auf die einzelnen Bewohner sind da nicht zu realisieren.

Für den technischen und hauswirtschaftlichen Bereich ist ein griechisches Hausmeisterehepaar zuständig. In einer umgebauten Garage haben sie ein gutsortiertes Kleiderlager eingerichtet, aus dem die ankommenden Flüchtlinge mit dem Nötigsten versorgt werden.

In der Nachbarschaft und in den Kirchengemeinden erfreut sich die Einrichtung der Malteser einer positiven Resonanz. Ständig gibt es Nachschub für die Kleiderkammer aus der Bad Homburger Bürgerschaft. Einige Gemeindeglieder helfen auch in der Unterkunft ab und an mit, z. B. bei der Kinderbetreuung, und Jugendpfarrer Schaaf ist ebenfalls kein Unbekannter mehr in diesem Haus.



Medizinische Hilfsgüter im Wert von rd. 16 Millionen DM wurden seit Ende 1987 durch den Malteser-Caritas-Dienst nach Ungarn gebracht und dort an Krankenhäuser weitergeleitet, wo die Geräte noch einige Jahre gute Dienste leisten werden. In den bis Ende Mai durchgeführten 45 Fahrten wurden auch Kleidungsstücke und Möbel transportiert.



Ein Software-Angebot für Feuerwehren

## PC-Computer und Software für Verwaltung: Einsatz beim DFV und seine Erfahrungen

Mit der Inbetriebnahme eines PC für seinen Verwaltungsbereich hat der Deutsche Feuerwehrverband zwangsläufig auch Überlegungen anstellen müssen, welche handelsübliche Software brauchbar ist und ob zusätzlich spezielle Programme bzw. welche Art für verschiedene Verwaltungsarbeiten in der BGSt notwendig sind, spezielle Programme, die einfach und ohne besondere PC-Kenntnisse anwendbar sind. Die wünschenswerte Leistungsfähigkeit von Kommunikationssystemen im gesamten Verbandsbereich legte es nahe, die benötigten speziellen Programme in einer Form erstellen zu lassen, die auch für die Feuerwehren/-verbände – bis hin zur Ortsebene – einsetzbar sind. Durch eine leichte Handhabung dieser „Werkzeuge“ sollte den Anwendern für die verschiedenen Verwaltungsarbeiten „das Leben erleichtert“ werden, um die Komplexität dieser Verwaltungstätigkeiten besser bewältigen zu können und einen eventuellen späteren Datenvergleich/-austausch nicht grundsätzlich auszuschließen.

Dennoch: Aus heutiger Sicht wird es ein computergestütztes „Rund-um-Verfahren“ nicht geben. Bei der Bewertung von Lösungsmöglichkeiten wird man auch in Zukunft überwiegend auf den menschlichen Sachverstand von Bekannten und Fachleuten „vor Ort“ angewiesen sein, also auf den Erfahrungswert einzelner. Eine weitere Erkenntnis: Den Überblick im Bürokommunikationsmarkt zu behalten, wird immer schwieriger, insbesondere auch für die von Verwaltungsarbeiten nicht freizuhaltenden Feuerwehren.

### 1. Hardware

Für welche Hardware hat sich der DFV entschieden? Er arbeitet bisher problemlos mit einer Systemlösung aus einem

#### ● VICTOR-Computer

Modell „A 286 V“ mit Betriebssystem MS-DOS 3.3, mit 30-MB-Festplatte und 1-MB-Hauptspeicher, 3 1/2“-Diskettenlaufwerk/1,44-MB, mit „ADD-PAK“ für schnelle Datensicherung und zusätzlich als zweite 30-MB-Festplatte/extern nutzbar.

#### ● Fujitsu-Drucker

24-Nadel-Drucker „DL 3400“ für A 3-Format/Endlospapier und Einzelblatteinzug/2 Schächte.

#### ● PHILIPS-Farbmonitor (Professional 14"/VGA)

#### Zwischenzeitliche Erkenntnisse:

1. Bei einem Neukauf wäre zu überlegen, ob nicht anstelle der gewählten 30-MB-Festplatte gleich eine 40- oder gar 60-MB-Festplatte und anstelle eines 1-MB-Hauptspeichers ein 2-MB-Hauptspeicher auf längere Sicht günstiger wäre.

**Grund:** Das noch relativ neue MS-Kalkulationsprogramm EXCEL erfordert wegen seiner Windowsführung im Vergleich zu anderen Kalkulationsprogrammen verhältnismäßig viel Speicherplatz im Hauptspeicher. Da sich mit dem Programm EXCEL in sehr einfacher und graphisch anschaulicher Art u. a. Statistiken und Kalkulationsprogramme erstellen lassen, sollte auf den Einsatz dieser Software nicht verzichtet werden. Erhebliche Probleme gab es bisher leider mit den Druckertreibern; es gestaltete sich mit dem Fujit-

su-Drucker nicht einwandfrei (laut Drucker- und Softwarehersteller soll es in Kürze gelöst sein). Da der Hauptspeicher mit EXCEL aber schnell „voll“ ist, wird für dieses Programm ein 2-MB-Hauptspeicher notwendig. Der DFV erreichte die Füllungs-grenze des 1-MB-Hauptspeichers schon bei zwei Dateien (Feuerwehrstatistik und Haushaltsplan/Jahresrechnung; jeweils etwa 6 000 Felder). Obwohl dieses eine MB im Hauptspeicher mehr nicht gerade billig ist, sollte man sich doch hierzu entschließen.

2. Anstelle eines PC-Tischgeräts (z. B. „VICTOR A 286 V“) wäre auch der in der Leistung vergleichbare tragbare PC Laptop (z. B. „VICTOR A 286 P“) gut geeignet, zumal dieser wie das Tischgerät voll kompatibel zum Industriestandard und kombinierbar mit dem „ADD-PAK“ (wie beim Tischgerät) von VICTOR ist, so daß die Möglichkeit gegeben wäre, mit dem „ADD-PAK“ als zweiter Festplatte extern zu arbeiten.

Für das tägliche Arbeiten am Monitor wäre dann aber ein externer Monitor (möglichst Farbe) erforderlich, da der kleinere „Plasma“-Bildschirm des tragbaren PC für die tägliche Büro-Arbeit zu anstrengend ist; ferner wäre eine zusätzliche Tastatur (größer, handlicher) sinnvoll.

Gerade bei Tagungen bietet der Laptop (z. B. „VICTOR V 286 P“) den Vorteil, in der Tagung als „Aktenschrank“ zu dienen und mit den auf der Platte vorhandenen Speicherungen vieles Datenmaterial präsent zu haben. Wer brauchte in Tagungen nicht schon einmal Akten, die er nicht mitgenommen hatte? Es scheint nicht

nur verlockend zu sein, es ist auch so.

### 2. Software (handelsüblich)

Für welche handelsübliche Software hat sich der DFV entschieden?

Bisher arbeitet er erfolgreich mit der Software von Microsoft...

- MS-Windows (für einfaches Arbeiten mit einer Maus)
- MS-Word 4.0 (für Textverarbeitung)
- MS-Excel (für Tabellenkalkulationen und Statistiken)
- MS-Pageview (Programm zur Druckkontrolle von Seiten vor dem Drucken)

Außerdem arbeitet der DFV mit der Software...

- dBase IIIplus (für Datenbanken und Dateiprogramme)
- Pctools Deluxe (Hilfsprogramm für die Verwaltung und Wartung von Platten und Dateien)
- PMM (Datei-Manager für eine einfache Handhabung der Dateien sowie zur Sicherung gegen unbefugte Datei-Nutzung; mit Paßwort)

### 3. Software (DFV-Entwicklung)

Für eine Anzahl von Verwaltungstätigkeiten in seiner BGSt hat sich der DFV nach seinen Vorgaben durch eine Bonner Software-Firma spezielle Programme erstellen lassen. Hierbei war für die Bundesgeschäftsstelle außerdem wichtig, daß die Entwicklungs-/Programmkosten letztlich auch den Verbandsmitgliedern durch eine günstige Form der Mitbenutzung zugute kommen.



Wichtig war bei der Erstellung dieser Programme u. a., daß das Eröffnungs Menü und die Handhabung aller Dateien einheitlich, übersichtlich und einfach ist, um die Datenverarbeitung am PC so einfach – aber auch fehlerfrei – wie möglich zu gestalten. Dieses war auch ein Grund dafür, warum für diese oder jene Arbeit nicht ein handelsübliches Programm (ggf. auch geeignet) eingesetzt wurde.

Das gesteckte Ziel wurde erreicht; die Software ist so universell gehalten, daß eine Anwendung problemlos möglich ist und die Software von Feuerwehren/verbänden (oder auch anderen Interessenten) zu einem günstigen Preis bei der Bonner Firma gekauft werden kann.

Folgende vom DFV entwickelten Programme stehen beim Hersteller der Software zur Verfügung:

1. Adressen
2. Niederschriften/Protokolle
3. Korrespondenz/Briefe
4. Bücher
5. Festschriften
6. Inventar

Die Lieferung erfolgt durch die Herstellerfirma HINZE-Büroorganisation (Bonn), bei der auch die Lizenzrechte liegen.

Mit dem Kauf erwirbt der Käufer die Benutzungsrechte für seinen Bedarf. Mit der Lieferung erhält der Käufer eine Programm-Beschreibung, so daß er die Software problemlos einsetzen kann.

### Erforderliche Hardware

Einsetzbar sind diese Programme auf allen IBM-kompatiblen PC (mit MS-DOS-Betriebssystem, ab Version 2.1), mit einer Festplatte (ab 20-MB) und einem Hauptspeicher ab 640 KB. Der Drucker muß Epson/IBM-kompatibel (wegen Druckeranpassung) und für Endlos-Formate ausgelegt sein. Der

Ausdruck der Adressen erfolgt auf Endlospapier/einbahnig.

### Schutz gegen unbefugten Zugriff

Alle vom DFV entwickelten Programme können mit einem Paßwort geschützt werden, so daß nur derjenige das Programm verändern kann, der das betreffende Paßwort kennt. Dieses Paßwort schützt den Programmteil „Eingabe, Änderung, Löschung“. Die Anwendungsbereiche „Ausdrucke“ sind ungeschützt, damit eine Nutzung der Datenspeicherung auch dann möglich ist, wenn der „Paßwort-Besitzer“ nicht zugegen ist, jedoch Daten dringend benötigt werden. Dieses ist so gewollt. Ausgangspunkt bei der Festlegung dieses Systems war, daß kein Unbefugter Daten verändern kann, der gespeicherte Inhalt von der Planung ausgehend „nicht geheim“ ist.

Das zu verwendende Paßwort kann vom Berechtigten mit einem „Masterpaßwort“ jederzeit verändert werden. Das Paßwort kann auch von Programm zu Programm unterschiedlich sein.

### Paßwort-Sicherung

Bei einer Bestellung ist aus Sicherheitsgründen anzugeben, wer Empfänger der Lieferung und damit einziger Besitzer des Masterpaßwortes ist!

**Die einzelnen DFV-Programme sind wie folgt verwendbar:**

### Adressen

Ein vergleichbares Programm gibt es noch nicht! Es arbeitet selbständig, ohne ein weiteres Zusatzprogramm zu benötigen. Dieses Programm ist in den erfaßten Daten und einzelnen Auswahlkriterien auf die Bedürfnisse der Feuerwehrverbände abgestimmt. Es dient im Verwaltungsbereich der täglichen Adressen-

10:12:28 ADRESSEN ÄNDERN 19.04.89

Lfd. Nr. :	Stand :	Funktion :
Anrede :	Ord./Land :	Ord./Kreis :
Firma :		
Name :		
Titel :		
Straße :		
Nat./PLZ/Ort :		
Geb. Datum :	Berufs-Schl. :	
Tel/ privat :	Tel./dienstl. :	
TX/TTX :	Telefax :	
Aktenzeichen:		
intern.Schl.:		
Mitgl.in/als:		

10:12:28 GEBURTSTAGS - LISTE 19.04.89

Lfd. Nr. :	Stand :	Funktion :
Anrede :	Ord./Land :	Ord./Kreis :
Firma :		
Name :		
Titel :		
Straße :		
Nat./PLZ/Ort :		
Geb. Datum :	Berufs-Schl. :	
Tel/ privat :	Tel./dienstl. :	
TX/TTX :	Telefax :	
Aktenzeichen:		
intern.Schl.:		
Mitgl.in/als:		

auswahl-/nutzung und dabei für den Ausdruck auf Adressenaufkleber bzw. in Listenform (A 4). Bewußt wurde darauf verzichtet, aus dem Programm ein „Personal-Datenstammblatt“ zu machen, da es dafür zahlreiche handelsübliche Programme gibt, z. B. als „Mitgliederverwaltung“. In diesen aber fehlen zahlreiche auf die Bedürfnisse der Feuerwehrverbände zugeschnittene Kriterien.

- Die jeweilige Adresse kann über ein frei wählbares Funktionszeichen, wie z. B. im Feuerwehr-Jahrbuch enthalten (als Sortierbegriff), sortiert und ausgedruckt werden. Ferner über die mit einer Nummer festlegbare Bestimmung des Landes/Kreises/Ortes (Suchbegriff).
- Im Adressenfeld ist Platz für Vorname/Zuname (Suchbegriff) und zur Anschriftenerweiterung (Firma, Behörde usw.) mit einem Zusatzfeld.
- Der Person kann ein „Berufsschlüssel“ (Suchbegriff) zugeordnet werden.

- Es sind Felder vorhanden für das Geburtsdatum (Suchbegriff), zwei Telefonnummern und die Telex-/Telefax-Nr.
- Felder „Aktenzeichen“ und „intern. Schlüssel“ (beides Suchbegriffe) dienen zur Eintragung von Nummern/Buchstaben/Zeichen zwecks Zuordnung zu bestimmten Ausschüssen oder Tätigkeitsgruppen.
- Eine Spalte dient dem Vermerk, z. B. ab wann die betreffende Person Mitglied ist bzw. in welcher Tätigkeit sie mitwirkt.
- Das Programm „Adressen“ druckt
  - auf Etikettenkleber (Größe 89 x 36 mm), Ibahnig und
  - Listen im Format A 4 (bis auf eine A3-Auswertung in „Adressen“).

Am Schluß der Datenerfassung/-änderung kann mit der Tastenfunktion „Daten sichern“ einfach, direkt und schnell eine Sicherungsdiskette (sehr wichtig!) erstellt werden.

10:10:14 HINZE ADRESS 19.04.89

Adressen	Ausdrucke	Steuerung
→ Erfassung	→ Etiketten	→ Daten sichern
→ Änderung	→ Liste/ Menü	→ Paßwort neu
→ Löschung	→ Liste/ Funkt.	→ Quit
→	→ Geburt.-Liste	
	→ Liste/ A3	

Erstellt für: Deutscher Feuerwehrverband 5300 Bonn 2

10:11:57 ADRESSEN ERFASSEN 19.04.89

Lfd. Nr. :	Stand :	Funktion :
Anrede :	Ord./Land :	Ord./Kreis :
Firma :		
Name :		
Titel :		
Straße :		
Nat./PLZ/Ort : D		
Geb. Datum :	Berufs-Schl. :	
Tel/ privat :	Tel./dienstl. :	
TX/TTX :	Telefax :	
Aktenzeichen:		
intern.Schl.:		
Mitgl.in/als:		



## Niederschriften/ Protokolle

Ein vergleichbares Programm gibt es noch nicht! Es arbeitet selbständig, ohne ein weiteres Zusatzprogramm zu benötigen. Mit diesem Programm läßt sich ein vom Umfang „unbegrenztes“ Archiv anlegen, z. B. an welchem Termin in welcher Tagung unter welchem Tagesordnungspunkt welches Thema behandelt wurde. Ferner, welche Beratungspunkte noch unerledigt sind und wer mit der Erledigung beauftragt wurde und ggf. bis zu welchem Termin.

Neben der Erfassung der veranstaltungsbezogenen Daten kann über eine Menüfunktion im Textprogramm „MS-WORD“ oder ein anderes Textprogramm (falls im PC gespeichert; bei Bestellung der Software angeben) der zu jedem Tagesordnungs-/Beratungspunkt gehörende Text (z. B.) der Niederschrift erstellt und bearbeitet werden. Diese Speicherung ermöglicht einen vollständigen Überblick, wann was mit welchem Ergebnis behandelt wurde.

Für den Bereich der Niederschriften und der eigenen Korre-

spondenz kann dieses Programm größtenteils „Aktenordner ersetzen“. Der Überblick ist schnell, vollständig und nach vorgegebenen Auswahlkriterien sortiert möglich. Die Speicherung ermöglicht ein schnelles Suchen nach früheren Inhalten, ohne in Ordnern lange umfangreiche Akten zu wälzen. Falls in Tagungen ein tragbarer PC mit diesen Speicherungen vorhanden ist, stehen „vor Ort“ schnelle Auskunftsmöglichkeiten zur Verfügung.

Die Daten lassen sich nach verschiedenen Auswahlkriterien auf Listen (A 4) ausdrucken.

Schnell ist eine „Liste offene Posten“ erstellt oder als Hilfsmittel eine Liste darüber, wer noch welchen Beratungspunkt zu erledigen hat oder ob es zu einem „offenen Posten“ einen zu beachtenden Termin gibt.

*Je nach zu erwartendem Umfang der Daten könnte mit diesem Programm zusätzlich auch die Aufgabenstellung mit erledigt werden, wofür das Programm „Korrespondenz/Briefe“ vorgesehen wurde. Eine Trennung wäre dann empfehlenswert, wenn größere Datenmengen anfallen.*

10:23:46 HINIEE NIEDERSCHRIFTEN 19.04.89

<b>Niederschrift.</b>	<b>Ausdrucke</b>		<b>Steuerung</b>
→Erfassung	→Liste off.Pos	→	→MS WORD
→Änderung	→Liste Verwalt	→	→Daten sichern
→Löschung	→Liste Gremien		→Passwort neu
→	→Liste extern		→Quit
	→Liste Akten		

Erstellt für: Deutscher Feuerwehrverband 5300 Bonn 2

10:25:02 NIEDERSCHRIFTEN ERFASSEN 19.04.89

Lfd. Nr. :	1	Stand :	.
Verb.-Az. :			
Beratungsdatum :			
behandelt in :			
TOP :			
Vorgang/Betreff. :			
Termin-Vorgang :			
Offener Posten :			
Bearbeitung Verw. :			
Bearbeitung Ext. :			
Bearbeitung Gre :			

10:25:07 NIEDERSCHRIFTEN ÄNDERN 19.04.89

Lfd. Nr. :		Stand :	.
Verb.-Az. :			
Beratungsdatum :			
behandelt in :			
TOP :			
Vorgang/Betreff. :			
Termin-Vorgang :			
Offener Posten :			
Bearbeitung Verw. :			
Bearbeitung Ext. :			
Bearbeitung Gre :			

## Korrespondenz/Briefe

Dieses Programm ist in der Handhabung vergleichbar mit dem Programm „Niederschriften/Protokolle“, nur daß mit diesem Programm vorrangig die Bearbeitung der Korrespondenz vorgesehen ist.

Ob Vorgänge abgeschlossen oder noch unerledigt sind und wer der Zuständige für die Bearbeitung ist, kann mit diesem Programm zu jedem Vorgang erfaßt werden.

Wo viele Briefe zu verschiedensten Vorgängen geschrieben

werden, gibt es nicht selten Schwierigkeiten, die einzelnen Vorgänge terminlich zu verfolgen. Dieses Programm bietet hierfür eine Hilfe.

Wie beim Programm „Niederschriften/Protokolle“ kann neben dem Erfassen des „Vorganges“

über „MS-WORD“ oder ein anderes Textprogramm – falls vorhanden – auch der Brief geschrieben werden. Die listenmäßige Auswertung ist ähnlich wie mit dem Programm „Niederschriften/Protokolle“.

13:43:51 HINIEE KORRESPONDENZ 07.04.89

<b>Korrespondenz</b>	<b>Ausdrucke</b>		<b>Steuerung</b>
→Erfassung	→Liste off.Pos	→	→MS WORD
→Änderung	→Liste Verwalt	→	→Daten sichern
→Löschung	→Liste Gremien		→Passwort neu
→	→Liste extern		→Quit
	→Liste Akten		

Erstellt für: Deutscher Feuerwehrverband 5300 Bonn 2

14:05:47 KORRESPONDENZ ERFASSEN 07.04.89

Lfd. Nr. :	1	L. Änder. :	.
Verb.-Az. :			
Briefdatum :			
Adressat :			
Vorgang/Betreff. :			
Termin-Vorgang :			
Offener Posten :			
Bearbeitung GSt :			
Bearbeitung Ext. :			
Bearbeitung Gre :			







# DLRG-Bezirke zur Landestagung in Pforzheim – Fusion der Lebensretter im „Ländle“ angestrebt

Delegierte aus 14 Bezirken der Badischen Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft trafen sich im April zur Landesverbandsrats-Tagung in Pforzheim. Im Mittelpunkt standen die Jahresberichte des Vorstands und der Bezirke. Dabei konnten trotz Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, wie es im Bericht heißt, ein Mitgliederzuwachs von 713 auf nunmehr 42 369 Mitglieder verzeichnet werden.

## Stadtempfang

Bevor es an die Arbeit ging, standen am Samstagvormittag ein Empfang beim Oberbürgermeister und eine anschließende Stadtrundfahrt auf dem Programm der Tagungsteilnehmer. Bürgermeister Dr. Joachim Becker würdigte die Arbeit der DLRG: „Die Demokratie lebt vom ehrenamtlichen Engagement, von Mitbürgern, die mehr tun als sie müßten.“

Die offizielle Eröffnung der Tagung am Samstagnachmittag wurde durch LV-Präsident Karl Vollmar vorgenommen, nachdem DLRG-Präsident Hans-Joachim

Bartholdt ein Grußwort gesprochen hatte.

Für besondere Ausbildungsleistungen bei der 12. Panzerdivision in Veit-Höchstheim (Frankenland) überreichte Vollmar dem Technischen Leiter des Landesverbandes, Lothar Kircher, die Verdienstnadel der Panzerdivision sowie Präsente an den aus beruflichen Gründen ausscheidenden Schatzmeister, Hans Strondl, Mannheim, sowie Heinz-Otto Geisel, Referent für Funkwesen, Ubstadt-Weiher.

## Bilanz der „nassen Taten“

Es folgte eine „Bilanz der nassen Taten“, die sowohl vom Vorstand als auch von den einzelnen Bezirken, angefangen vom Bodensee-Konstanz bis Frankenland, gegeben wurde:

In den 190 DLRG-Gruppen wurden an den Freigewässern, Frei- und Hallenbädern 134 692 Wachstunden ehrenamtlich geleistet und damit ein entscheidender Beitrag zur Sicherheit am und im Wasser erbracht. Gerade in der Sommersaison mußten die Helfer 264 Rettungen bei 243 Bootsber-



Empfang bei Oberbürgermeister Dr. Joachim Becker.



Humorist Theo am Bunten Abend.

Deutschen Jugendschwimmpaß mit den Stufen Bronze, 9 835 Abzeichen, Silber, 5 223 Abzeichen, und Gold, 2 542 Abzeichen, erlernt. Daß Selbsthilfe immer noch die beste Hilfe ist, mit der man anderen und sich selbst helfen kann, wurde bei den Disziplinen zum Deutschen Rettungsschwimmpaß erlernt. Hierbei wurden 1 722 Kursteilnehmer mit dem Bronze-Abzeichen, 1 445 mit dem Silber-Abzeichen und 458 Kursteilnehmer mit dem Gold-Abzeichen ausgezeichnet.

gungen ausführen. In 20 Fällen war Hilfe vor dem Ertrinkungstod zu leisten, wenn Menschen durch eigenen Leichtsinns oder übermäßige Risikobereitschaft sich selbst in Gefahr brachten. 3 233 Erste-Hilfe-Fälle wurden an Land registriert.

Um die Bevölkerung durch Ausbildung zu schützen, haben 11 812 Teilnehmer das Frühschwimmer-Abzeichen erworben. Die Vertiefung der Schwimmfertigkeiten und Grundregeln der Lebensrettung haben eine große Zahl von Kursteilnehmern zum

## DLRG ist in Baden präsent

Die DLRG Baden ist mit 440 Stationen an den Badeorten präsent, unterhält 66 Einsatzfahrzeuge und betreibt 85 Motorboote auf dem Wasser, um am und im Wasser im Zeichen des spähenden Adlers Menschenleben retten zu können. Der Haushaltsplan 1989 weist in Einnahmen und Ausgaben 398 000 Mark auf.

Nach dieser positiven Jahresbilanz wurden die Delegierten für die Bundestagung der DLRG



Delegierte der Tagung bei der Arbeit.



vom 27. bis 29. Oktober 1989 in Frankfurt gewählt. Eine Kommission wurde eingesetzt, mit der Zielsetzung, ein Modell zu entwickeln, das in mehreren Schritten eine Fusion der beiden Landesverbände Württemberg und Baden herbeiführen soll.

Beschlossen wurden zur Verwaltungsvereinfachung die Ein-

führung des Lastschriftverfahrens für DLRG-Material sowie organisatorische Maßnahmen zur Umstrukturierung der Landesverbands-Geschäftsstelle in Karlsruhe. Neu bestimmt wurden auch die Richtlinien für den „Eigenschadensfonds“, der nicht von einer Versicherung abgedeckte Schäden regeln soll.

Am Samstagabend der zweitägigen Tagung fanden sich die Delegierten und ihre Damen bzw. Herren zum Tanz zusammen. Die Musik-Gruppe „Die Zwei“ spielte schwungvolle Rhythmen und der Humorist Theo sorgte neben Sport- und Spaßeinlagen sowie Tanzakrobatik für Entspannung.

Seyffler

beit seiner Gemeinde, vor allem in der DLRG.

Als „Spätberufener“ erst mit 35 Jahren in die DLRG eingetreten, hat Schmitz Wasserrettungs-



LV-Ehrenpräsident Jan Schmitz.

Landesverband Hessen:

## Landesverband stellt weiteres Rettungsgerät in Aussicht – Landesrat tagte in Bad Hersfeld

Der Ehrengast kam nicht mit leeren Händen zur Landesratstagung der hessischen DLRG: Reinhold Stanitzek, Staatssekretär im hessischen Innenministerium, überreichte LV-Präsident Günter Walter einen Vorbescheid seines Ministeriums über 60 000 Mark zur Beschaffung von technischem Gerät und Zubehör. Er stellte zudem die Anschaffung eines weiteren Rettungsbootes in Aussicht. In seiner Ansprache hob Stanitzek die Wertschätzung der Landesregierung für die DLRG hervor.

Keinerlei Beanstandung hatte das Gremium zum Jahresabschluß des Landesverbandes. Der Landesrat erteilte Schatzmeister und LV-Vorstand einstimmig die Entlastung nach dem Revisorenbericht und verabschiedete den Haushaltsplan.

In engem Kontakt mit dem Kultusministerium, versucht die Technische Leitung der DLRG Hessen eine gemeinsame Lösung für ein einheitliches Ausbildungsprogramm in der schulischen Rettungsschwimm-Ausbildung zu finden. Mit Sorge registrierten die Bezirksleiter in ihren Berichten die vermehrte Schließung von Hallenbädern aus Kostengründen. Dadurch würden der DLRG Entwicklung- und Entfaltungsmöglichkeiten genommen, hieß es.

Ehrenmitglied Albrecht Schwieder wies auf die Möglichkeit hin, einer sich in der DLRG ändernden Mitgliederstruktur durch die Beteiligung von Lehrern am Schwimmunterricht entgegenzuwirken. Auch eine Beteiligung von Frührentnern als Ausbilder stellte Schwieder zur Diskussion.

Außer Staatssekretär Stanitzek begrüßte LV-Präsident Günter Walter Stadtrat Hans Göbel, den Kreisabgeordneten Heinz Ruppel und Präsidial-Justitiar Peter Heiding in Bad Hersfeld als Ehrengäste.

### Bundesverdienstkreuz 1. Klasse an Jan Schmitz

Den Ehrenpräsidenten des Landesverbandes Nordrhein, Jan Schmitz, hat Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süßmuth mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Sie hat damit zwar einen Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung geehrt, der fast 25 Jahre lang von seinen Aufgabebereichen in der Presse- und Informationsstelle des Präsidenten, in der Öffentlichkeitsarbeit und zuletzt als Leiter des Besucherdienstes um eine realistische, ehrliche Darstellung der Parlamentsarbeit bemüht war. Wesentliche Gründe für die Beantragung der Ehrung waren aber die auch im Bundestag nicht unbekannt gebliebenen ehrenamtlichen Engagements, denen sich Jan Schmitz zum Teil jahrzehntelang gewidmet hat: als Vorsitzender der Stadtschulpflegschaft in Bonn, in der kirchlichen Laienar-

arbeit noch von der Pike auf kennengelernt, sich dann als Presse- und Werbewart im Bezirk Bonn betätigt, war schließlich über zehn Jahre LV Präsident Nordrhein und gehörte zwischenzeitlich acht Jahre dem DLRG-Präsidium an, daß er auch lange Zeit „vor Ort“ bei den Bundesdienststellen in Bonn vertrat.

In der Zeit seiner Präsidentschaft ist die große Reorganisation des nordrheinischen Landesverbandes gefallen. Selbst leidenschaftlicher Bootsführer, hat er den Rettungswachdienst am unteren Rheinlauf auf- und ausgebaut, viele Einsätze gefahren und war „nebenbei“ maßgeblich an der Entwicklung des Vieserschen „Shadow“-Rettungsbootes beteiligt.

Kontinuierlich vollzieht sich seit 1964 sein Wirken im Bereich der DLRG-Öffentlichkeitsarbeit; ihr hat seine besondere Aufmerksamkeit stets auf allen Ebenen gegolten: die nordrheinischen Informationen für Mitarbeiter und Gliederungen „info-AKTUELL“ sind bis auf den heutigen Tag ein einzigartiges Kommunikationsmodell, seine Public-Relations-Aktivitäten im Zusammenhang mit der Düsseldorfer „boot“ klingen noch heute nach, das Mini-Swimmy-Maskottchen war seine „Erfindung“.

Weit über den nordrheinischen Bereich hinaus haben viele in der DLRG Jahn Schmitz als einen energischen Streiter für die Ziele der DLRG kennengelernt, der seinen eigenen strengen Maßstab auch an andere anlegt, aber ebenso am Ausgleich bemüht ist, wo Interessen einander widerstreiten.



Freudige Überraschung: Günter Walter (links) überreicht Staatssekretär Reinhold Stanitzek eine DLRG-Krawatte.



## Modernes DLRG-Rettungsboot verbessert Wasserrettungs-dienst am Chiemsee

Ein neues Rettungsboot für die Wasserrettung am Chiemsee stellt der Ortsverband Traunstein-Siegsdorf (LV Bayern) der

DLRG in der kommenden Saison in Dienst. Erstmals hat die DLRG in Bernd Hiltergerke aus Vlotho-Exter an der Weser einen deutschen Bootsbauer gefunden, der bereit und in der Lage war, aus einem Serienboot ein Rettungsboot zu fertigen, das voll den Vorstellungen und Bedürfnissen der Wasserretter entspricht. Das Boot hat eine Länge von 7,90 Me-

tern, ist 2,5 Meter breit und besitzt einen Volvo Penta V8 Duo-prop-Motor mit 271 PS.

Die technische Ausstattung ist den neuesten Erkenntnissen angepaßt. Die Kajüte wurde zur Erstversorgung von Verletzten ausgebaut. Für eine sichere Betreuung von Verletzten an Bord ist auch wichtig, daß sich das Boot als voll rauhwassertauglich

bewiesen hat. Ein weiteres Ausstattungsplus ist die verstärkte Badeplattform. Da sie sich nur zehn Zentimeter über der Wasseroberfläche befindet, ist sie als Rettungsplattform sehr gut zur Bergung von Verletzten geeignet. Das neue Boot wurde erstmals im Februar auf der Messe „Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt“ in München vorgestellt.

# DLRG-Rettungs-taucher zeigten Druckkammereinsatz

## DLRG-Stand zog Besucher der „boot Bremen“ an

Für die Rettungstaucher aus Bremen-Nord begann die 16. „boot Bremen“ bereits einen Tag vor Ausstellungsbeginn in der Weser am Anleger der Hafenumrundfahrtschiffe. Bei einer vorgeschalteten Presseveranstaltung – mit entsprechendem Bildmaterial in der örtlichen Presse – präsentierten zwei DLRG-Taucher im Weserwasser das Ausstellungsplakat, im

Hintergrund ein DLRG-Schlauchboot.

Die größte regionale Wassersportmesse im nordwestdeutschen Raum fand in der Bremer Stadthalle in neun Hallen statt und zog ca. 25 000 Besucher an. Durch den etwas späten Termin, Anfang April, waren nicht so viele Gäste wie in den Vorjahren gekommen, immerhin waren viele



Taucher bei der PR-Veranstaltung auf der Weser.



Demonstration des Druckkammereinsatzes.



Ein Blick auf den DLRG-Stand.

Wassersportfreunde bei dem guten Wetter bereits auf dem Wasser.

### Mobile Druckkammer vorgeführt

Unter der Leitung von Taucharzt Dr. Männche wurde mit Unterstützung der Rettungstaucher aus Bremen-Nord der Einsatz der mobilen Druckkammer den interessierten Gästen – diese standen in großen Trauben um das Geschehen herum – mehrfach vorgeführt. Simulierte Tauchgänge und die wesentlich längere dauernde Auftauchzeit

wurden demonstriert, am Computer protokolliert und per Bildschirm nochmals aufgezeigt.

Daneben wurden aus dem Fundus und Gerätelager der Taucher vielerlei Gegenstände ausgestellt, ob Volltauchanzug, Taucherhelm, Hilfs- und Bergungsmittel für Fahrzeugbergungen (einschließlich eines Modells im Wasserbeken), Bilder von Rettungseinsätzen, Querschnitte von Lungenautomaten im Modell, alles konnte besichtigt und hinterfragt werden.

### BARMER mit Computer

Neben dem obligaten DLRG-Informationsstand, hier wurden wieder Hunderte Luftballons, Buttons, Fähnchen und Prospekte herausgegeben, gab es auch einige informative Stellwände mit Bildern aus der täglichen DLRG-Arbeit. Bereits seit einigen Jahren unterstützt uns auch die BARMER nicht nur mit Werbematerial, sondern auch durch den Einsatz eines Computers mit Testprogrammen für die Gesundheit. Auch dies lockt immer sehr viele Besucher auf den Stand, der in diesem Jahr an zwei Haupttrundgangswegen grenzte und somit jeder Besucher der Messe an der DLRG mindestens vorbeikommt.

G. Bleil



Gut präsentiert: Gerätschaften für den Tauchereinsatz.

(Fotos: Biel)



# Badeparty – eine Breitensportaktion, die sich immer mehr durchsetzt

Die Badeparties sind als spielerische Angebote zu verstehen, die auf das freizeit- und breitensportliche Angebot der DLRG hinweisen. Sie führen breite Bevölkerungsschichten auf unkomplizierte und kontaktfördernde Art zu einem gesunden Freizeitausgleich im Wasser.

Die Ortsgruppen im Saarland haben erkannt, daß durch solche Freizeitangebote interessierte Menschen und neue aktive Mitarbeiter für die Aufgaben der DLRG gewonnen werden können. Dies ist einer der Gründe, warum in den Ortsgruppen verstärkt Badeparties veranstaltet werden.

## Positive Beispiele

Wie vielfältig Badeparties von den einzelnen Ortsgruppen eingesetzt wurden, sollen folgende Beispiele zeigen:

Auf dem Spielfest in St. Wen-

del war eine großangelegte Badeparty der schillernde Höhepunkt des Spielnachmittages. Eine Polonaise und Fahnchengymnastik für die Kleinsten, ein Aerobikteil für alle Jugendlichen und Junggebliebenen am und im Wasser ohne und mit Gerät bildeten den Gymnastikblock der Badeparty. Die sich daran anschließenden Spiele im Wasser und der Wasserrutschwettbewerb demonstrierten das spielerische Element innerhalb der Konzeption „Badeparty“.

## Badeparty war „Renner“

Die Ortsgruppe Püttlingen veranstaltete ein Spielfest, bei dem die Badeparty eine Station innerhalb der Miniolympiade war. Neben Minigolf, Tischtennis und verschiedenen Ballspielen war sie eine weitere Station zum Punkte sammeln. Dabei entpuppte sich die Badeparty als der Renner! 600

Kinder, Jugendliche und Erwachsene nahmen an der Polonaise und an der spielerischen Gymnastik mit Wasserbällen teil. Für die meisten der befragten Teilnehmer in Püttlingen war diese Badeparty-Premiere der schönste Teil der Miniolympiade.

In Schmelz fand eine Badeparty statt, die das Spielen im und am Wasser in den Mittelpunkt stellte. 800 Jugendliche beteiligten sich an Gaudiwettbewerben und an Wasserspielen unter den Argusaugen von Oberschiedsrichter Volkmar Lodholz. Die Besten aus den jeweiligen Spielwettbewerben durften als Kandidaten ihre Glückszahl in die Superbox eingeben. Daneben erhielten alle Teilnehmer Plaketten, Aufkleber und andere Präsente.

## „Geburtsüberraschung“

Festlich ging es in Weiskirchen zu. Anlässlich des 75jährigen Be-

stehens der DLRG hatte die Ortsgruppe Weiskirchen zu einer Geburtstagsfeier eingeladen, die mit einer großangelegten Badeparty als Hauptattraktion gebührend gefeiert wurde. Eingeleitet wurde sie mit Wasserspielen, an die sich eine Luftballongymnastik im Grünen anschloß und die alle Teilnehmer auf Touren brachte. Da waren die vielen kleinen und großen Präsente, die der Landesverband für alle Teilnehmer an der Badeparty bereithielt eine schöne Geburtstagsüberraschung.

Abschließend sei noch bemerkt, daß alle Veranstaltungen mit großem Erfolg für die einzelnen Ortsgruppen durchgeführt und vom Landesverband der DLRG-Jugend Saar mit Animatueren, Spielgeräten und Präsenten tatkräftig unterstützt wurden.



Die Badeparty mit Animation zur Gymnastik.

(Foto: Agentur Thiry)



# Presseschau des Inlands

## Wohlfahrtsmarken werden 40 Jahre alt

**Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland – auch die Wohlfahrtsmarken werden 40 Jahre alt: Im Jahr 1949 erschienen zum Auftakt in einer Auflage von 20 Millionen vier Wohlfahrtsmarken unter dem Motto „Helfer der Menschheit“. Seither wird das „Porto mit Herz“ in jedem Herbst mit neuen Motiven den Käufern angeboten.**

Trotz aller Wandlungen, eines hat sich seit 40 Jahren nicht geändert: Noch heute – 1989 – wird der Zuschlagserlös für die soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände eingesetzt, wenn sich auch die Schwerpunkte der sozialen Aufgaben verlagert haben mögen.

Die Idee, mit dem Erlös aus Briefmarken Not zu lindern, ist durchaus nicht neu: Mit dem Reinerlös einer englischen „Wohlfahrtsmarke“ aus dem Jahr 1897 sollten ein Krankenhaus und ein Heim für Schwindsüchtige gebaut werden. Aber auch bei uns faßte diese Idee schon vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland Fuß: Die Germania-10-Pf-Marke wurde 1919 mit dem Überdruck „5 Pfennig für Kriegsbeschädigte“ verkauft. In den darauffolgenden Jahren gab es sporadisch immer wieder Wohlfahrts- und „Nothilfemarken“.

40 Jahre alt und doch noch jung geblieben sind die Wohlfahrtsmarken, wie ein Blick auf die Serien von 1949 bis 1989 zeigt. Mit dem Geschmack und dem Zeitgeist wandelte sich auch das „Gesicht“ der Motive im Laufe der vergangenen 40 Jahre, so daß die Wohlfahrtsmarken ein Stück Zeitgeschichte geworden sind.

Ebenso bunt wie unterschiedlich präsentieren sich diese Marken, ob sie nun zu den Serien „Märchen“, „Welt des Spiels“, „Blumen“, „Kostbare Gläser“ oder „Gold- und Silberschmiedekunst“ gehören. Daher ist in

den vergangenen 40 Jahren sicher schon mancher Käufer der Wohlfahrtsmarken zum Sammler geworden: das attraktiv gestaltete „Porto mit Herz“ eignet sich nicht nur zum Frankieren, es läßt auch das Herz vieler Briefmarkenliebhaber höher schlagen.

Noch zwei Jubiläen verzeichnen die Freunde der Wohlfahrtsmarken in diesem Jahr: 1964: also vor 25 Jahren – erschienen Wohlfahrtsmarken erstmals als „Berlin-Ausgaben“. Und vor 20 Jahren, also 1969, wurden die beiden Weihnachtsmarken eingeführt, und zwar eine Ausgabe für das Bundesgebiet und eine für Berlin.

Nur wenige Groschen – nämlich die Hälfte des Portowertes, mit Ausnahme der 80er-Marke – kostet eine Wohlfahrtsmarke mehr als das Porto ohne Zuschlag. Nützt denn ein so geringer Betrag wirklich jemandem? Ein Blick auf die jährlichen Statistiken beweist, daß in jedem Jahr aus diesen Groschen „millionenschwere“ Hilfe wird: Auf 34 Millionen Mark hatten sich die Zuschläge im Verkaufsjahr 1987/88 summiert. 34 Millionen Mark weniger – dann könnten viele Aufgaben in der sozialen Arbeit nicht erfüllt werden, zahlreiche Menschen müßten ohne Hilfen bleiben. Vielfältig sind die Aufgaben in der Freien Wohlfahrt, und dringend wird jeder Groschen gebraucht, um in Notlagen zu helfen. Jeder Beitrag – also jede gekaufte Wohlfahrtsmarke – ist wertvoll.

(„Rotkreuz-Zeitung“ 5/89)

## Ein Jahr der Katastrophen

**Studie verzeichnet für 1988 mehr als 50 000 Unglückstopfer**

Bern (Reuter) – Bei Naturkatastrophen, Unglücksfällen und Anschlägen sind nach Angaben der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft im vergangenen Jahr mehr als 50 000 Menschen ums Leben gekommen. Aus einer jetzt veröffentlichten Studie des Unternehmens geht hervor, daß sich damit die Zahl der Todesopfer gegenüber 1987 nahezu verdoppelt hat und über dem langfristigen Trend lag. Beim Erdbeben in der Sowjetrepublik Armenien im Dezember wurden mehr als 25 000 Menschen getötet. Bei Monsunregen, Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Hitzewellen starben im südasiatischen Raum mehr als 10 000 Personen.

Weltweit kamen als Folge von rund 300 Naturkatastrophen mehr als 40 000 Menschen um. In der Luftfahrt wurden im vergangenen Jahr 33 größere Unglücksfälle registriert, wobei die Zahl der Todesopfer um 28 Prozent auf mindestens 1 620 anstieg. Folgeschwerste Ereignisse waren der Abschub eines iranischen Airbus über der Straße von Hormus durch die US-Marine, bei dem mindestens 290 Menschen starben, und der Absturz einer amerikanischen Boeing 747 bei Lockerbie in Großbritannien, bei dem 270 Menschen den Tod fanden.

Im vergangenen Jahr wurde zudem der größte je von Menschenhand verursachte Einzelschaden verzeichnet: Die Explosion der britischen Erdölplattform Piper Alpha. Das Schadensausmaß ist immer noch nicht klar, doch werden die Versicherungen nach Angaben der Schweizer Versicherung voraussichtlich mehr als 1,2 Milliarden Dollar zahlen müssen. Auch die Zahl der Großbrände nahm 1988 zu. Eine der größten Brandkatastrophen ereignete sich in Lissabon, wo am 25. August ein großer Teil der Altstadt abbrannte.

(„Süddeutsche Zeitung“ Nr. 112)



# Presseschau des Auslands

## Jeden einzelnen wachrütteln

Motivation, Bewußtseinsbildung und Information in Sachen Zivilschutz werden immer schwieriger. Die große Aufbruchstimmung, wie sie durch einige sehr schwere Katastrophen ausgelöst wurde, ist längst einem gewissen Desinteresse und Gleichgültigkeit gewichen. Um so mehr sind daher der Österreichische Zivilschutzverband und das Innenministerium bemüht, Aufklärungsarbeit zu leisten und jeden einzelnen mit den Anliegen des Zivilschutzes vertraut zu machen.

Wie ÖZSV-Gen.-Sekt. Anton Gaal betont, zählt neben der Haushaltsbevorratung und den baulichen Schutzvorkehrungen vor allem der Strahlenschutz zu den Arbeitsschwerpunkten.

Als weitere Hauptaufgaben für 1989 führt Gen.-Sekt. Gaal an:

■ Information der Bevölkerung im Rahmen der Selbstschutzzentren. „Diese Informationsstellen sollen mit Leben erfüllt und zu echten Anlaufstellen der Bevölkerung in Fragen des Zivil- und Selbstschutzes werden. Dazu brauchen wir jedoch im besonderen die Unterstützung der Länder und Gemeinden, ein aktives Mittun der Einsatzorganisation ist unerlässlich.“

Um das Problem „Selbstschutzzentren“ weiß man auch im Innenministerium. Dazu Sektionschef Dr. Armin Hermann: „Nur dort, wo es wirklich engagierte Leute gibt, bleibt es nicht bloß bei den Eröffnungsveranstaltungen, sondern wird auch echte Informationsarbeit geleistet. Hier kommt den Funktionären des Zivilschutzverbandes große Bedeutung zu, wenn es darum geht, die Zentren zu beleben.“

■ Auch die Schulung und Ausbildung der ÖZSV-Referenten – etwa im Bereich Rhetorik und richtige Motivation – sind ein wichtiges Anliegen für 1989.

■ Im Herbst treffen einander auch die Zivilschutz-Verantwortlichen der neutralen Staaten (Finnland, Schweden, Schweiz, Österreich) zu einem Erfahrungsaustausch. Dieses Treffen findet alle zwei Jahre statt. Gastgeber ist in diesem Jahr Österreich.

■ Ebenfalls im Herbst geht die große Zivilschutz-Enquete des Arbeitsausschusses „Z“ über die Bühne.

■ In Kürze werden die Ergebnisse der ersten Meinungsbefragung zum Thema „Zivilschutz“ veröffentlicht.

■ In Vorbereitung ist ein Film zum Thema Haushaltsbevorratung. An der Endfassung des Drehbuches wird derzeit gearbeitet. Der Film könnte bereits im Sommer in den Selbstschutzzentren, aber auch im Rahmen anderer Aktionen gezeigt werden.

■ Auch an einem Konzept für einheitliche Lehr- und Lernbehalte wird gearbeitet. Diese sollen unter anderem im Rahmen des Grundlehrgangs für Zivildienstleistende und bei der Kasernenaktion eingesetzt werden.

■ Der Zivilschutzverband wird sich bemühen, noch mehr als bisher bei Veranstaltungen, wie Messen und Volksfesten, präsent zu sein.

■ Last, but not least, ist die Motivation der Jugend ein großes Anliegen des Zivilschutzverbandes. Obwohl es bereits vielversprechende erste erfolgreiche Schritte gibt, mit diversen Aktionen in den Schulen Fuß zu fassen, wird es doch notwendig sein, die Informationstätigkeit mehr zu forcieren.

(„Zivilschutz Aktuell“, Österreich, 1/89)

## Widerstehen unsere Schutzräume einem Erdbeben?

**Die erschütternden Bilder und Berichte der Erdbebenkatastrophe in Armenien werfen die Frage auf, ob wir in der Schweiz auf die Bewältigung eines solchen Ereignisses vorbereitet wären.**

Wir alle hoffen, diese Frage müsse nie aufgrund ähnlicher Ereignisse beantwortet werden. Trotzdem dürfen wir feststellen, daß Vorbeugen immer der wirksamste Schutz sein wird und an sich beim Gebäude selbst beginnt. In diesem Sinne wird nach den einschlägigen Normen und Empfehlungen des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) seit 1970 bei neuen Bauwerken den Erdbebenlasten Rechnung getragen. Die meisten neueren Gebäude dürften damit weitgehend erdbebensicher sein.

Von großer Bedeutung bei einem Erdbeben in der Schweiz wären so dann aber auch die im Rahmen unse-

rer Zivilschutzmaßnahmen getroffenen Vorkehrungen. So würden unsere soliden Stahlbeton-Schutzräume – in der Schweiz verfügen 90 % der Bevölkerung über einen Schutzplatz – auch dann nicht zerstört, wenn das Gebäude über dem Schutzraum einstürzen sollte. Schutzräume könnten damit als Notunterkünfte für die Zeit nach einem ersten Beben genutzt werden. Sie würden dadurch vor den Auswirkungen von Nachbeben schützen. Da sie für länger dauernde Aufenthalte gebaut sind, bieten sie als einfache „Behausung“ auch Zuflucht gegen Kälte und Nässe. Sollten Erdbeben einmal voraussagbar werden, so wäre ein vorsorglicher Bezug der Schutzräume gut geeignet, um Menschenleben vor Erdbebengefahren wirksam zu schützen.

Wichtig ist aber auch, daß die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden Mittel zur Rettung und Heilung von Personen besitzen. Diese Mittel sind geschützt untergebracht und stünden damit auch nach einem Erdbeben zur Verfügung. Einerseits liegt in den Anlagen der Zivilschutzorganisationen verschiedenstes Pioniermaterial bereit, andererseits wurden im ganzen Land unterirdische geschützte Sanitätsposten, Sanitätshilfsstellen und Geschützte Operationsstellen mit Pflegeräumen erstellt, in welchen insgesamt fast 100 000 Liegestellen für einen Einsatz in allen Notlagen zur Verfügung stehen. Schließlich können Kantone und Gemeinden ihre Schutzorganisationen zu jeder Zeit zur Not Hilfe anbieten.

Bei dem zum Schutze der Bevölkerung getroffenen vorsorglichen Vorkehrungen handelt es sich um einfache und robuste Maßnahmen. So lassen sich die Hilfsmittel der Zivilschutzorganisationen auch bei Ausfall der Strom- und Wasserversorgung und der normalen Übermittlungsmittel sinnvoll einsetzen. Anders ausgedrückt, die in Nachachtung zum verfassungsmäßigen Auftrag zum Schutze der Bevölkerung gegenüber den Folgen kriegerischer Ereignisse getroffenen organisatorischen, baulichen und materiellen Vorbereitungen ließen sich auch bei Katastrophen, wie beispielsweise einem Erdbeben, nutzbringend zum Schutze und zur Rettung von Betroffenen verwenden.

(„Zivilschutz“, Schweiz, 4/89)



## Vielseitiges Meßgerät

Ein neues tragbares mikroprozessorgesteuertes Mehrgasmeßgerät zur Überwachung der Umgebungsluft mißt gleichzeitig und kontinuierlich die Schwefelwasserstoff- und Kohlenstoffmonoxid- und die Sauerstoffkonzentration, um eine mögliche Vergiftungsgefahr frühzeitig wahrzunehmen. Ebenso wird zur Erkennung einer Explosionsgefahr der Anteil brennbarer Gase und Dämpfe in der Umgebungsluft gemessen. Ein neu entwickelter Ex-Sensor mißt Methan eindeutig, ist widerstandsfähig gegen Vergiftungen und verbraucht weniger Energie.

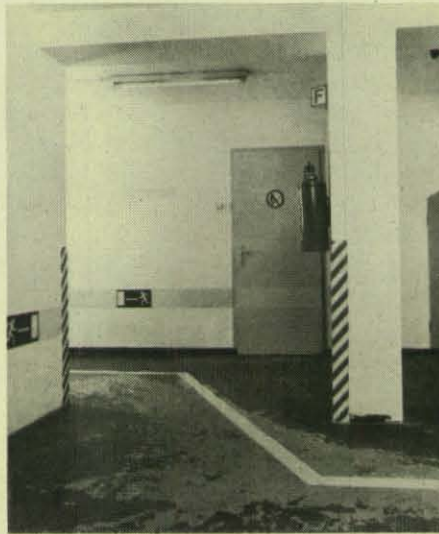


Das zu untersuchende Gas wird den Sensoren entweder durch Diffusion oder über eine bis zu 40 m lange Schlauchsonde und eine im Gerät integrierte Pumpe zugeführt. Die ermittelten Werte werden über drei separate beleuchtete LCD-Anzeigen angegeben.

Das Gerät steht in sechs Versionen zur Verfügung: Wahlweise mit oder ohne Pumpe mit den Kombinationen  $H_2S - Ex - O_2$ ,  $CO - Ex - O_2$  oder  $Ex - O_2$ .

Das Gerät ist kompakt und wird mit einem Tragriemen um Schulter oder Hals getragen. Es bietet mit einem vollständig aufgeladenen Akkumulator Betriebszeiten von 15 Stunden im Diffusionsbetrieb und 10 Stunden im Pumpbetrieb. Auch in explosionsgefährdeten Bereichen kann der Akkublock leicht ausgewechselt werden.

(Foto: Dräger)



## Neue nachleuchtende Fluchtleitsysteme

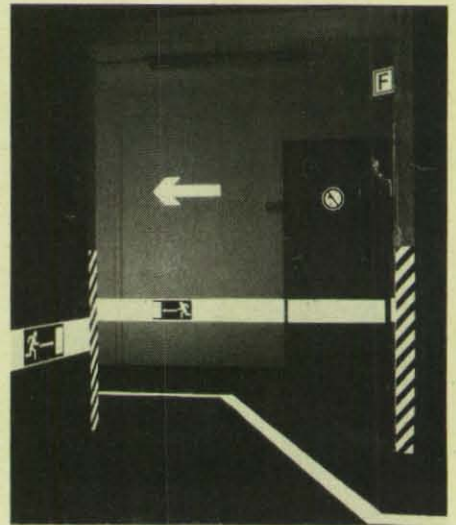
Immer wieder wird über Unfälle berichtet, deren schwere Folgen darauf zurückzuführen sind, daß Flucht- und Rettungswege, wichtige Rettungsgeräte sowie Bedienungselemente nach dem Ausfall der Beleuchtung nicht mehr wahrgenommen werden können.

Weltweit befassen sich deshalb viele Institutionen mit der Entwicklung von neuen Systemen, die Rettungswege und Rettungseinrichtungen unter erschwerten Bedingungen, wie Dunkelheit, Rauch, Staubentwicklung, schnell wahrnehmbar machen und eine gute Orientierung erlauben.

Das Institut BRE (British Research Establishment) in Watford hat im Auftrag der britischen Regierung die Wirkung von elektrischem Licht und nachleuchtenden Produkten untersucht. 32 Testpersonen legten unter jeweils gleichen Bedingungen eine festgelegte Wegstrecke bei 0,2 Lux nachleuchtendem Licht 28 x schneller zurück als bei elektrischem Licht.

Ursache für das überraschende Ergebnis ist hauptsächlich das menschliche Auge: Es nimmt die nachleuchtende Spektralstrahlung intensiver auf als die des elektrischen Lichts.

Wesentlicher Bestandteil der nachleuchtenden Produkte sind spezielle anorganische Leuchtstoffe. Es handelt sich hierbei um geglühte Zinksulfide, denen Spuren von Kupferionen zugefügt sind. Derartige Pigmente absorbieren den kurzwelligen Anteil des Tages- bzw. Kunstlichtes und speichern vorübergehend diese absorbierte Energie.



Die gespeicherte Energie wird dann als grünes Licht wieder abgestrahlt.

Im Vergleich zu üblichen Leuchtkörpern ist allerdings die Lichtemission gering. Diese Systeme sollen und können deshalb nicht die sonst üblichen Beleuchtungseinrichtungen ersetzen, sondern ausschließlich als Orientierungshilfe dienen. Für Leitliniensysteme werden die Pigmente in Kunststoffen, selbstklebenden Folien, Dispersions-, Epoxyd- oder Polyurethanfarben, Handläufen, Fußbodenbelägen, Garnen und Fliesen usw. eingesetzt.

(Fotos: Riedel-de Haën)

## Feuerwehr-Zulassung erhalten

Unter dem Namen Panorama Supra hat ein neuer Atemanschluß die Zulassung als Atemanschluß für Atemschutzgeräte der Feuerwehren durch den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten. Damit ist die Grundvoraussetzung für die Beschaffung bei deutschen Feuerwehren gegeben. Der neue Atemanschluß – konzipiert nach den Wünschen und Anforderungen der Feuerwehren nach einer festen Verbindung zwischen Maske und Kopfschutz – ermöglicht ein sekundenschnelles Anlegen der Maske, ohne den Kopfschutz zu unterbrechen.

Die Maske hat Anschlußmöglichkeiten für Preßluftatmer, Kreislaufgeräte und Filter. Der Kopfschutz ist ein Helm mit umfangreicher Innenausstattung, der auch die Ohren und Nackenpartie schützt.

(Dräger)



## Arzneimittellehre

**Studienbuch der Pharmakologie für Krankenschwestern, Krankenpfleger und medizinisch-technische Assistentinnen**  
**Von Wolf Dieter Erdmann und Gerhard Schmidt**

**Verlag W. Kohlhammer, 7000 Stuttgart 80**

Pharmakologie, die Lehre von den Wirkungen der Arzneimittel und Gifte, ist seit 1966 unter dem Namen „Arzneimittellehre“ für Krankenschwestern, Pfleger und Kinderkrankenschwestern ein obligates Ausbildungs- und Prüfungsfach geworden. Hiermit bringt der Gesetzgeber ganz offensichtlich zum Ausdruck, daß er es für notwendig erachtet, daß die Krankenpflegeberufe exakte Grundkenntnisse über die Wirkungsweise und auch über unerwünschte Nebenwirkungen von Arzneimitteln besitzen.

Im vorliegenden Studienbuch über Pharmakologie wird der Versuch gemacht, die wissenschaftlichen Grundlagen der Wirkungen von Arzneimitteln und Giften auch in biochemischer Hinsicht zu berücksichtigen, ohne dabei die Kenntnis chemischer Formeln und Fermentreaktionen voraussetzen. Der Stoff ist in zehn Abschnitte gegliedert. Hiervon ist Kapitel 1 „Allgemeine Pharmakologie“ besonders wichtig, weil es die Voraussetzungen zum Verständnis der Wirkungsweise der speziellen Arzneimittelgruppen liefert. In den Kapiteln 2 bis 9 finden sich dann einzelne Arzneimittelgruppen, gegliedert nach den Hauptangriffspunkten an verschiedenen Organen.

In einem abschließenden 10. Kapitel werden die wichtigsten Vergiftungen und die rationell begründeten Maßnahmen zur Behandlung von Vergiftungen dargestellt. Am Schluß des Buches soll ein Sachverzeichnis das Auffinden bestimmter Fachgebiete, aber auch spezieller Arzneimittel ermöglichen.



## Das Deutsche Feuerwehrbuch

Ein Ehrenbuch des Dienstes am Gemeinwohl

Reprint-Sonderausgabe  
**EFB-Verlagsgesellschaft mbH,**  
**6450 Hanau**

Nachdrucke von alter Brandschutz-Literatur kamen in den letzten Monaten verstärkt auf den Markt. Die vorliegende Reprint-Sonderausgabe ragt unter den Nachdrucken heraus, denn das Werk gehörte Ende der zwanziger Jahre zu den Standardwerken der Feuerwehrliteratur.

Der Inhalt des Buches umfaßt die ganze Themenbreite des Feuerwehrwesens, beginnend mit der Geschichte der Löschwesen über das Melde- und Alarmwesen bis zur Beschreibung von Löschwasserversorgung, Feuerspritze und Feuerleiter sowie den Druckschläuchen und ihrer Behandlung. Die zahlreichen, zum Teil farbigen Abbildungen geben dem Leser in Verbindung mit den informativen Texten einen umfassenden Überblick über das Feuerwehrwesen jener Zeit.

## Kohlhammer Edition Feuerwehr

**Verlag W. Kohlhammer, 7000 Stuttgart 80**

Reich illustriert, teilweise in Farbe, und mit sachgerechten Texten verständlich gemacht, geben die Bände dieser Reihe dem Leser einen umfassenden Überblick über das gesamte Panorama der Feuerwehr. Die großformatige und aufwendig gestaltete Reihe wurde durch zwei Neuerscheinungen weiter vervollständigt:



**Manfred Giehl**  
**Feuerwehrfahrzeuge der USA –**  
**Fire Engine und Ladder Truck**

Dieser Band beschreibt die Entwicklung des amerikanischen Feuerwehrfahrzeugs von der Dampfspritze bis zum modernen Flugplatzlöschfahrzeug und berücksichtigt die letzten Entwicklungen auf diesem Gebiet. Zahlreiche, seltene Bilder geben einen gründlichen Einblick in acht Jahrzehnte amerikanischen Fahrzeugbaus.

Die im Anhang enthaltenen Übersichten über die wichtigsten Hersteller von Fahrzeugen, Fahrgestellen und Motoren, über die Fahrzeugparks von 75 Großstadtfeuerwehren und eine Zusammenstellung amerikanischer Fahrzeugbezeichnungen mit deutscher Übersetzung machen den Bildband außerdem zu einem wertvollen Nachschlagewerk.



**Thomas W. Herminghaus**  
**Feuerwehrmodelle –**  
**Fahrzeuge und Feuerwachen**

Das engagierte Sammeln von Feuerwehrmodellen hat geradezu sprunghaft zugenommen. Dieses Werk bietet einen weitgehend vollständigen Überblick über die Geschichte und Vielfalt von Fahrzeugmodellen aus aller Welt mit den dazugehörenden Feuerwachen und Feuerwehrmännern.

Zunächst werden die Vorläufer, die den Zeitraum von etwa 1800 bis etwa 1940 umfassen, gewürdigt. Die in ihrer Qualität und Vielfalt beeindruckenden heutigen maßstabsgerechten Feuerwehrmodelle aus Kunststoff, Metall und Holz werden nach Regionen, Ländern und Kontinenten geordnet behandelt. Daneben werden auch Modellbausätze beschrieben. Das Werk schließt mit einer umfangreichen Katalogliste für Sammler, die alle jemals produzierten Modelle enthält.

## Die Roten Hefte

**Verlag W. Kohlhammer,**  
**7000 Stuttgart 80**

Die Fachschriften der bewährten Reihe „Die Roten Hefte“ haben bereits ihren festen Platz in der Ausbildung und als Nachschlagewerk im alltäglichen Dienst bei der Feuerwehr gefunden. Mit der vorliegenden Neuerscheinung wird ein weiterer Bereich des Feuerwehr-Fachwissens erschlossen:

**Frank Habermaier**  
**Chemie-Grundwissen für den Feuerwehrmann**  
**Band 59, 1. Auflage**

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

**Steinkamp**  
**Gesetze der Bundesrepublik Deutschland**  
**Ergänzungslieferungen April und Dezember 1988**

**Walhalla u. Praetoria Verlag,**  
**8400 Regensburg 1**

**Roeber/Goeckel**  
**Katastrophenschutzgesetz (KatSG)**  
**17. Ergänzungslieferung**  
**Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm,**  
**8000 München 80**

**Gerdemann/Korbmann/Kutter**  
**Krankentransport und Rettungswesen**  
**40. und 41. Ergänzungslieferungen**  
**Erich Schmidt Verlag GmbH,**  
**4800 Bielefeld 1**

**Lüttgen**  
**Handbuch des Rettungswesens**  
**41. und 42. Ergänzungslieferung**  
**Verlag v. d. Linnepe, 5800 Hagen**

**Rolf-Heinz Müller**  
**Druckgase**  
**54. und 55. Ergänzungslieferung**  
**Deutscher Fachschriften-Verlag**  
**Braun & Co. KG, 6200 Wiesbaden 1**



**Allgemeines:**

Der HDS 1200 BK gehört zur Ausstattung des ABC-Zuges – Dekontaminationsgruppe G–. Er ist dem Materialplanungsbezug **Ergänzungsausstattung, verlastbar auf Lkw 5 t** Plnr. 4230-00216 zugeordnet. Um die Funktionstüchtigkeit herzustellen, wird folgendes Zubehör benötigt:

- Hochdruckschlauch 10 m NW 10 Farbe schwarz für den Temperaturbereich bis 150 °C
- Handspritzpistole
- Strahlrohr 1 040 mm lang

**Einsatzbereich:** (taktische Grundforderung)

Entfernung von radioaktivem Staub und verdickten, fest anhaftenden chemischen Kampfstoffen bei der Dekontamination von Fahrzeugen, Geräten und Materialien. Es hat sich gezeigt, daß die Entfernung solcher Verunreinigungen günstig bei einem Druck von 50–80 bar durchgeführt werden kann, wobei der Auftreffwinkel des Sprühstrahls für die Effektivität des Spachteleffekts von großer Wichtigkeit ist. Dem Reinigungswasser können oberflächenaktive Stoffe beigemischt werden. Dies erweist sich als vorteilhaft, da durch die Unterwanderung die Verunreinigungen besser gelöst werden können.

Der HDS 1200 BK ist autark einsetzbar. Er ist mit einem Vergaser-Motor für den Antrieb der Wasserpumpe, des Luftgebläses und des Generators für die interne Stromversorgung ausgestattet. Der HDS 1200 BK kann dadurch unabhängig von einem Strom-Versorgungsnetz und durch die Möglichkeit der Wasser-Selbstansaugung auch unabhängig einer Wasserversorgungsleitung arbeiten.

**Technische Betriebsdaten**

**Betriebsüberdruck (Pumpendruck)**

Hochdruckstufe (mit Düsenmundstück bzw. Spezialdüsenträger) bar 50  
Dampfstufe (mit Dampfstrahldüse) bar 18

**Spritzmenge**

Hochdruckstufe l/h ca. 1200  
Dampfstufe kg/h ca. 600

**Strahltemperatur bei einer Wasserzulufttemperatur von 10 °C**

Hochdruckstufe °C 80  
Dampfstufe °C 140

**Wärmeleistung (dem Strahl zugeführt)**

ca. 92 kW = kJ/h ca. 334 944  
(kcal/h ca. 80 000)

**Brennstoffverbrauch (F-54) l/h 11,4**

**Reinigungsmittelverbrauch**

(angesaugte Flüssigkeitsmenge; stufenlos verstellbar) l/h 0... 60

**Kraftstoffverbrauch in Hochdruckstufe**

(Gemisch 25 : 1) l/h 2,4  
kg/h 1,75

**Betriebsspannung**

Motorleistung bei 2 900 l/min. V 12-

Wasserinhalt der Heizschlange kW 4,2

Inhalt des Kraftstofftanks l 5,1

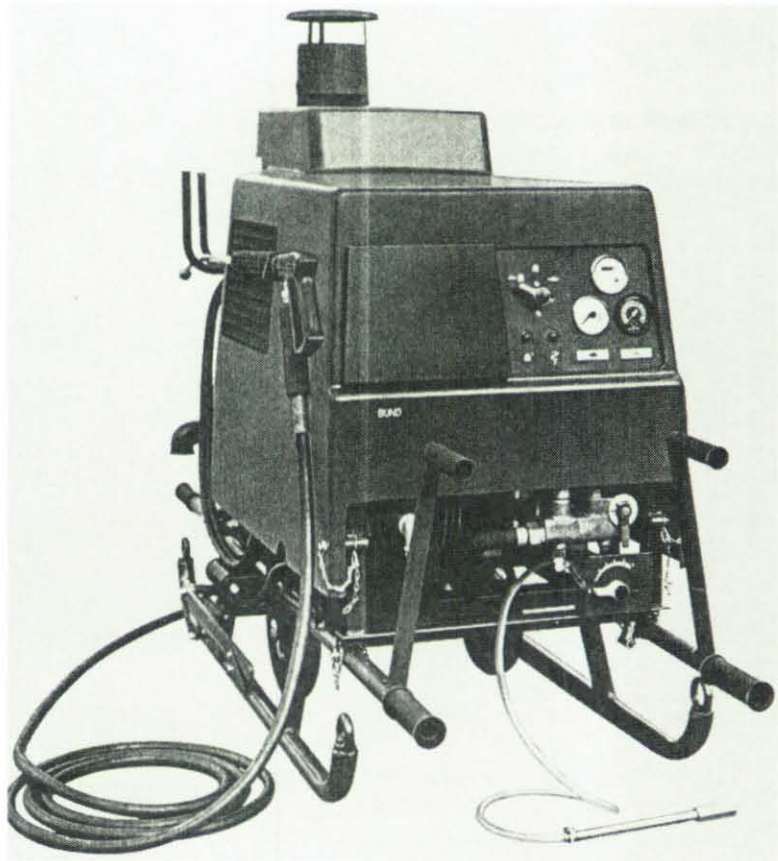
Maße, Gewicht l 5,6

Länge mm ca. 1 450

Breite mm ca. 750

Höhe (ohne Abgasabzug) mm ca. 1 110

Gewicht Gerät ohne Zubehör kg ca. 300



Die Wechselfunktion von der Hochdruckstufe auf die Dampfstufe erfolgt über einen Umstellhahn. Bei der Umstellung wird die Wasserdurchflußmenge bei gleicher Wärme-Energie-Einspeisung halbiert. Die Folgen davon sind: höhere Temperatur und geringerer Druck.

**Geräte-Aufbau**

Auf einem Kufengestell sind der Durchlauf-erhitzer, der Otto-Motor, das Gebläse mit Brennstoffpumpe und Filter, die Wasserpumpe, der Startergenerator sowie das Schwimmerventil montiert. Der Motor treibt mittels eines Keilriemenpaares die Wasserpumpe und das Gebläse an. Der Startergenerator steht über einen einzelnen Keilriemen mit dem Motor in Verbindung. Über eine elastische Kuppelung wird von der Gebläsewelle aus die Brennstoffpumpe angetrieben.

Der ganze Aufbau wird von einer korrosionsbeständigen Haube abgedeckt. Sie ist schwenkbar gelagert und wird mit zwei Haubenhaltern festgespannt. Das Kufengestell ist mit einer ausschwenkbaren Rollhilfe ausgerüstet. Zum Ausschwenken der Rollhilfe muß der Hebel um 180° geschwenkt werden. Dabei ist durch Drücken des Griffes die Rasterung auszuklinken. Zum Schieben des Gerätes sind zwei Schiebegriffe vorgesehen, welche herausgezogen und hochgeklappt werden müssen. Zum Tragen ist das Gerät mit sechs Traggriffen ausgerüstet, wobei die vorderen und hinteren Griffe herauszuziehen sind.

**Allgem. sicherheitstechnische Hinweise**

Der HDS 1200 BK ist mit drei unabhängig voneinander arbeitenden Sicherheitselementen ausgestattet.

- Wassersicherheitsventil  
Dieses Ventil steuert die Funktion der Handspritzpistole
- Wassermangelsicherung  
Diese Sicherung verhindert, daß der Brenner bei weniger als 100 l/h-Wasserdurchlauf einschaltet
- Sicherheitsdruckschalter  
Dieser Schalter schaltet bei Überschreiten des Arbeitsdruckes, z.B. beim Schließen der Pistole, bei verschmutzter Düse oder bei Verkalkung der Heizschlange das Gerät ab und bei Unterschreitung eines Druckes von 10 bar wieder ein.

Für den Betrieb des HDS 1200 BK in der Bundesrepublik Deutschland gelten die „Richtlinien für Flüssigkeitsstrahler“, herausgegeben vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Zu dem Gerät gehört ein Betriebshandbuch, aus dem alle Details über

- den Geräteaufbau
- die Funktionsweise
- die Einsatzmöglichkeiten
- die Sicherheitsbestimmungen
- die Ersatzteilversorgung
- die Behebung von Störungen hervorgehen.

**Anmerkungen:**

Von dem Gerätetyp HDS 1200 BK wurden 1980 insgesamt 74 Stück beschafft. 1987 wurde an den Geräten eine Instandsetzung mit sicherheitstechnischer Grundüberholung durchgeführt. Bei dieser Maßnahme wurde an den Geräten die Funktion „**Trokendampfstufe**“ – 240 l/h – 15 bar – 200 °C – stillgelegt.



# Sonderlehrgang Atemschutz- Geräteträger



Zum Lehrgangsangebot der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in Neuhausen a. d. Fildern zählt auch die Ausbildung von Atemschutz-Geräteträgern. Die Lehrgangsteilnehmer kommen aus den Katastrophenschutz-Fachdiensten Bergung, Instandsetzung, ABC. Jeder Zug dieser Einheiten verfügt über vier Preßluftatmer DA 58/1600. Acht Helfer sind für den Einsatz mit diesen Geräten auszubilden.

Für die Schulung dieser Helfer mit besonderen Funktionen steht in Neuhausen eine Atemschutz-Übungsanlage zur Verfügung. An speziellen Geräten wie Schlaghammer, Endlosleiter, Laufband- und Fahrradergometer erfolgen Gewöhnungsübungen mit dem Preßluftatmer. Eine Industrie- und Tankübungsanlage sowie eine Lauf- und Kriechstrecke, die vernebelt, beheizt und beschallt werden kann, ermöglichen eine praxisnahe Schulung der Teilnehmer. Die Ausbildung wird von einer Leitstelle zentral überwacht und gesteuert. Infrarotkameras und eine Videoanlage erlauben eine Aus- und Bewertung der Übungstätigkeiten.

Unser Titelbild zeigt einen Lehrgangsteilnehmer bei Arbeiten in der Industrieanlage. Die Fotos auf dieser Seite zeigen links oben einen Durchstieg in der Orientierungsstrecke, rechts Übungen am Schlaghammer und unten eine Szene aus einer realistischen Einsatzübung (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).